

Nr. 11

12. - 18. März 1990

BRD 2, - DM  
Österreich 10, - ÖS  
Schweiz 1, 80 sfr  
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE  
FÜR POLITIK

# NEUE ZEIT

Lassen  
wir die dritte  
Welt im Stich?



FRÜHLING  
DER HOFFNUNG



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Leonid Tischkow



LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

EXKLUSIV FÜR DIE NZ N. Ryshkow „DIE DEMOKRATIE SCHÜTZEN“ 5

DDR L. Bešymenski DAS ANDERE BERLIN 7

NZ-STANDPUNKT

M. Pawlowa-Silwanskaja DER STREIT UM DEN MARKT 9

UNGARN

G. Thürmer DIE LEUTE WERDEN SICH NOCH AN DEN SOZIALISMUS ERINNERN 10

BULGARIEN

W. Shitomirski WIE VIELE PARTEIEN BRAUCHT DIE REPUBLIK? 12

MENSCHENRECHTE

R. Schifter GIBT ES IN DER UdSSR POLITISCHE GEFANGENE? 15

NZ-DISKUSSIONSCLUB

M. Besrukow, M. Koshokin OSTEUROPA, ADIEU 18

NIKARAGUA J. Kudimow DIE KUNST, ZU VERLIEREN 18

ÖSTERREICH H. Hofbauer DAS 13. RAD 20

ARGENTINIEN I. Chusemi DIE GROSSMÜTTER VON DER PLAZA DE MAYO 22

WIR UND DIE WELT

J. Popow VON WELCHEN BLÜTEN SOLL MAN NEKTAR SAUGEN? 24

NAHER OSTEN R. Shaer SORGEN UM „ALIA“ 26

IDEEN UND ERFAHRUNGEN

A. Poljuchow DIE HAUPTSTÄDTE UMGEHEN 27

FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa FRÜHLING DER HOFFNUNG 28

UdSSR – USA J. Andrianow ICH DENKE, WIR SIND NICHT ZU SPÄT DRAN 29

KRISEN DER PERESTROIKA

V. Tschalidse AUF DEM WEG DER ERNEUERUNG 30

JUNGE WELT S. Soloweitschik IHR KIND EIN DON QUICHOTTE? 34

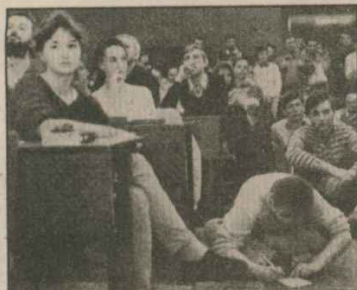
ÖKOLOGIE W. Petrowski BRIGADE VOM „GRÜNEN KREUZ“ 35

ZEITGESCHICHTE L. Ionin DIE GESICHTER DES FÜHRERS 36

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

Ch. Mills DIE URSACHEN DES DRITTEN WELTKRIEGS 40

IDEEN UND ERFAHRUNGEN I. Birman DIE LETZTE CHANCE? 46

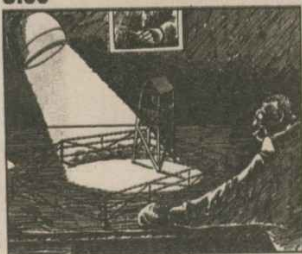


DDR:  
Zeit der Diskussionen  
S.7



Hinter Gitter  
Geborene  
S.22

Am Tag  
von Stalins Tod  
S.36



Titelbild: Wladimir Ptschjolkina

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.**

**☎: 229-88-72, 209-07-67**

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU<sup>1</sup> Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,  
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“



# LESERBRIEFE

**Chefredakteur**  
Vitali IGNATENKO  
**Redaktionskollegium:**  
Leonid ABRAMOW,  
Lew BESYMENSKI,  
Alexej BUKALOW  
(verantwortl. Sekretär),  
Alexander DIDUSSENKO,  
Vitali GANJUSCHKIN  
(stellv.

Chefredakteur),  
Sergej GOLJAKOW,  
Wladimir  
KULISTIKOW  
(stellv. Chefredakteur),  
Leonid MLETSCHEIN,  
Dmitri POGORSCHESKI,  
Alexander PUMPJANSKI  
(1. stellv.

Chefredakteur),  
Galina SIDOROWA,  
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:  
Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur  
der deutschen Ausgabe:  
Gennadi MJASNIKOW

## NZ-Korrespondenten:

**Algier**  
Michail CHROBOSTOW;  
**Belgrad**  
Gennadi SYSSOJEW;  
**Berlin**

Anatoli KOWRIGIN;

**Bonn**  
Nikita SHOLKWER;

**Bukarest**  
Sergej SWIRIN;  
**Delhi**

Sergej IRODOW;  
**Havanna**

Vitali SOBOLEW;  
**Lusaka**

Nikolai RESCHETNJAK;

**Managua**  
Juri KUDIMOW;

**New York**  
Jewgeni ANDRIANOW;

**Prag**  
Kim KOSTENKO;

**Rom**  
Pawel NEGOIZA;

**Stockholm**  
Alexander POLJUCHOW;

**Tokio**  
Wladimir

OWSJANNIKOW;  
**Warschau**

Rudolf BORECKI

## Auslandsredaktionen:

**Warschau, „Nowe Czesy“**  
Jan LYSEK;

**Prag, „Nova doba“**  
Vladimir TRAVNICEK;

**Athen, „Nei Keri“**  
Kostas MICHAELIDES

■ Schon zu Beginn des vorigen Jahres wurde in der Lokalpresse mitgeteilt, daß im Zeitraum von Oktober 1989 bis 1992 auf Kamtschatka mit einem schweren Erdbeben zu rechnen ist. Das genaue Datum oder wenigstens der Monat können nicht vorausgesagt werden.

Kamtschatka ist die seismisch aktivste Region in der UdSSR. Da die Wissenschaftler nicht in der Lage sind, eine kurzfristige Prognose zu erstellen, beschäftigen sich die Einwohner von Petropawlowsk selbst damit. Die Bevölkerung der Stadt findet im wahrsten Sinne des Wortes keine Ruhe und keinen Schlaf. Alle warten auf das Erdbeben. Manche verlassen Kamtschatka, andere bringen ihre Kinder auf das Festland. Glauben Sie uns, es ist nicht leicht, in ständiger nervlicher Anspannung zu leben, bei jedem Erdstoß aufzuschrecken und halbbedeckt mit Kleinkindern auf dem Arm auf

die Straße zu laufen, ganz besonders im Winter. Wenn man doch wenigstens ungefähr wüßte, wann es richtig beben wird, könnte man sich rechtzeitig darauf vorbereiten, die Häuser verlassen, Vorräte anlegen und andere Maßnahmen treffen, um Tausende von Menschen vor dem Tod zu bewahren.

Deshalb bitte ich im Namen der fast 300 000 Einwohner unserer Stadt den indischen Dichter Tejendra Vikaasa (sein Brief, in dem er Erdbeben voraussagte, war in der NZ 48/89 veröffentlicht worden), sich mit der Prognose von Erdbeben auf Kamtschatka zu befassen.

**J. Kuropow**

Petropawlowsk-Kamtschatski,  
RSFSR

■ Ihre Zeitschrift schreibt viel über die Wahlen. Deshalb möchte ich ihnen eine Information geben, die ich der Zeitung „Molodjosh Estonii“ entnommen habe.

Aus völlig unverständlichen Gründen wurde die Unionsrepublik in Wahlkreise mit unterschiedlicher Wählerzahl eingeteilt. In einigen kommt ein Mandat auf 4000 Wähler, in anderen dagegen auf 14 000. In dem Teil der Unionsrepublik, wo hauptsächlich die russischsprechende Bevölkerung wohnt, gibt es weniger Wahlkreise (trotz einer großen Zahl von Wählern). Folglich wird dieser Teil auch weniger Deputierte haben. Ist das gerecht?

**Nikolai Smirnow**

Sillamäe, Estnische SSR

■ Bei der Beantwortung der Frage, ob man am 4. März zur Wahl gehen sollte oder nicht, sollte man berücksichtigen, daß es vielleicht solche Wahlen bei uns nie wieder gibt.

Leider konnten weder der erste noch der zweite Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR etwas Wesentliches am autoritär-bürokratischen

## Kandidaten: Wer ist wer?

■ Die Mitarbeiter des Moskauer Zentrums für politisch-rechtliche Forschung und Information möchten Sie mit einigen Ergebnissen von Umfragen bekannt machen, die unter den Kandidaten für den Obersten Sowjet der RSFSR durchgeführt wurden.

Der vorherrschende Typ des politischen Bewußtseins der Kandidaten ist **rechter Populismus** (Erneuerer, die nicht den individuellen, sondern klassemäßigen Populismus vertreten; für sie sind Bürokratie- und Intelligenzfeindlichkeit ebenso typisch wie gleichmacherische Ansichten) — 28 %. An zweiter Stelle stehen die **Westler** (sie orientieren widerspruchslos auf westliche, in erster Linie amerikanische Werte und Erfahrungen der Marktwirtschaft) — 26 %. Platz drei haben die **linken Populisten** inne (Erneuerer, die für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz und individuellen Humanismus eintreten) — 19 %. An vierter Stelle stehen die **Staatsverbundenen** (sie treten in erster Linie für einen starken Staat und eine feste Disziplin ein) — 17 %. Dahinter liegen die **Ökologen** (vertreten pazifistische und „grüne“ Ideen) — 3 %. An letzter Stelle stehen die **National-Patrioten** (orientieren auf den Kampf gegen Fremde und Kosmopoliten) — 2 %. Ein Teil der National-Patrioten ist allerdings auch unter den Staatsverbundenen zu finden.

Wie sieht heute das Verhältnis zwischen Links- und Rechtskräften aus? Wenn man den Linkskräften die Westler, linken Populisten und die Ökologen, den Rechtskräften die Staatsverbundenen, National-Patrioten und die rechten Populisten zuordnet, dann lautet

das Verhältnis 48 % zu 47 % zugunsten der Linken. Die Kräfte sind also etwa gleich stark.

Den Kandidaten wurde die Frage gestellt, welcher Nationalität die Deputierten im Parlament der RSFSR seien sollten. Die Mehrheit (75 %) antwortete, es müßten ehrliche und kompetente Leute sein, wobei die Nationalität nicht von Bedeutung ist. 8 % unterstützen die Losung „Rußland den Russen“, folglich muß es von Russen geleitet werden. Auf die Frage, wie sie zur Nationalitätenvielfalt Moskaus stehen, antworteten 46 % der Kandidaten, daß sie darin überhaupt kein Problem sehen. 21 % bezeichneten die Situation als tragbar, 20 % als schlecht und veränderungsbedürftig. Bei der zweiten Frage (zu Moskau) waren in erster Linie Vertreter südlicher Unionsrepubliken gemeint, denen gegenüber die Haltung in Moskau offensichtlich negativ geworden ist. Der Großteil nationalistisch eingestellter Leute ist unter den Staatsverbundenen zu verzeichnen (40 – 45 %).

Nur 7 % gaben an, die Idee des Kommunismus sei für sie ohne Bedeutung. 27 % glauben an den Kommunismus (an seinen endgültigen Sieg „früher oder später“). Die übrigen (50 %) bezeichnen ihn als „schönen, aber unerfüllbaren Traum“. Unter den Mitgliedern der KPdSU sagen nur 37 %, daß sie an den endgültigen Sieg des Kommunismus glauben. Das ist ein schwerwiegendes Argument für eine Umbenennung der Partei in Sozialistische Partei (oder anders), was viele vom bevorstehenden 28. Parteitag der KPdSU erwarten.



## Wählen oder nicht wählen

## Warten auf das Erdbeben

## Wahlen in Estland: Ungerechte Aufteilung

System ändern, das das Land in die Krise geführt hat. Sie waren dazu unter den gegenwärtigen Bedingungen und aufgrund ihrer Zusammensetzung nicht in der Lage. Auch die neuen örtlichen Sowjets werden das nicht tun können, wenn nicht das Volk selbst ständig funktionierende Machtstrukturen vor Ort schafft. Hierzu gehören die Komitees für gesellschaftliche Selbstverwaltung, die die Macht auf dem Territorium von Stadtbezirken ausüben, und die Wählerklubs, die Deputierte in alle übergeordneten Machtorgane entsenden und über das Recht verfügen, sie jederzeit auszutauschen.

Die Volksmacht kann nur dann verwirklicht werden, wenn das Volk die Macht in

die eigenen Hände nehmen will und nicht darauf wartet, wann das autoritär-bürokratische System sie freiwillig abgibt, sondern wenn eine ganzheitliche Machtstruktur von unten nach oben geschaffen wird.

Volksmacht im ökonomischen und kulturellen Bereich bedeutet persönliches und freies Kollektiveigentum an Boden, Produktionsmitteln und Massenmedien; Rede-

freiheit, Vereinigungsfreiheit, Unantastbarkeit der Person und saubere Umwelt.

**Dr. phil. habil. Anatoli Gorelow**  
Kandidat für die Wahlen zum Moskauer Sowjet im Wahlbezirk 320

■ 1983 hat sich der spanische Junge Jose Ramon Ruiz Noriega drei Halswirbel gebrochen, als er ins Wasser sprang. Jetzt ist er 18 Jahre alt und kann sich nur im Rollstuhl bewegen. Nun hat er Hoff-

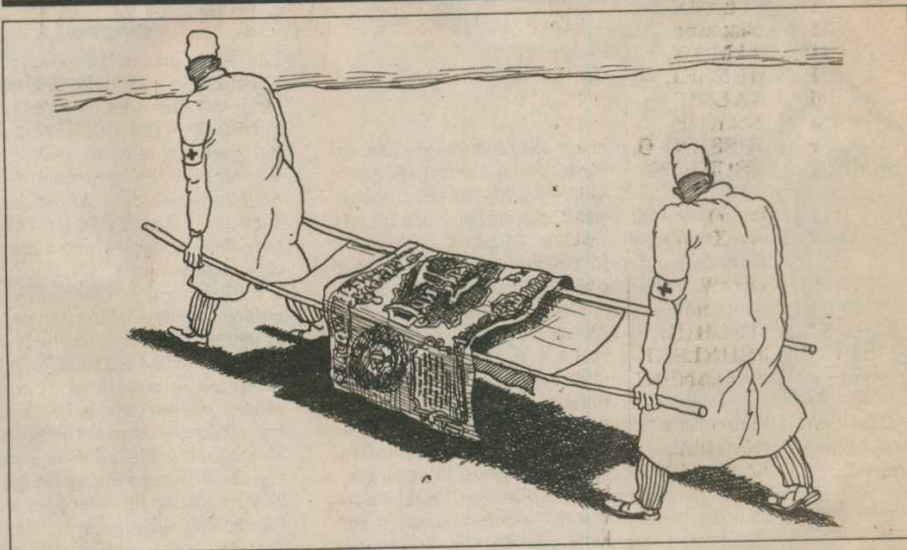
nung geschöpft. Jose erfuhr, daß es in der Sowjetunion einen Menschen gibt, der ihm helfen könnte. Die Eltern von Jose versuchten bereits, sich mit Vertretern ihres Landes in Verbindung zu setzen, trafen jedoch auf bürokratische Hindernisse bei sich zu Hause. Man verlangte von ihnen zahllose Bescheinigungen. Zugleich forderte man fünf Millionen Pesetas! Es wurde eine Sammlung gestartet. Die Presse und der Rundfunk gaben die Nummer des Kontos (14 255 930) bekannt, auf das man Geld für Jose überweisen kann. Die Eltern des Jungen sind sehr beunruhigt. Wenn man ihnen plötzlich die Operation verweigern würde und sie das Geld den Spendern nicht zurückgeben können? Ramon selbst meint, daß in diesem Fall das Geld anderen Kranken zugute kommen soll, denen in der Sowjetunion geholfen wird.

Ich bitte Sie, Ihre Leser zu fragen, ob sich nicht jemand bereitfinden würde, etwas von seiner Zeit Jose Ramon zu opfern, damit er im fremden Land nicht so allein ist.

**Jose Antonio Navarro**  
Torrelavega, Spanien

**Zusammengestellt von**  
**T. Tschernowa**

## S O G E S E H E N



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

## Das Vaterland der Proletarier

■ Ich möchte das Problem der Autonomie der Nationen ansprechen. Seinerzeit haben die Bolschewiki voller Eifer die Idee der kulturell-nationalen Autonomie bekämpft. Vielleicht war das vor dem ersten Weltkrieg und unter den Bedingungen des internationalen proletarischen Kampfes richtig. Die Proletarier hatten kein Vaterland. Daher ist es kein Zufall, daß die nationalen sozialdemokratischen Parteien, so paradox das auch klingt, gegen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung in den Grenzen des ehemaligen russischen Imperiums auftraten. Warum wird aber jetzt die Idee der kulturell-nationalen Autonomie verworfen? An ihre Stelle wurde eine monströse und vielstufige national-territoriale Autonomie errichtet mit all ihren tragischen Exzessen von Karabach bis zum Fernen Osten. Das Streben, alle in nationale Gebiete und Reservate, Gemeinden und Stadtteile anzusiedeln, ist schrecklich!

Es ist an der Zeit, die Idee der kulturell-nationalen Autonomie zu rehabilitieren und sie in die Praxis des staatlichen Aufbaus zu integrieren. Es müßte der

Begriff der nationalen Gemeinde, deren Zugehörigkeit völlig freiwillig sein muß, gesetzlich verankert werden, wie das in den meisten Ländern der Fall ist. Ebenso müßte der Verzicht eines Bürgers auf jegliche Nationalität und somit auf jegliche Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinde zulässig sein. Die Gemeinde wählt im Rahmen ihres Territoriums einen Nationalrat, der alle Fragen der Entwicklung der nationalen Kultur, Bildung, Sprache und Medien löst.

Die Staatssprachen der Unionsrepubliken dürfen nicht willkürlich, sondern ausschließlich ausgehend von ihrem Verbreitungsgrad festgelegt werden. Ein solches Herangehen würde auch die Frage der administrativ-territorialen Aufteilung lösen. In einigen Regionen müßte man weniger vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit sprechen, als vielmehr vom Recht der Territorien auf Selbständigkeit.

**B. Schechtman**  
Moskau





**WADIM  
SAGLADIN**  
Berater  
des  
Vorsitzenden  
des Obersten  
Sowjets  
der UdSSR,  
Vorsitzender  
des  
Sowjetischen  
Komitees  
für europäische  
Sicherheit  
und  
Zusammenarbeit

**D**ie Konferenz „Europäische Sicherheit '90“ wurde vom internationalen KSZE-Komitee nach Brüssel einberufen. Ziel war die Suche nach einem neuen Impuls für diese Bewegung. Die Tätigkeit des vor der Helsinki-Konferenz eingesetzten Komitees galt ihrer Vorbereitung und dann der Verwirklichung der erzielten Vereinbarungen. In diesem Stadium spielte das Komitee eine wichtige Rolle und leistete eine nützliche Arbeit. In letzter Zeit nahmen seine Aktivitäten jedoch etwas ab, in der Atmosphäre der Entspannung hat das Komitee seinen Platz nicht gleich gefunden. Seine Leitung erörterte die Lage gemeinsam mit den nationalen Komitees und kam zu dem Schluß, daß es gilt, den Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeit auszuweiten und nicht auf Quantität, sondern auf Qualität zu setzen, da sich die Situation in der Welt wesentlich verändert hat. Während Helsinki eine Deklaration der Prinzipien war, sind die Wiener Vereinbarungen ein konkretes Aktionsprogramm. Auch die Tätigkeit unseres autonomen Komitees muß grundsätzlich erneuert werden. Die Aufgabe besteht heute nicht nur darin, schon ausgearbeitete Dokumente zu propagieren. Man muß weiter gehen. Neue Fragen ergeben sich: Wie wird das Europa von morgen aussehen? Von welchem System der europäischen Sicherheit soll das Blocksystem abgelöst werden? Was bedeutet eine Sicherheit, die sich nicht auf ein Gleichgewicht der Stärke, sondern auf ein Gleichgewicht der Interessen stützt? Wie soll die Zusammenarbeit gestaltet werden? Kurzum, neue Ideen werden gesucht. Darum handelte es sich auf der Konferenz in Brüssel. Sie war sehr repräsentativ, selbst ihre Veranstalter waren auf dieses Niveau nicht gefaßt. Nicht wenig Vorschläge wurden geäußert. Das Treffen war eindeutig erfolgreich und wird der weiteren Entfaltung dieser Bewegung der Öffentlichkeit dienen.



**JOAO  
de DEUS  
PINHEIRO**  
Vorsitzender  
des Ministerkomitees  
des Europarats,  
Außenminister  
Portugals

**M**it Herrn Schewardnadse erörterte ich zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit den stürmischen Veränderungen in Europa, die, wie ich denke, die Aussichten auf eine völlig neue Architektur des Kontinents eröffnen. Hier ist die Rolle von Instituten und Strukturen des Europarats zweifellos unersetzlich. Sie sind ein wirksamer Integrationsmechanismus und haben ein mächtiges humanitäres, kulturelles und politisches Potential, das aktiv zu nutzen ist.

Es gilt, die Teilnahme der UdSSR am Europarat zu erweitern. Wir sind Optimisten, was die künftigen Beziehungen zur UdSSR und ihren Platz in unserer Organisation betrifft. Davon zeugt die Herrn Schewardnadse übermittelte offizielle Einladung, den Beitrittsvorschlag zu formulieren. Die UdSSR ist ein kontinentenweiter Staat, woraus sich eine komplizierte Spezifik ergibt. Aber die beiderseitige aufrichtige Entschlossenheit wird es uns ermöglichen, beim Auf-

bau eines neuen Europa, eines Europa der Demokratie, der Menschenrechte und des Vorrangs des Gesetzes, in jede Richtung energisch vorzustößen. Diese für alle bindenden prinzipiellen Regeln umreißen die sozialen und rechtlichen Konturen eines gesamteuropäischen Hauses. Sein konföderatives Aufbauprinzip wird jedem Einwohner die volle Souveränität und die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenständigkeit garantieren.

Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, unsere Interdependenz und gegenseitige Durchdringung zu intensivieren. Nur das kann den Frieden und die Stabilität wirklich garantieren. Seinerzeit sprach ich von Europa als einer Art Modell von konzentrischen Kreisen, die immer mehr Staaten, darunter natürlich osteuropäische Staaten, einschließen. Das würde zur Schaffung von Groß-Europa führen, in dem die Legislative und Exekutive in vieler Hinsicht supranational wären. Am wichtigsten ist, daß uns allen daran liegt.

**I**n Genf hat die UNO-Kommission für Menschenrechte ihre 46. Tagung abgeschlossen.

Die sowjetische Presse schrieb wenig darüber, und das ist schade. Die Position der UdSSR in dieser Kommission hat sich einschneidend verändert und ist bisweilen sowohl den realen rechtlichen als auch den weltanschaulichen Veränderungen im Leben unseres Landes voraus. Die Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums bemühen sich darum, ihren Kurs in internationalen Organen daran zu überprüfen, was das Rechtssystem der UdSSR in erster Linie braucht, und dazu beizutragen, daß sich unsere inneren Zustände den internationalen Standards anpassen.

Als in der Kommission ein Kodex von Prinzipien und Garantien der Rechte von Geisteskranken erörtert wurde, brachte die UdSSR Vorschläge ein, die für ihre gestrigen Opponenten erstaunlich waren. Beispielsweise die strafrechtliche Verfolgung in Fällen vorzusehen, wenn ein notorisch gesunder Mensch in eine Nervenheilanstalt eingeliefert wird.

Die 46. Tagung war die erste nach der Veränderungswelle in Osteuropa. Das hat sich sofort ausgewirkt. Die quasiautomatische gemeinsame Abstimmung nach der Block- bzw. regionalen Zugehörigkeit rückt in die Vergangenheit. Was früher gleichsam natürlich, vorbestimmt war, erfordert heute eine sehr ernste Prüfung. Wie soll man etwa abstimmen, wenn die Rede von einem uns befreundeten Land ist? Soll man die eigene Treue zu den allgemeinemenschlichen Werten vorbehaltlos behaupten und also die Gesinnungsgenossen von gestern rücksichtslos, mentorenhaft im Stich lassen? Oder einen vernünftigen Dialog aufrechterhalten und einen Kompromiß eingehen? Die Wahl ist alles andere als einfach. Wie mir scheinen will, bezog die sowjetische Delegation in Genf alles in allem eine angemessene Position, wenn wir auch erst dabei sind, das Problem der Moralität unserer Außenpolitik zu lösen.



**SERGEJ  
KOSZENKO**  
Leiter  
der Abteilung  
Menschenrechte  
im sowjetischen  
Außenministerium



# „Die Demokratie schützen“

Auf Fragen unseres Korrespondenten antwortet der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, **Nikolai RYSHKOW**



**Neue Zeit.** In den Sitzungen des Obersten Sowjets ist viel von der Notwendigkeit die Rede, die oberste Exekutive zu verstärken. Darauf sei u. a. der Vorschlag hinsichtlich des Präsidentenamtes zurückzuführen. Ist die Exekutive tatsächlich schwach?

**N. Ryshkow.** Die Regierung wird nicht wenig kritisiert. Meiner Meinung nach ist es aber zumindest unstatthaft, der Exekutive allen Ernstes vorzuwerfen, sie sei untätig. In der Situation, in der wir jetzt leben, unternehmen wir alles, um unserem Land aus der Krise herauszuhelfen. Etwas anderes ist, daß uns noch nicht alles gelingt.

Meines Erachtens sollten wir uns alle Gedanken über die Leitungsmethoden machen. Nur einige Ansprachen haben halbwegs einleuchtend gezeigt, warum wir das Präsidentenamt brauchen. Es geht nicht einmal um den gegenwärtigen Zeitpunkt. Mag schon sein, daß die momentanen Wirren uns unter Druck setzen und die Menschen im Präsidentenamt einen Ausweg sehen, in den genauen Funktionen, die mit diesem Amt zusammenhängen. Ich glaube aber, daß man vorausblicken muß, über den heutigen Tag hinaus. Man muß perspektivisch denken. Im Grunde geht es um eine Umgruppierung der Macht im Lande. Viele verstehen das aber nicht, so daß der Eindruck entsteht: Uns geht es heute schlecht, also laßt uns das Präsidentenamt einführen. Haben wir erst einen Präsidenten, dann haben wir über Nacht auch Ordnung.

Dabei geht es heute darum, daß die eine Macht geschwächt, die andere noch nicht erstarkt ist. Daher diese komplizierte Situation im Lande. Wir wissen ja sehr gut, wer früher Entscheidungen traf: nämlich die Partei, ihr Stab. Es ist so gekommen, daß sich die Partei seit den 30er Jahren mit allen Fragen beschäftigte. Heute sagt die Partei: Die Macht ist den Sowjets zu übergeben. Das muß geschehen, damit auch die anderen Machtorgane reale Machtbefugnisse erlangen. Ebendieser Prozeß ist jetzt im Gange. Es gilt, kein Machtvakuum zuzulassen. Ob gut oder schlecht, aber die Macht der Partei war existent. Wenn sich die Macht heute umgruppiert, müssen alle ihre Institute geschaffen werden, damit es zu keiner Machtlosigkeit kommt.

Die Regierung war und bleibt die Regierung. Der Entwurf, der vom Obersten Sowjet erörtert wird, behandelt ausführlich ihre Vollmachten. Übrigens bin ich nicht ganz sicher, daß die Regierung mit ganz

besonderen Vollmachten auszustatten ist. Wir brauchen sie im Grunde nicht. Wir müssen im Rahmen der Verfassung handeln. Ich habe um keinerlei außerordentliche Vollmachten gebeten und will das auch nicht tun. So etwas eignet sich nicht, das Land zu regieren. Mit Hilfe von außerordentlichen Vollmachten ließe sich höchstens eine einzelne Frage lösen. Wenn irgendwo eine außerordentliche Situation entsteht, dann braucht man vielleicht auch außerordentliche Vollmachten.

**NZ.** Welche Gliederung im System der Staatsmacht ist Ihrer Meinung nach am schwächsten?

**N. Ryshkow.** Ich finde, daß heute alle Machtorgane vorläufig noch nicht in der Lage sind, unter den neuen Verhältnissen zu funktionieren. Wir sprechen von Demokratisierung und Glasnost. Tatsächlich gehen das Land und die Gesellschaft den demokratischen Weg. Wir kommen voran, und das ist positiv. Aber die drei Komponenten der Macht – Legislative, Exekutive, Judikative – erweisen sich da als völlig unvorbereitet. Sie sind erst im Werden.

Zunächst einmal die Legislative: der Oberste Sowjet, der Kongreß der Volksdeputierten. Kann man denn sagen, daß da alles normal verläuft? Nein. Es wird zu viel geredet, zu viel erörtert. Entscheidungen werden nicht immer rechtzeitig getroffen. Sehr viel Kritik: Die Exekutive sei im Verzug, treffe halbherzige Entscheidungen. Die Vorlagen aber, die die Exekutive schon zu Beginn der 2. Tagung einbrachte – warum blieben sie solange im Obersten Sowjet? Dabei sind das die wichtigsten Gesetze: über den Grund und Boden, über das Eigentum. Ich unterschrieb diese Gesetzentwürfe schon am 1. September, jetzt ist März. Sie können sich ausrechnen, wieviel Zeit inzwischen vergangen ist. Die Legislative kommt erst auf die Beine. Im Grunde beginnen die Deputierten eben erst mit ihrer Arbeit, sie sammeln Erfahrungen.

Zweitens: die Exekutive. Auch sie ist heute anders als früher. Kritisiert wird viel: Der Ministerrat nutze seine Macht zu wenig. Niemand hat aber noch gesagt, daß

die exekutive Macht des Ministerrats heute in einer völlig veränderten Situation wirkt. Sie kann nicht die Macht in der früheren Auffassung sein. Der Betrieb ist heute durch das Gesetz geschützt. Dürfen wir gegen das Gesetz verstoßen? Nein, wir dürfen nicht. Ferner: Die Unionsrepubliken erhalten immer mehr Selbständigkeit. Deshalb haben wir folgende Situation: Einerseits sind die Betriebe und Regionen selbständig, andererseits wird auf das Zentrum Druck ausgeübt, weil es seine Arbeit angeblich schlecht verrichtet. Verstehen Sie, wir haben eine viel zu große Spanne zwischen Losungen und Leben. Wir reden von Selbständigkeit, aber sobald es irgendwo hapert, heißt es gleich: Die Zentralmacht habe es wieder einmal nicht geschafft.

Die Exekutive muß sich heute ebenfalls umstellen. Die Ministerien haben sich verändert. Früher pflegte ein Minister einem Direktor nur zu sagen, dieser habe das und das zu tun, heute darf der Minister ihm nichts befehlen. Deshalb gehen viele kritische, bisweilen sogar hysterische Äußerungen über die Schwäche der Exekutive, wie ich glaube, auf die Tatsache zurück, daß man einfach nicht versteht, wie sehr sich die Situation geändert hat.

Das dritte schließlich, die Judikative. Ist hier denn alles in Ordnung? Nicht alles. Mir scheint, daß zu einer gewissen Zeit ein schwerer Irrtum begangen, nämlich Druck auf die Rechtsschutzorgane ausgeübt wurde. Auch auf das Gericht. Nun heißt es, die Partei habe früher auf alle Druck ausgeübt. Wer tut das dagegen heute?

Die Rechtsschutzorgane müssen präzise funktionieren und die Ordnung aufrechterhalten. Heute sind sie aber geschwächt. Es ist schon möglich, daß sie viele Mängel und Funktionschwächen haben. Noch haben es die Rechtsschutz- und Rechtsprechungsorgane offenbar nicht gelernt, mit der Zeit Schritt zu halten. Aber wer sonst soll im Lande dem Gesetz Geltung verschaffen? Auch diese Macht muß stark und zuverlässig sein.

Wir kommen voran. Manchmal ohne theoretische Voraussetzungen. Das Leben selbst schiebt uns voran. An Schwierigkeiten mangelt es nicht.

**NZ.** Viele Deputierte sagen, das Gesetz über die Pacht sei zwar verabschiedet worden, bleibe aber ohne Wirkung, und lasten das der Exekutive an.

**N. Ryshkow.** Dieses Gesetz wird schon wirksam werden. Man muß nur einige Verordnungen in Weiterentwicklung des Gesetzes unterzeichnen. Sie liegen seit etwa einer Woche auf meinem Tisch. Ich habe sie noch nicht unterschrieben, weil gewisse Zweifel bleiben. Deshalb will ich



# Das andere Berlin

Seit Mai 1945 war ich mehrmals in Berlin. Inzwischen sollte man die Bekanntschaft mit der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik von neuem schließen

Lew Besymenski

Fachleute aus den Reihen der Volksdeputierten heranziehen und diese Dokumente mit ihnen zusammen durchgehen. Man gewinnt den Eindruck, daß gewisse Leute beinahe Gewalt anzuwenden bereit sind, um die Pacht einzuführen. Dabei muß die Sache erst heranreifen. Wir dürfen nicht naiv sein und glauben, heute haben wir ein Gesetz verabschiedet, morgen wirkt es schon im ganzen Land. Meiner Meinung nach wird sich die Pacht schon durchsetzen. Das einzige, womit ich nicht einverstanden bin, ist: Man darf keine zweite Kollektivierung daraus machen. Das darf man auf keinen Fall! Nur ja nicht drängen.

NZ. Wie würden Sie die Worte des Deputierten Sobtschak kommentieren, daß ein eiliger Übergang zur Präsidentschaft und ernsthaft strukturelle Umwandlungen die Staatsmacht desorganisieren?

N. Ryshkow. Ich bin damit absolut nicht einverstanden. Deshalb nicht, weil der Ministerrat die oberste Exekutivgewalt des Landes bleibt. Wenn Sie den Entwurf gelesen haben, müssen Sie gesehen haben, daß die Rolle der Regierung eigentlich wenig verändert ist. Deshalb darf man nicht glauben, daß sich dieser Teil der Exekutive jetzt stark verändern wird.

Im vorigen Jahr hat der Oberste Sowjet die Minister bestätigt. Wir unsererseits haben bis zum Neujahr die Struktur der Verwaltung bestätigt, die Zahl der Ministerien vermindert und alle offenen Fragen geklärt. Ich sagte allen Ministern: Arbeitet, arbeitet und laßt euch durch nichts irritieren. Wir werden schließlich nicht jede Woche alles umstrukturieren. Die Menschen dürfen sich nicht verunsichert fühlen. Wenn wir alle drei Monate die Strukturen umwandeln und immer wieder auseinandervereinen, werden wir in der Tat Instabilität verursachen. Meine Meinung also: Wir müssen jetzt mit der Struktur leben, für die wir uns entschieden haben. Deshalb darf es keine hysterischen Zuckungen mehr geben, um es geradeheraus zu sagen.

Was die Präsidentschaft angeht, von der die Exekutive angeblich destabilisiert werde... Nun, der Ministerrat wird jetzt dem Präsidenten unterstellt. Ich denke nicht, daß das die Exekutive destabilisieren wird. Es geht ja nur um das System und nicht darum, neue Posten mit neuen Personen zu besetzen. Wir brauchen ein präzises System zur Verwaltung des Landes. Deshalb müssen wir uns zur Einführung der Präsidentschaft entschließen. Wir müssen die Demokratie schützen, das ist am wichtigsten. Wenn wir nichts tun, wird sich die Lage verschlechtern.

Ich möchte abschließen, womit ich begann: Es geht nicht darum, daß wir dringend einen Präsidenten brauchen. Es geht um eine Umverteilung der Befugnisse, eine Gewaltenteilung in unserem Staat. Wir müssen den tieferen Sinn der heutigen Vorgänge erkennen und etwas weiter in die Zukunft blicken.

Es interviewte Nikolai Andrejew

Stadtlandschaften ändern sich nicht so schnell wie politische Landschaften. Selbst ein solch epochales Ereignis wie der Abriß der Berliner Mauer fügt sich in die gewohnte Landschaft Unter den Linden ein. Was diese Straße nicht alles erlebt hat: die Rückkehr der kaiserlichen Truppen aus einem verlorenen Krieg, Fackelzüge der SA, die Kämpfe des Jahres 1945 und schließlich die Mauer, welche diese einstige Prachtstraße zu einer Sackgasse werden ließ. Inzwischen strömt besonders an Sonntagen eine muntere Menschenmenge über sie hinweg, von Ost nach West, von West nach Ost. Ganz selbstverständlich, als wäre nichts Besonderes geschehen.

## Die erste Adresse: Marx-Engels-Platz

Früher war alles einfache Routine. Um zu erfahren, wie die Lage in der DDR und wie es um ihre Aussichten bestellt war, brauchte man nur einige nicht weit voneinander entfernt liegende Adressen abzufahren, wie das Gebäude des Ministerrats, ein düsterer Bau noch aus der Vorkriegszeit, die Volkskammer im Palast der Republik, den an demselben Platz gelegenen Staatsrat und selbstverständlich das ZK der SED. Das riesige festungsähnliche Gebäude am Ufer des Kanals, wo ständig schwarze Volvos und Peugeots, hiesige Äquivalente der Tschaikas und Wolgas in Moskau, vorfuhr, war zweifellos das Steuerpult der Republik. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die heute nichts mehr von den Jahren wissen wollen, in denen sie die Hilfe und die freundschaftliche Unterstützung der Genossen aus dem Ministerrat, dem ZK und anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen in Anspruch genommen haben. Was geschehen ist, ist geschehen. Heute dagegen ist vieles, um nicht zu sagen alles, anders. In die neue Berliner Epoche muß man sich erst einleben.

In dieser Epoche ist zum Beispiel der Staatsrat nur noch eine formale Reliquie. Er existiert noch. Das riesige Gebäude, auf dem die Fahne der DDR flattert, steht leer. Hier finden keine festlichen Empfänge mehr statt, die gewohnten Patrouillen fehlen. Nach dem Rücktritt von Egon Krenz nimmt Manfred Gerlach, Vorsitzender der

Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, das Amt des Staatsratsvorsitzenden wahr. Er hat bereits erklärt, daß er nicht vorhat, auf diesem Posten zu bleiben. Viele Mitglieder des Staatsrats sitzen in Untersuchungshaft, andere nehmen ihre Funktionen praktisch nicht wahr. Hier gibt es nichts zu verbergen: Dieses Organ war reine Dekoration, um dem SED-Chef den Rang eines Staatsoberhauptes zu sichern. Kaum jemand zweifelt noch daran, daß der Staatsrat aufgelöst wird.

Die zweite Adresse befindet sich ebenfalls auf dem Marx-Engels-Platz. An der Seitenfront des Palastes der Republik liegt der Eingang zur Volkskammer der DDR, ihrem Parlament. Was passiert hier, was hat sich verändert?

Bernhard Tschernig, Abteilungsleiter Information/Presse im Sekretariat der Volkskammer, berichtet:

„Trotz aller Veränderungen oder vielmehr aufgrund dieser Veränderungen ist das Parlament unserer Republik voll arbeitsfähig. Erstens haben große Veränderungen in seiner Zusammensetzung stattgefunden. 200 Abgeordnete, die das Vertrauen des Volkes verloren haben, in erster Linie Abgeordnete der früher regierenden SED, haben das Parlament verlassen. Weil es aber in der DDR Nachfolgekandidaten gibt, ist das Parlament arbeitsfähig geblieben.“

„Womit beschäftigt sich die Volkskammer jetzt hauptsächlich?“

„Am 18. März stehen Neuwahlen bevor, also gibt es Arbeit genug. Immerhin ist die Volkskammer, was auch immer geschehen sein mag, das gesetzlich gewählte höchste Organ unseres Landes und bleibt es so lange, bis eine neue Verfassung verabschiedet wird.“

Die Situation, in der die Volkskammer der DDR sich jetzt befindet, ist kompliziert. Diese Variante eines Mehrparteiensystems, das früher wie in Polen, Ungarn und der CSSR auch in der DDR bestand und immer für die Argumentation herhalten mußte: Seht her, auch im Sozialismus gibt es mehrere Parteien, hat sich als nicht länger tragfähig erwiesen.

Die Entwicklung verlief schnell. Die ehemaligen Blockparteien bilden keinen Block mehr. Einige von ihnen sind selbst mit der Regierungskoalition nicht mehr einverstanden. Dennoch bewiesen sie Vorsicht genug, sich nicht ganz auszugrenzen. Dieser Konsens hat die Volkskammer in ihrer gegenwärtigen Form bewahrt. Mit ihm hat sie die Möglichkeit, ein Element staatlicher Stabilität zu bleiben.



Ich setzte mein Interview fort:

„Folglich ist es beim früheren Schema geblieben?“

„Nein, das wäre unmöglich gewesen. Die Volkskammer berücksichtigt die neue politische Lage in der DDR, in der jetzt außer den früher bestehenden auch neugegründete Parteien wirksam sind. Wie Sie wissen, sind die meisten von ihnen am Runden Tisch zusammengekommen. Inzwischen beteiligen sie sich an der parlamentarischen Arbeit und haben die Möglichkeit, ihre Meinungen im Parlament vorzutragen.“

„Welcher Art sind Beziehungen zum Runden Tisch?“

„Sehen Sie, offizielle Kontakte bestehen nicht. Dafür unterhalten wir geschäftsmäßige Beziehungen zu seinen Vorsitzenden. Zu einem gewissen Zeitpunkt unserer politischen Entwicklung kam die Diskussion in Gang. Einige Vertreter der neuen Gruppen stellten die Rechtmäßigkeit der Volkskammer in Frage, weil sie nach dem alten Gesetz, das heute von der Öffentlichkeit verurteilt wird, geschaffen worden war. Als Antwort darauf kam das Argument, daß es auch für den Runden Tisch keine verfassungsmäßige Grundlage gebe. Für meine Begriffe geht es aber nicht um juristische Paragraphen. Beide Organe arbeiten. Entscheidend sind die positiven Ergebnisse, und die müssen in Richtung Demokratisierung gehen.“

## Friedrichstraße 165

Die parteipolitische Landschaft der DDR hat sich fundamental verändert. Eine Unterströmung scheint an die Oberfläche getreten zu sein. Angaben des Innenministeriums der DDR zufolge waren am 18. Januar dieses Jahres 154 politische Vereinigungen, Parteien, Bewegungen, Gruppen offiziell registriert. Viele von ihnen sind von lokaler, 28 Organisationen von übergreifender Bedeutung. Ihnen folgen 20 weniger große Parteien und 25 Jugendorganisationen. Es ist kein Wunder, daß politische Beobachter oft einen Vergleich zur Weimarer Republik herstellen, zu ihren Dutzenden von Parteien und ihrer Atomisierung des parlamentarischen Lebens, die ständige Instabilität mit sich brachte und die dauernde Suche nach Koalitionen erforderlich machte.

Es gibt auch andere Einschätzungen. Darin werden einige wesentliche Gruppierungen deutlich, die Ende 1989 die politische Bühne betreten haben.

Wer diese Organisationen sind, erfährt man leicht, wenn man sich in das sogenannte Haus der Demokratie begibt, das mitten in der Stadt in der Friedrichstraße 165 steht. Das Haus ist alt und nicht besonders bequem. Ehrlich gesagt verstehe ich nicht, warum die Regierung und der Magistrat von Berlin für die neuen Parteien kein besseres Gebäude finden konnten. Man sieht schon jetzt, daß es hier sehr beengt ist. Die in der DDR gegründete Sozialdemokratische Partei hat einen einzigen Korridor

(warum bloß einen?) im riesigen, leerstehenden Gebäude der SED-Parteischule erhalten. Das Neue Forum ist neben einem Kindergarten in einer Wohnung des Altbaus untergebracht.

Alle diese Erschwernisse aber sind kein Hinderungsgrund für die lebendige Atmosphäre, die in den kleinen Zimmern des Hauses der Demokratie herrscht. Die (politisch) Jungen nehmen sich, was sie brauchen. Gleich zu Anfang sei bemerkt, daß meine Gesprächspartner gewaltigen Eindruck auf mich gemacht haben. Man sieht gleich, daß es sich bei ihnen um intelligente,



Bei Demonstrationen erwarten die Bürger der DDR Antworten. Noch überwiegen die Fragen

interessierte und überwiegend junge engagierte Leute handelt. Im Haus der Demokratie bin ich dem früher so verbreiteten Typ des Parteifunktionärs jedenfalls nicht begegnet. Hier arbeiten Wissenschaftler, Ärzte und Juristen, die ihren Beruf für eine Zeit an den Nagel gehängt haben.

Während ich mich mit ihnen unterhielt, mußte ich mit Bedauern daran denken, wie tief dieses intellektuelle Potential im gesellschaftlichen Leben der DDR verschüttet war. Unter der Herrschaft der Parteibürokratie fand es für sich kein Tätigkeitsfeld. Das war im besten Falle so, denn viele führende Persönlichkeiten der jetzigen neuen Parteien sind Unterdrückungen ausgesetzt gewesen. Sie wurden, wie die gegenwärtige Vorsitzende des Neuen Forums Bärbel Bohley ausgewiesen, saßen wie der jetzige SPD-Vorsitzende Ibrahim Böhme in Haft oder wurden verleumdet.

## Die neuen Kräfte

Woher kommen sie, die neuen Parteien? Es wäre falsch anzunehmen, daß sie alle erst mit den Ereignissen vom November hochgespült worden seien. Das wohl höchste Dienstalter weist die Initiative Frieden

und Menschenrechte auf. Sie nahm ihre Tätigkeit bereits 1985 auf. Das Neue Forum trat, wie auch Demokratie Jetzt als Bürgerbewegung im September 1989 in Erscheinung. Der Demokratische Aufbruch entstand im September desselben Jahres. Die Sozialdemokratische Partei wurde im Oktober gegründet. Diese Bewegungen und Parteien sind gleichsam als Opposition zum damals existierenden Regime ausgereift und wurden in den Novembertagen zu einem Stützpfiler der Volksbewegung, die sich nach Erich Honeckers Abgang erhob. Sie stellten das Rückgrat des Runden Tisches dar.

Verständlicherweise wurde die Herausbildung neuer Kräfte nach dem November beschleunigt. Als direkte Reaktion auf den Zerfall der SED entstanden Gruppierungen, die sozialistische Ideen verteidigten und heute in der Vereinigten Linken aktiv sind. Im November entstanden die Grüne Partei, im Januar die Deutsche Soziale Union, die sich auf konservative Kräfte orientiert, ein Gegenstück zur bayerischen CSU, und die Deutsche Forum-Partei, eine Abspaltung des Neuen Forums.

Dieser Prozeß geht weiter und nimmt manchmal direkt rührende Formen an. Beispielsweise gibt es jetzt eine Deutsche Sex-Liga, und die Rentner haben sich zu Grauen Panthers formiert. Das Lachen kann einem auch vergehen: Am 29. Januar 1990 haben die nationalistischen Republikaner ihre erste Kreisorganisation in Leipzig gegründet. Sie fordern ein Deutschland in den Grenzen von 1937, die Rückgabe der deutschen Kolonien (Namibia!) und den Kampf gegen Ausländer. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Volkskammer die Tätigkeit der Republikaner Anfang Februar verboten hat.

Was haben die neuen Gruppen gemeinsam? Zunächst einmal einte sie alle die Treue zur Republik. In den Dokumenten von Demokratie Jetzt hieß es, daß sie für eine „demokratische Umgestaltung der DDR“ eintritt. Das Neue Forum bezeichnete die gegenwärtige Zweistaatlichkeit als „Chance für eine demokratische Selbstverwirklichung“. Auch die Vereinigte Linke und die NELKEN sehen die DDR weiterhin ohne Abstriche als ihr Vaterland an. Der SPD-Vorsitzende Ronald Prang: „Wir halten uns für eine Partei der DDR.“ Die Grüne Partei sieht ihre Aufgabe darin, „die Eigenstaatlichkeit der DDR zu wahren“.

Inzwischen hat sich die Tonlage allerdings verändert. Die deutsche Einheit wird entweder als unvermeidlich anerkannt oder direkt als unmittelbares Ziel proklamiert. „Das Neue Forum bekennt sich zur Einheit der deutschen Nation. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.“ Die Deutsche Soziale Union fordert die unverzügliche Vereinigung und verwendet dabei den bei BRD-Rechten beliebten Ausdruck der Wiedervereinigung. In ihren Formulierungen stehen einige Neue der alten CDU in nichts nach. Bei einer Diskussion über die deutsche Vereinigung hatte ich die Generalsekretär Dr. Kirchner zu meinem Nachbarn. Nachdem er lang und breit auf-



gezählt hatte, was die DDR von der BRD übernehmen sollte, konnte ich mich der Frage nicht enthalten:

„Was bleibt denn dann von der DDR noch übrig?“

Die Antwort war kurz:

„Nix!“

Demokratie Jetzt ist da anderer Meinung: „Ja zur Einheit – Nein zur Wiedervereinigung.“ Die Vereinigte Linke spricht sich energisch gegen einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik aus.

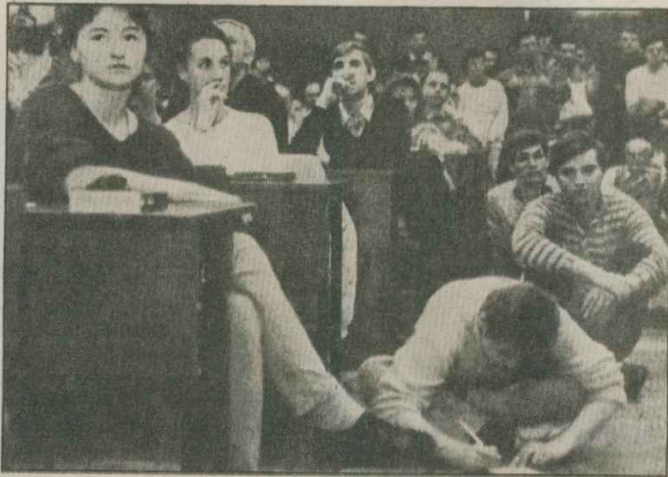
Noch schroffer verläuft die Grenzziehung zum Sozialismus. Der Demokratische Aufbruch antwortet auf die Frage, was denn vom Sozialismus übrigbleiben soll, kurz und bündig: „Nichts!“. Die Deutsche Soziale Union will ihrerseits vom Sozialismus in der DDR „nur die 16 Millionen Menschen und 108 000 Quadratkilometer“ übriglassen. In diesem Milieu ist es jetzt üblich geworden, den Sozialismus zu beschimpfen, wozu zu einem nicht geringen Maße auch Gastauftritte von Politikern rechter bundesdeutscher Parteien beitragen.

Das ist nur die eine Flanke. Da die SPD meint, daß der „reale Sozialismus“ sich kompromittiert habe, spricht sie lieber von „sozialer Demokratie“ und betrachtet sich als eine unter anderen sozialistischen Parteien in Europa. Sie will „eine Gesellschaft, in der die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein Höchstmaß an Verwirklichung erfahren“. Die Vereinigte Linke ist da bestimmter. Auf die Behauptung, daß der Sozialismus gescheitert sei, antworten sie: „Er ist nicht gescheitert, weil er noch nicht begonnen wurde. Wird er begonnen, beginnt die konkrete Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus.“ Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat sich die Erneuerung des Sozialismus zum Ziel gesetzt.

Das sind nur einige Querschnitte durch die parteipolitische Programmatik der neuen Parteien. Hier wird sich im Verlauf des Wahlkampfes sicherlich noch einiges bewegen. Es sind bereits mehrere Blöcke gebildet worden: die konservative „Allianz für Deutschland“, der der Demokratische Aufbruch, die Deutsche Soziale Union und die CDU angehören, und ein linker Block mit Neuem Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte sowie Demokratie Jetzt. Trotzdem werden die Stimmen nicht für die Blöcke, sondern für einzelne Parteien abgegeben. Eine Sperrklausel für den Einzug ins Parlament ist nicht vorgesehen.

## Zwei weitere Adressen

Zwei „neue“ Parteien verdienen beson-



Das ganze Land diskutiert

dere Aufmerksamkeit. Nicht nur deshalb, weil sie ihren Sitz nicht im Haus der Demokratie haben, sondern weil sie in Zukunft von einigem Gewicht sein werden.

Schon während der mächtigen Demonstrationen des Vorjahres ist das Neue Forum als die Organisation mit dem größten Masseneinfluß genannt worden. Wie gemeldet, haben 200 000 Personen eine ihrer Erklärungen unterzeichnet. Diese Zahl bestätigte mir Christian Reich, ein junger Mann aus dem Vorstand des Neuen Forums, sichtlich erschöpft von den endlosen Besuchern, denen er Interviews zu geben hatte. Dennoch war er sogleich zu einem Gespräch bereit, ein besonders für Journalisten angenehmer Charakterzug, der allen Politikern der neuen Generation anhaftet.

Das Neue Forum sieht sich als Bürgerbewegung, welche die öffentliche Kontrolle über die demokratischen Veränderungen ausübt. Christian Reich zufolge sieht die Bewegung ihr Ziel in einer parlamentarischen Demokratie mit einem starken sozialen Element „wie in Schweden“. Das zukünftige Deutschland müsse ein neutraler und entmilitarisierter Staat sein, der nicht der NATO angehört. Deshalb äußert Reich sich auch besorgt über den von der BRD forcierten Vereinigungsprozeß: „Die Leute wissen nicht, was sie erwartet.“

Jetzt zu den Sozialdemokraten. Meinungsumfragen zufolge werden sie, wenn nicht die Stimmenmehrheit, so doch auf jeden Fall den ersten Platz unter allen anderen Parteien erringen. Ist die Partei so neu? Ronald Prang von dem Parteivorstand bestätigt einerseits, daß die Partei sich erst vor kurzem neu formiert hat und kein Teil der ehemaligen SED ist. Andererseits fuße seine Partei auf alten Traditionen der Arbeiterbewegung.

Inzwischen sind in allen 15 Bezirken und in allen Kreisen der DDR Ortsgruppen gegründet. Die SPD zählt bereits um die 100 000 Mitglieder, die ihre Vertreter zum Parteitag am 22.–25. Februar benannt

hatten. Die SPD spricht lieber davon, „weder alte noch neue ideologische Methoden, sondern nur eine praktische Politik zu betreiben, die zu einer neuen Gerechtigkeit führt und gleiche Chancen für politische und soziale Betätigung in sozialer Sicherheit vorsieht“. Die Lösung dieser Aufgabe sieht die Partei in der deutschen Einheit im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses.

Ibrahim Böhme betonte mir gegenüber, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten so vor sich gehen sollte, daß soziale und Menschenrechte dabei nicht

beeinträchtigt werden. Soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaat, Umweltsicherheit, gleiche Bildungschancen und konsequente Friedenspolitik sind seiner Meinung nach die notwendigen Elemente für den zukünftigen Kurs seiner Partei.

Der bei diesem Parteitag zum SPD-Vorsitzenden gewählte Ibrahim Böhme, dessen Vorname, wie er mir glaubhaft versicherte, nicht muslimischen Ursprungs ist, repräsentiert den politischen Nachwuchs der DDR. Der 45jährige Historiker und Theaterwissenschaftler hat alle Launen des Schicksals an sich erfahren, von der SED-Mitgliedschaft bis zum Parteiaustritt und zur Verhaftung. Sein erster Konflikt mit der SED datiert aus dem Jahre 1968 und hängt mit den Ereignissen in der CSSR zusammen. Weitere Kollisionen führten zu einer 15monatigen Untersuchungshaft. Böhmes Berufsregister ist lang: Koch, Sägearbeiter, Vietnameschleher, Dramaturg am Theater, Philosophieprofessor.

So sieht der Alltag des Berliner Parteienpluralismus aus, der in Wirklichkeit noch viel bunter ist, denn Parteien werden so gut wie jeden Tag neu hervorgebracht. Ob das gut ist oder schlecht, müssen die Bürger der Republik selbst beurteilen. Nachdem es nun schon einmal so gekommen ist, daß die neue Parteienstruktur sich nicht ruhig im Schoße der Gesellschaft hat entwickeln können, muß man wohl mit erheblichen Nebenkosten rechnen.

„Das Mehrparteiensystem ist, eine anstrengende und ungewohnte Angelegenheit“, sagte mir einer meiner Gesprächspartner in Berlin. „In dieser Hinsicht ist die DDR keine Ausnahme. Wenn 40 Jahre lang die Parteienvielfalt nur deklariert worden ist, braucht man sich nicht zu wundern, daß sie jetzt äußerst überraschende Formen annimmt.“

Dem konnte ich nichts entgegensetzen. Umso mehr, als meine Reise zu neuen Berliner Adressen noch nicht zu Ende ist.

(Schluß folgt)



# Der Streit um den Markt

**D**er Oberste Sowjet – welche Fragen, die da zur Debatte stehen! Die Grundlagen eines Gesetzes über den Grund und Boden, ein Gesetz über das Eigentum. Gibt es überhaupt Wichtigeres?

Die Erörterung dieser beiden Gesetzentwürfe führte vor Augen, daß die politische Trennlinie – für oder gegen Privateigentum (bzw. seine Modifikationen) – schon nach den ersten zehn Ansprachen von Deputierten klar hervortritt. Danach kommen Variationen zu einem bekannten Thema, und die Diskussion verläuft steril, weil die Deputierten einander nicht umstimmen können. Eine solche Wörter-Eruption müßte, da offensichtlich kontraproduktiv, eigentlich von allein schnell versiegen.

Unser Parlament beruht jedoch nicht auf der Rivalität mehrerer Parteien, deren Plattformen unwesentliche Meinungsdivergenzen einleiten würden, sondern auf dem sozialistischen Pluralismus, weshalb die Eruption weitergeht, bis der Vorsitzende den Hahn abdreht und sich ob seines undemokratischen Gebarens natürlich den Zorn der Beteiligten zuzieht.

Die Verabschiedung von Gesetzen, die die Eigentumsverhältnisse regulieren, ist unbestreitbar von erstrangiger Bedeutung. Aber durch Forcierung dieses Aktes flößt unsere Führung der Bevölkerung unvorsichtigerweise die Hoffnung ein, man brauche die Vorlagen nur anzunehmen, und schon morgen würden sich die Warteschlangen verkürzen, die Lebensmittelmarken verflüchtigen und die Ladentische unter den heißersehten Würsten und Stiefeln brechen.

Wenn das nicht eintritt, wird die Öffentlichkeit den Deputierten doppelt so verbissen und ungerechterweise vorwerfen, eine Quatschbude zu sein. Dabei existieren die Parlamente in der ganzen Welt eben dazu, Gesetze zu verabschieden. Es ist nicht die Schuld der Deputierten, daß der Weg von Gesetz zu Wurst enorm lang ist. Zudem hat noch niemand auch nur einen Versuch unternommen, auch nur allen Ernstes daran gedacht, ihn zurückzulegen.

Prof. G. Sacks von der Harvard University, der sich seit bald einem Jahr mit der Wirtschaftsreform in Polen beschäftigt, bemerkte vor kurzem zu Recht: Anstatt über die **Mittel** des Übergangs zu einer reformierten Wirtschaft nachzudenken, diskutiere Osteuropa immer noch über deren **Ziele**. Soll der Weg zur Sozialdemokratie von schwedischem Typ oder zu einem Liberalismus à la Thatcher führen? Darüber wird nun gestritten, obwohl für die Länder, in denen das Administrative System jahrzehntelang herrschte und das Privateigentum ebenso gründlich wie private Finanz- und aktive Arbeitsmärkte vernichtete, beide alternativen westeuropäischen Modelle fast gleich unzugänglich sind. Auch bei uns steht die schwedische Variante neuerdings hoch in Ehren, übrigens auch Mrs. Thatcher, allerdings ohne den Thatcherismus. Statt dessen werden andere Ziele besprochen. Den einen schwebt so etwas wie ein russisches ethnographisches Freilichtmuseum vor. Andere möchten ein

kulturell-soziales Schongebiet mit eingesprenkelten Mustern von „Stalinschen“ Großbauten, etwa dem Dnepr-Wasserkraftwerk oder dem Hüttenkombinat Magnitogorsk sowie einigen gutgehenden Kolchosen, kombinieren. Diese Kombination würde allen Leuten, die auf unsere Vergangenheit und unsere Vollbringungen so gern stolz sind, Herz und Auge erfreuen. Außerdem erörtern wir auch neue sozialistische Modelle. Das eine ist mißglückt, das ist wahr, macht aber nichts, wir werden ein anderes ausarbeiten und den Markt nach Möglichkeit diesem Modell anpassen.

Mehr Wurst haben wir von all den gelehrten Debatten nicht. Selbst wenn die Zahl unserer Bauern, die Viehhaltung betreiben, um Fleisch zu verkaufen, nach der Verabschiedung des Gesetzes über den Grund und Boden steigen wird, ist es notwendig, uns irgendwie von den ungeheuerlichen Fleischkombinaten zu befreien; es muß erreicht werden, daß wir in Stadt und Land statt der Recken, die in den Fleischläden vor lauter Langeweile Zehnruelscheine im Flug zerhacken, sachkundige und fleißige Fleischer und Wurstmacher bekommen, die vorläufig als Klasse fehlen. Wie ist das zu erreichen und zugleich zu vermeiden, daß bei uns während des Übergangs die letzten Überreste von Fleisch verschwinden? Wie sind die unumgänglichen sozialen Nöte auf ein Minimum zu reduzieren, wenn Kleinproduktion und Handwerk auf den Plan treten, die vorläufig noch keine Konkurrenz, kein Interesse an Kunden und Qualität haben und eine Zeitlang Raubbau an der Wirtschaft möglich ist? Wir haben noch nicht einmal begonnen, diese Probleme und viele andere, nicht weniger kopfzerbrecherische, in praktischer Hinsicht zu überdenken. Das sind noch immer ideologische Tabus.

Der Markt ist kein „Sesam, öffne dich!“, sondern besteht vor allem aus den Warenbeziehungen selbständiger Subjekte. Diese Binsenwahrheit will vielen Menschen, die ohne den Markt aufgewachsen sind, aber das Zauberwort bereits sprechen, immer noch nicht in den Kopf. Wenn wir uns auf spontane Prozesse verlassen, die Hände in den Schoß legen und abwarten, bis in unserem Vaterland auf natürlichem Wege Märkte und Kapitale heranwachsen, die einen modernen zivilisierten Markt zu formen vermögen, dauert das Jahrzehnte. Nur, woher diese Jahrzehnte nehmen, wenn die Geduld schon am Platzen ist? Ist dagegen die Absicht, sich auf die Marktwirtschaft zuzubewegen, keine abermalige ideologische Beschwörung, sondern eine ernsthafte Absicht, so ist es längst an der Zeit, gleichzeitig mit Gesetzen auch die Mittel einer solchen Bewegung zu konzipieren, insbesondere die öffentliche Meinung vorzubereiten. Man muß alle Plus- und Minuspunkte, die ersten Schritte unserer osteuropäischen Nachbarn zur Marktwirtschaft, die eventuelle Arbeitslosigkeit, Armut und Teuerung analysieren. Gewiß, auch das ist eine Wahrheit. Aber erstens nicht die ganze. Und zweitens: Sind wir etwa so überaus reich, gleichberechtigt und sozial geschützt? Viele Gefahren lauern auf dem neuen Weg. Aber Risiko gehört zum Leben.



Marina  
Pawlowa-  
Silwanskaja

**Der Markt ist kein „Sesam, öffne dich!“, sondern eine Umstrukturierung des gesamten Systems der Warenbeziehungen**



# Gyula Thürmer: Die Leute werden sich noch an den Sozialismus erinnern

Man hatte angenommen, daß der 14. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei ihr letzter sein werde. Es kam anders. Darüber spricht der neue Vorsitzende der USAP **Gyula THÜRMER** in einem Interview für die NZ

**Neue Zeit.** Ungeachtet des Parteitagebschlusses vom letzten Jahr, die USAP aufzulösen und die Ungarische Sozialistische Partei zu gründen, ist inzwischen deutlich geworden, daß die USAP weiter existieren wird. Welche Aufgaben stellt sich die neugegründete Partei, worin bestehen ihre Neuerungen im Vergleich zur alten USAP und wo bewahrt sie ihre Kontinuität?

**G. Thürmer.** Die USAP ist beides, eine alte und eine neue Partei. Die alte Partei ist sie in dem Sinne, daß sie sich als politische Erbin der früheren USAP ansieht und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, die unter der Führung dieser Partei erzielt worden sind, hoch schätzt. Gleichzeitig betrachten wir die Entwicklung der letzten Jahrzehnte kritisch und distanzieren uns von Fehlern und Verbrechen. Die Kontinuität besteht außerdem darin, daß ein bedeutender Teil unserer heutigen Mitglieder auch früher der USAP angehört hat.

Worin die Veränderungen in der neuen USAP bestehen? Wir haben einen neuen politischen Ansatz, denn wir handeln unter neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen als linke Oppositionspartei, die sich als Gegengewicht zu stärker werdenden Rechtstendenzen im politischen Leben versteht. Wir bewerten den Kurs der früheren USAP kritisch, besonders die engen Verbindungen zwischen Partei und Staatsmacht, und meinen, daß unsere Partei als politische Bewegung arbeiten muß. In der Vergangenheit sind die führenden Funktionäre der USAP, vielleicht mit der Ausnahme von Janos Kadar, was ihr Verhalten und ihren Lebensstil angeht, in vielerlei Hinsicht von den Idealen der Arbeiterklasse abgewichen. Auf diese Ideale müssen wir uns wieder zurückbesinnen. Die alte USAP hat sich überwiegend Fragen der großen Politik zugewandt und darüber oft vergessen, daß es auch eine Politik in der Größenordnung eines Gebiets oder einer Stadt und so weiter gibt. Die neue Partei wird sich jetzt mehr der alltäglichen Sorgen der Menschen annähmen müssen.

Wir haben beschlossen, Organisationsprinzipien und Parteiaufbau zu verändern. Die Grundorganisationen sind für uns jetzt die Basis der Partei. Die ganze Tätigkeit der USAP muß auf dieser Prämisse beruhen. Beschlüsse werden nur noch auf zwei Ebe-

nen, in den Grundorganisationen und im ZK, gefällt. Die Komitees der Gebiete, Kreise und so weiter sind aufgelöst. Dafür werden koordinierende Ausschüsse gegründet, in welche die Grundorganisationen ihre Mitglieder delegieren. Sie werden die Tätigkeit, an der diese Organisationen interessiert sind, miteinander vereinbaren. Sie werden beispielsweise eine gemeinsame Zeitung herausgeben, die Propaganda abstimmen und die politische Arbeit während der Wahlen durchführen.

Während des Parteitags der neuen USAP, der in zwei Abschnitten, im Dezember und Ende Januar, stattfand, haben wir uns im wesentlichen als einheitliche marxistische Arbeiterpartei neu konstituiert. Wir haben eine neue demokratische Parteisatzung verabschiedet, eine neue Führung gewählt und politische Positionen zu wesentlichen Fragen festgelegt. Die Partei bereitet sich aktiv auf die Wahlen vor, wobei während der Vorbereitung zum Parteitag und im Wahlkampf ziemlich viele angesehene Kandidaten, begabte junge Leute, in Erscheinung getreten sind. Die haben wir früher nicht zur Kenntnis genommen, weil die Partei als Regierungspartei auf eingefahrenen Gleisen lief.

**NZ.** Man hat den Eindruck, daß neben progressiven Kräften auch Konservative und Dogmatiker in die Partei aufgenommen wurden. Inwiefern stellen sie für die USAP ein ernstes Problem dar?

**G. T.** Es gibt in der USAP Leute mit den alten überholten Ansichten über den Sozialismus und die heutige Politik, ihr Einfluß ist jedoch unbedeutend. Die Diskussion mit ihnen ist notwendig, und wir werden sie fortsetzen.

**NZ.** Wie stehen Ihrer Meinung nach die Chancen der USAP für die Parlamentswahlen?

**G. T.** Ich denke, daß es zu früh für Prognosen ist. Klar ist nur, daß das Interesse an der USAP zunimmt. Unser Parteitag hat auf die ungarische Öffentlichkeit großen Eindruck gemacht, weil sie einen solchen Ausgang nicht erwartet hatte. Viele dachten, daß eine konservative Partei unter der alten Führung entstehen würde. Statt dessen wurde zur großen Verwunderung unserer Freunde und Gegner eine Partei mit einer zeitgemäßen Politik, einer demokratischen

Satzung und einer neuen Führung gegründet. Eine solche in der Bevölkerung angesehene Führung hat, glaube ich, sonst keine Oppositionspartei mehr. Unsere Vizevorsitzenden sind zwei Arbeiter und der Vorsitzende einer sich gut entwickelnden Landwirtschaftskooperative.

Das Interesse an unserer Partei nimmt auch deshalb zu, weil die wirtschaftliche und politische Lage in Ungarn sich verschlechtert. Die Inflation nimmt zu. Die Arbeitslosigkeit wurde zu einer ernst zu nehmenden Gefahr. Die Menschen verlieren ihre Zukunftsgewißheit. Im geistigen Leben unseres Landes verstärkt sich der Antikommunismus. Es kommt vor, daß Mitgliedern unserer Partei und der USP gekündigt wird. Nationalismus und Antisemitismus nehmen zu, außerdem läßt sich Rassendiskriminierung gegen Zigeuner beobachten. Die USAP meint, daß man solche Erscheinungen bekämpfen muß.

Wir sind sicher, daß diejenigen, die heute, wenn über Sozialismus gesprochen wird, nur an seine Mängel denken, sich morgen daran erinnern werden, daß der Sozialismus ihnen trotz allem das Gefühl einer sicheren Zukunft, die Möglichkeit zu arbeiten und verhältnismäßig ruhig und glücklich zu leben gegeben hat. Diese Zuversicht ist ein moralisches und politisches Reservoir für unsere Partei.

**NZ.** Haben Sie keine Angst, daß ein solcher Stimmungswandel sich vielleicht erst zu den nächsten Parlamentswahlen bemerkbar machen wird?

**G. T.** Wir wollen keine Illusionen hegen. Sicherlich kann man jetzt in Ungarn oder überhaupt in ganz Osteuropa schwerlich auf einen Aufschwung linker Stimmungen rechnen. Das schlägt sich bestimmt in den Wahlergebnissen 1990 nieder. Wir müssen aber schon heute anfangen, das politische Fundament für solche Veränderungen zu legen.

**NZ.** Wichtig in diesem Zusammenhang ist doch wohl, ob es gelingen wird, das Land aus seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage herauszuführen. Wie stellt sich die USAP die Lösung dieser Aufgabe vor?

**G. T.** Ich glaube nicht, daß die krisenhafte Situation sich überwinden läßt, wenn man den Kapitalismus restauriert, sondern nur, wenn man sozialistische Prinzipien erneuert. Wir verurteilen solche Formen von Privatisierung, bei denen staatliche Betriebe gewaltsam in Privatbetriebe verwandelt werden, oder wenn unter dem Anschein einer Bodenreform versucht wird, Agrar-



genossenschaften den Grund und Boden wegzunehmen. Wir sind für gemischtes Eigentum, wobei kollektives, unter anderem auch Gemeindeeigentum, eine bestimmende Funktion haben sollte. Dabei muß der Vorrang kollektiver Formen von Eigentum nicht durch administrative Beschlüsse, sondern durch wirtschaftliche Leistung gesichert werden.

Wir sind ebenfalls für eine Beibehaltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Überall in der Welt wird die Landwirtschaft staatlich subventioniert. Bei uns aber lebt fast die gesamte ungarische Wirtschaft von staatlichen Beihilfen. Die frühere Praxis, bei der der Landwirtschaft der von ihr erwirtschaftete Gewinn abgenommen wurde, muß jedoch eingestellt werden.

Wir wollen eine moderne, demokratische sozialistische Gesellschaft. Heute lassen sich Versuche feststellen, die Gesellschaftsordnung zu ändern. Wir sind entschieden dagegen. Noch ist Ungarn ein sozialistisches Land, und wir hoffen, daß es das auch bleibt. Auf einem anderen Blatt steht, daß die Führung des Landes unter Bedingungen eines Mehrparteien-systems und einer parlamentarischen Demokratie praktiziert werden muß. Sicherlich wird der Prozeß der sozialisti-

schen Erneuerung länger dauern und schmerzhaft sein. Wenden und Rückzüge sind möglich, aber insgesamt wird es eine positive Entwicklung geben.

**NZ.** Wie läßt sich innerhalb dieser Entwicklung das Problem der ungarischen Auslandsverschuldung, die 20 Milliarden Dollar erreicht hat, lösen?

**G. T.** Man sollte dieses Problem nicht überbewerten. Ungarn ist nicht der einzige Staat, der große Schulden hat. Ich denke, daß der Ausweg aus dieser Situation nicht in einem Ausverkauf des Landes besteht, sondern darin, die Arbeit der Betriebe und die Ökonomie insgesamt zu effektivieren. Die Staatsausgaben müssen gekürzt werden, so daß sich eine gewisse Verringerung des Lebensstandards nicht vermeiden lassen wird.

**NZ.** Mit der Wiedergeburt der USAP wird die linke politische Bewegung Ihres Landes jetzt durch zwei große Parteien repräsentiert. Was unterscheidet die USAP von der USP?

**G. T.** Wir sind eine marxistische Partei. Die USP hält sich bestenfalls für eine Partei marxistischen Typs. Vom Marxismus übernehmen wir vor allem die Denkweise, die Weltanschauung und die Methode der Welterkenntnis. Wir unterscheiden uns nach organisatorischen Prinzipien und nach Positionen zu innenpolitischen Pro-

blemen, wie etwa der Frage des Eigentums. Auch unsere politischen Orientierungen sind unterschiedlich.

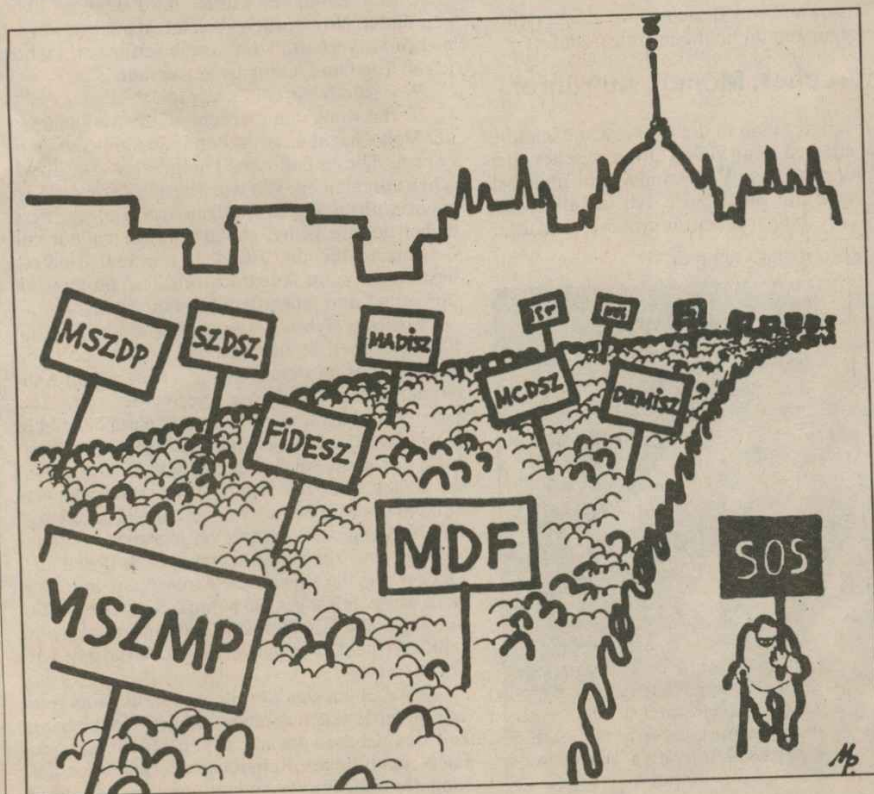
Wir meinen, daß jede Partei ihre Aufgaben selbst lösen sollte, indem sie von konkreten nationalen Bedingungen ausgeht. Sie entscheidet national völlig selbständig und unabhängig, muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß ihre Beschlüsse auch die Interessen anderer Parteien tangieren. Von diesem Prinzip ausgehend wollen wir unsere Zusammenarbeit vor allem mit kommunistischen Parteien ausbauen. Die USP hat dagegen ihre Aufnahme in die Sozialistische Internationale beantragt. Aber wie gesagt, wir wollen Beziehungen zu sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien unterhalten.

Ungeachtet aller Unterschiede bei bestimmten Positionen sehen wir in der USP einen Partner und potentiellen Verbündeten, mit dem wir zusammenarbeiten wollen. Wir sind auch bereit, mit anderen linken Kräften zusammenzuarbeiten, mit allen, die mit uns für die Rettung Ungarns und die Überwindung der Wirtschaftskrise arbeiten wollen.

**NZ.** Wie sieht die außenpolitische Konzeption der USAP aus?

**G. T.** Wir sind für eine offene Außenpolitik. Unsere Partei hält es für notwendig, die Zusammenarbeit zwischen Ungarn und der UdSSR beizubehalten und zu entwickeln, Bündnisverpflichtungen gegenüber anderen Ländern einzuhalten und den Warschauer Pakt beizubehalten, solange die Situation das erforderlich macht. Ich glaube, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ein einseitiger Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt ein Schritt in die falsche Richtung wäre, der zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa führen könnte. Gleichzeitig sind wir für einen breiten Dialog zwischen Warschauer Pakt und NATO und für eine Demokratisierung des Warschauer Pakts.

Die USAP ist für einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn. Dieser Truppenabzug sollte unter Berücksichtigung gesamteuropäischer Prozesse vorangetrieben werden. Wenn die Lage, eine Vereinbarung zwischen den Blöcken etwa, erlauben würde, Ihre Truppen in nächster Zeit abzuziehen, dann würden wir das begrüßen. Dieser Schritt sollte jedoch allgemeine Sicherheitsinteressen berücksichtigen.



Am Scheideweg des Mehrparteien-systems

Zeichnung aus: „Nepszabadsag“ (Ungarn)

BUDAPEST

Interview:

Stanislav Bulach



# Wie viele Parteien braucht die Republik?

## Die Farben des politischen Regenbogens

**Unter den Bergen von Flugblättern und Programmen von Parteien und Massenorganisationen findet sich auch eine Mitteilung über die Gründung einer „USK“. Dieses Flugblatt ist eine Parodie auf die Appelle vieler neuer Vereinigungen, Parteien, Bewegungen**

**D**as Programm dieser „Union“ enthält die auch in anderen Dokumenten übliche Terminologie: Pluralismus, Demokratie, Erneuerung, Alternatives, Offenheit, nur eben stets in Verbindung mit Sex. In der „Union“ gibt es sogar Fraktionen, von denen eine verkündet: „Sex nur für die Nomenklatura!“ Eine andere dagegen sagt: „Keinen Sex für die Nomenklatura!“ Es gibt noch viele interessante Punkte, doch scheint eines klar zu sein: Die Bulgaren haben trotz aller Erschütterungen, die ihre Republik gegenwärtig durchzumachen hat, nicht ihren Humor, die Fähigkeit, über sich selbst lachen zu können, eingebüßt. Gabrowo will offensichtlich keineswegs auf den Titel eines Epizentrums des Humors verzichten.

Nun aber zu ernsteren Dingen. Das politische Leben ist richtig in Gang gekommen. Die Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften hat ihren Gründungskongress durchgeführt und die Werktätigen unter Hinweis auf die schwierige Wirtschaftslage aufgefordert, bis Ende März von Streiks abzusehen. Der Vorsitzende des Staatsrates der VR Bulgarien Petr Mladenow führt intensive Konsultationen mit den wichtigsten Parteien durch.

Wir setzen unseren Bericht über einige politische Bewegungen im heutigen Bulgarien fort.

### Kernforscher, Mönch, Aufrührer

Dieser junge Mann in der schwarzen Kleidung eines Geistlichen ist an vielen Orten zu sehen, bei Kundgebungen, bei Versammlungen und bei Begegnungen mit dem Papst. Ich traf ihn beim Kongress der bulgarischen Journalisten. Kutte,

**Schluß.** Anfang siehe NZ 9/90



Die heißen Diskussionen am Runden Tisch gehen weiter

Kette mit Kreuz, Kappe. Der Mönch Christofor Sybew vertritt das Komitee zum Schutz religiöser Rechte, der Gewissensfreiheit und geistlicher Werte.

„Ich gehöre zu jener Gruppe in der Union Demokratischer Kräfte (UDK)“, sagte er, „die sich mit religiösen Problemen, u. a. mit der Verbreitung der Lehre des Evangeliums, mit dem Schutz moralischer Werte, der Glaubensfreiheit und jahrhundertealter religiöser Traditionen vor inkorrekten Haltungen und rechtswidrigen Übergriffen befaßt. Wir beteiligen uns außerdem an der Beilegung strittiger Fragen zwischen Anhängern verschiedener religiöser Lehren, Gemeinden und Bruderschaften, streben nach der Schaffung guter Beziehungen zwischen ihnen, die durch gegenseitige Toleranz gekennzeichnet sind. Wir sind für die freie Verbreitung religiöser Information und ihre Gleichstellung mit der atheistischen, für die Vervollkommnung von Rechtsakten hinsichtlich der Glaubensausübung und ihre Angleichung an internationale Vereinbarungen, religiöse Dogmen und Kanons. Wir begünstigen die Sache des Friedens und der Barmherzigkeit.“

„Besteht Ihre Organisation schon lange?“

„Unser Komitee wurde im Oktober 1988 gegründet. Wir wurden verfolgt. Ich selbst wurde mehrmals verhaftet. Im vorigen Jahr verbrachte ich 80 Tage im Gefängnis. Paragraph 273.“

„Was ist das für ein Paragraph?“

„Verbreitung von Gerüchten, die Maßnahmen der Volksmacht untergraben... So ähnlich lautete er wohl. Dieser politische Paragraph wurde inzwischen aufgehoben. Wir wurden selbst von der Kirchenzeitung und dem Heiligen Synod angegriffen, wobei sie ihre völlige Ablehnung gegenüber den Leitsätzen, die die Tätigkeit unseres Komitees bestimmen, zum Ausdruck brachten und uns als ‚unbefugt‘ und ‚anmaßend‘ diffamierten.“

Christofor Sybew begann als Kernforscher im Physikalischen Institut der AdW der UdSSR in Moskau, das für immer mit dem Namen von Akademik Sacharow verbunden ist. Die Geistliche Akademie besuchte er anschließend in Bulgarien, da er das Eindringen in die Geheimnisse der menschlichen Seele dem Eindringen in die Geheimnisse des Atoms vorzog. Was aber veranlaßte ihn zum Protest? Seine säkulare Bildung? Die Neigung des Wissenschaftlers zu sorgfältiger Analyse und zur Suche nach präzisen Lösungen? Oder war es die allgemeine Atmosphäre in Bulgarien, wenn sich sogar ein gehorsamer Kirchendiener gegen die Kirchenväter auflehnt, wenn dafür seiner Ansicht nach schwerwiegende Gründe vorliegen?

„Das Ziel unseres Komitees besteht hauptsächlich in der Erlangung einer völligen Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Eine Bibel für jedes Haus. Fakultativer Religionsunterricht. Abschaffung der obligatorischen kommunistischen Erziehung, Streichung der entsprechenden Verfassungsartikel. Das Komitee ruft zur Fakultativität jeder beliebigen ideologischen Ausbildung auf,



zur Freiheit für religiös motivierte Wohltätigkeit. In seiner Petition an die Nationalversammlung forderte es, Weihnachten und Ostern wieder zu offiziellen Feiertagen zu erklären. Das Komitee setzt sich für die Rückgabe von Kirchengrundbesitz ein, darunter auch des Gebäudes, in dem gegenwärtig der Pionierpalast untergebracht ist. Wir sind der Ansicht, daß Militärangehörige die Möglichkeit haben sollen, sonntags Gottesdiensten beizuwohnen, daß in den Kinos auch religiöse Filme gezeigt werden."

Die Kirchenbehörden nahmen dem aufregerischen Mönch die Pfarrei. Bald ist es ein Jahr her, daß er keinen Lohn erhält. Man hat ihn zwar nicht mit dem Bann belegt und ihm das Zelibrieren von Gottesdiensten untersagt. Aber ohne eigene Pfarrei...

## Rakowskistraße 134

Das sechsgeschossige Gebäude in der Rakowskistraße der bulgarischen Hauptstadt ist jetzt vielen ein Begriff. Es wurde der oppositionellen Union Demokratischer Kräfte zur Verfügung gestellt. Zu dieser Union haben sich eine Reihe von Parteien, Organisationen und Bewegungen zusammengeschlossen. Die Bulgarische Kommunistische Partei und der Bulgarische Volksbund der Landwirte führen mit der Union seit einiger Zeit einen aktiven Dialog. Zu beiden Seiten des „Runden Tisches“ saßen gewöhnlich jeweils 45 Personen. Mitte Februar erklärte der BVBL jedoch, einen eigenständigen Platz am „Runden Tisch“ einnehmen zu wollen.

Am Freitagabend, wenn in den Ämtern von Sofia schon überall das Licht aus ist, geht es in der Rakowskistraße 134 erst richtig los. Unten steht ein Pförtner, so wie es sich gehört, aber kein gewöhnlicher. Man kann ihn etwas fragen, er selbst wird jedoch niemandem Fragen stellen, telefonisch Rücksprache nehmen und klären, ob der Besucher eingelassen werden darf oder nicht. Die Leute sammeln sich in der Vorhalle in Grüppchen, diskutieren, lesen die Plakate, Flugblätter und Bekanntmachungen an den Wänden. Womit beschäftigen sich die neuen Hausherren?

Einer von ihnen ist Jordan Wassilew, ein bekannter Literaturkritiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften und stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Septemvri“. Außerdem ist Wassilew Begründer und erster Redakteur der neuen UDK-Zeitung „Demokrazija“, die bald fünfmal pro Woche erscheinen wird. Worüber macht sich der Redakteur Sorgen?

Seitens der Behörden werden keine Hindernisse in den Weg gelegt. Probleme gibt es aber dennoch. Die stärkste Behinderung, meint Wassilew, seien die alten Gesetze, die immer noch in Kraft sind. Es ist nicht einfach, Leute zu finden, die gut schreiben, irgendwo gearbeitet und dabei den moralischen Normen die Treue gehalten haben. Er selbst hatte sich bereit

erklärt, an der Organisierung der Zeitung mitzuwirken und sie ein paar Monate lang zu leiten, bis die jungen Mitarbeiter einen neuen Chefredakteur gewählt haben.

Welche Mittel es für die Gründung der Tageszeitung gibt? Freiwillige Spenden in Höhe von 10 000 Lewa.

Der Redakteur gehört keiner Partei an. Er ist Mitglied des unabhängigen Intellektuellenklubs, der im November 1988 gegründet wurde. Im Mai vorigen Jahres war Wassilew deswegen verhaftet worden. Der Klub gehört nämlich der UDK an. Übrigens, sagte mein Gesprächspartner, wurden zwei Mitglieder der Union beim letzten BKP-



**Christofor Sybew:**

*„Unabhängigkeit der Kirche vom Staat erreichen“*

Parteitag in den Obersten Parteirat gewählt. Was denkt Wassilew über den außerordentlichen Parteitag der BKP?

Dieses Forum sei im Vergleich zu anderen Ereignissen der vergangenen Monate weniger radikal gewesen. Die Führer der BKP standen unter dem Druck der Nomenklatura, die in Bulgarien, genau wie in der UdSSR, das Tempo der Demokratisierung zu bremsen versucht. Sie hat es allerdings hier schwerer, da die Traditionen eines Mehrparteiensystems noch lebendig sind.

## Europäische Standortbestimmung

Heute spricht in Bulgarien niemand mehr von der „Geschlossenheit“ der BKP. Urteilen sie selbst: Ein Teil der Kommunisten sammelt sich um die Plattform „Bulgarischer Weg nach Europa“, andere nennen sich „BKP – Demokratisches Forum“, „Bewegung für demokratischen Sozialismus“ und „Alternative sozialistische Vereinigung“, die übrigens für eine Umbenennung der BKP in Bulgarische Sozialistische Partei eintritt. (Die Ereignisse entwickeln sich stürmisch. Nach meiner Rückkehr aus Sofia erfuhr ich, daß bei der zweiten ASV-Landeskonferenz der Beschluß gefaßt wurde, eine Alternative Sozialistische Partei zu gründen. Ihr gehören viele ASV-Mitglieder an, die entweder aus der BKP ausgetreten sind oder vorher parteilos waren. Die ASP, wurde erklärt, betrachte den Sozialismus nicht als Gesellschaftsordnung, sondern als unumgängliche Tendenz in der Entwicklung der Zivilisation, eine Tendenz zur Humanisierung

der menschlichen Beziehungen, der gegenwärtig existierenden Produktionsweise und zur Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit.)

Es würde den Rahmen sprengen, wollte man all diese Gruppen eingehend vorstellen. Wir wollen uns auf eine beschränken: „Weg nach Europa“. Petr-Emil Mitew, Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Untersuchungen der marxistisch-leninistischen Theorie an der Universität von Sofia und Führer dieser Gruppe hat das Wort:

„Unserer Ansicht nach lassen sich alle Sozialismus-Doktrinen letztlich auf zwei reduzieren. Der einen zufolge wächst der Sozialismus aus der Bürgergesellschaft, also ‚von unten nach oben‘. Die andere geht von einem planmäßigen Aufbau des Sozialismus ‚von oben nach unten‘ auf staatlicher Basis aus. Bis zur Gegenwart haben wir sämtliche Varianten des administrativen, des staatlichen Sozialismus ausprobiert. Jetzt wird nach den Wurzeln für die Deformationen gesucht. Die einen meinen, der Erbauer sei ein schlechter Mensch, ein Bösewicht oder gar Geisteskranker gewesen, andere denken, der Plan taue nichts, Marx oder Lenin hätten irgendwas durcheinandergebracht.“

Wir meinen, das Problem liegt auf einer anderen Ebene. Der Sozialismus stellt kein Haus dar, das sich erbauen läßt. Sozialismus, das ist ein Prozeß, ein Baum, der wächst. Wenn man sich nicht davor fürchtet, die Schatten der Klassiker heraufzubeschwören, dann kann man bei Marx einen ähnlichen Gedanken finden.

Wir müssen das Barrikadendenken des politischen Kampfes aufgeben, der dem Lagersozialismus entspricht. Hieraus stammt nämlich auch die ‚militaristische‘ Konzeption der Partei als paramilitärische Organisation. Das steht konzeptuell miteinander in Verbindung und hängt nicht von irgendeinem Menschen ab.

Ausgehend von diesem neuen Verständnis des Sozialismus meinen wir, daß es solche Kriterien gibt, auf deren Grundlage sich die politische Entwicklung real einschätzen läßt. Das sind Integrationskriterien, die Befähigung eines Landes zur Teilnahme am Prozeß der europäischen Integration. Wenn der Sozialismus ein Zivilisationsprozeß ist, kann man ihn auch durch die Aufnahme neuer sozialer Beziehungen verändern. Es ist durchaus kein Zufall, daß das neue politische Denken in der UdSSR mit der Konzeption eines gemeinsamen Hauses Europa verbunden ist. Geht man an das Problem vom Standpunkt der Integrationsideen heran, dann sind einige Fragen zu beantworten. Wie soll unsere Wirtschaft aussehen? Staats- oder Marktwirtschaft? Eine Beteiligung am Prozeß der europäischen Integration auf der Grundlage der Staatswirtschaft ist unmöglich.“

„Gibt es denn noch Verfechter dieser Linie?“

„Ja. Bei uns gibt es noch genügend Stalinisten. Nicht übersehen werden darf die Tatsache, daß verschiedene Methoden zur



Wahrung der Staatswirtschaft heute mit „pluralistischen“ Worten getarnt werden. Das ist weit gefährlicher als die offene Ablehnung des Marktes. In dieser Frage müssen wir volle Klarheit schaffen. In einigen Parteidokumenten ist die Rede vom „Pluralismus des sozialistischen Eigentums“. Das Privateigentum ist zu rehabilitieren. Es muß vollwertig wirksam werden, denn es ist eine Bedingung für die Existenz des Wirtschaftsmechanismus überhaupt. Gesellschaftliches Eigentum, genauer staatliches, existiert als ökonomische Kategorie nur unter der Bedingung des Vorhandenseins von Privateigentum.



**Jordan Wassilew:**

„Die Nomenklatura bremst das Tempo der Demokratisierung“

Gibt es kein Privateigentum, dann ist das staatliche Eigentum keine ökonomische Kategorie mehr, sondern ein ökonomischer Machtfaktor.

Die wichtigste Besonderheit des administrativen Kommandosystems besteht darin, daß sie die Wirtschaft entökonomisiert und die Politik entpolitisiert. Jetzt, da wir versuchen, dieses System zu überwinden, müssen wir feststellen, daß wir keine politischen Erfahrungen haben. In Bulgarien hat nur ein Mann die Politik bestimmt, alle anderen waren Ausführer. Die Partei mit fast einer Million Mitglieder war eine Art Machtetage, ein Teil des Verwaltungssystems.

„Integrationskriterien also...“

„Das bezieht sich sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die Politik. Ein offenes System muß geschaffen werden, ein System der parlamentarischen Demokratie, wenn wir ernsthaft die entsprechenden Kontakte verwirklichen wollen. Das bezieht sich ebenfalls auf das Geistesleben, das sich auch verschiedenen Ideen und Konzeptionen öffnen und entideologisiert werden muß. Ich könnte auch sagen, man müßte es entmythologisieren und rationalisieren.“

Wir betrachten verschiedene konkrete Situationen. Wir meldeten uns im Parlament bezüglich des Verfassungsartikels zu Wort, in dem von der führenden Rolle der Partei die Rede war. Er wurde gestrichen. Wir sind gegen den Artikel, wonach Bulgarien ein sozialistisches Land unter Führung der Arbeiterklasse ist. Die Behauptung, irgendeine Bevölkerungsgruppe, irgendeine Klasse habe einen besonderen Status inne, bedeutet eine Rückkehr hinter das Niveau des politischen Denkens

des 18. Jahrhunderts, als die Idee der Volkssouveränität entwickelt wurde.“

„Und wenn man die Frage der Partei berührt?“

„Das war eine paramilitärische Organisation mit strikter Subordination und Hierarchie. Obwohl formell der Parteitag als höchstes Organ galt, der das Zentralkomitee wählte, das wiederum das Politbüro und den Generalsekretär bestimmte, so geschah das tatsächlich genau andersherum. Das ist kein Zufall. Es ist eine Erscheinungsform derselben paramilitärischen Hierarchie und steht mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus im Zusammenhang. Manche sagen, der demokratische Zentralismus sei etwas Gutes, man habe ihn jedoch gegen den bürokratischen Zentralismus ausgetauscht. Ich finde, dieser Streit ist scholastisch. Der Begriff ist durch die Stalinsche Identifikation gefärbt, er bezeichnet eine bestimmte Praxis. Aber auch die Demokratie enthält das Prinzip des Zentralismus und verfügt über zentralisierte Strukturen. ‚Demokratie‘ ist im ‚demokratischen Zentralismus‘ nur ein Beiwort. Ich meine, es muß zum Hauptwort avancieren. Was die Parteistruktur betrifft, so haben wir einige Vorschläge. Der Parteitag tritt jedes Jahr zusammen, was jedoch nicht bedeutet, daß jedesmal Wahlen durchgeführt werden. Das können Tagungen desselben Parteitages sein. Der oberste Rat der Partei muß wie ein Parteiparlament funktionieren, jeden Monat einmal zusammentreten und das wichtigste Organ der Partei sein.“

Das territoriale Organisationsprinzip muß für alle Parteien durchgesetzt werden. Die Tätigkeit ihrer Organisationen ist von Produktionsaufgaben zu trennen. Sonst wird die Situation eintreten, daß sich die Menschen politisch betätigen anstatt zu arbeiten.

Als etwas Wesentliches betrachten wir das Verhältnis zur politischen Opposition. In unserer Plattform heißt es, daß wir die politische Opposition unterstützen müssen. Das hat einige schockiert und andere wild gemacht. Was ist gemeint? Die Opposition ist Teil eines normalen politischen Lebens. Sie sichert die soziale Kontrolle. Bisher hat die Geschichte noch keine bessere Methode für eine effektive politische Kontrolle außer dem Mehrparteiensystem hervorgebracht. Hätte es bei uns eine Opposition gegeben, gäbe es keine Mafia und keine Entartung der Regierungspartei. Aber nicht jede Opposition ist erwünscht. Gefragt ist eine europäische, kulturvolle und gebildete Opposition, keine extremistische, destruktive, banditenhafte. Was ist hierfür erforderlich? Für die Arbeit der Opposition sind normale Bedingungen zu schaffen. Solange es diese Bedingungen nicht gibt, schieben sich Extremisten in den Vordergrund.

Der Grundgedanke unserer Plattform lautet: Veränderungen ohne Gewalt. Das administrative Kommandosystem soll demontiert werden, ohne daß es zu einem Bürgerkrieg kommt. Wir schlagen radi-

kale Ziele vor, die es mit gemäßigten Mitteln zu erzielen gilt. Verglichen mit dem Koordinatensystem des sowjetischen politischen Lebens würde ich uns nicht den Linksradianten zuordnen. Die Überwindung des administrativen Kommandosystems muß mit den geringstmöglichen Eruptionen erfolgen. Hier ist Ausgewogenheit gefragt und politische Weisheit. Deshalb sind wir der Meinung, daß ein Austritt aus der KP nicht notwendig ist. Die BKP hat sich nicht so kompromittiert wie die Regierungsparteien in einigen anderen Ländern und demokratische Traditionen gewahrt. Die Behauptung, es



**Petr-Emil Mitew:**

„Die schwerste Aufgabe ist die Umgestaltung der Partei“

habe immer Einstimmigkeit geherrscht, ist ein Mythos. Innerhalb der BKP gab es autoritäres und demokratisches Denken.“

„Warum bleiben Sie dennoch in der Partei?“

„Natürlich wäre es am einfachsten, aus der Partei auszutreten und einen Zirkel angenehmer Gleichgesinnter zu bilden. Dann könnten jedoch die Konservativen die Mitgliedermasse manipulieren, und die Partei würde ein Stein am Halse des nationalen politischen Lebens sein. Das wäre schrecklich. Viel schwieriger ist es, die Partei umzugestalten oder zumindest ein Übergewicht der reformistischen Kräfte in ihr zu gewährleisten.“

„Könnte man Sie nicht vielleicht aus der Partei drängen?“

„Natürlich, das wäre möglich...“

...Beim Parteitag (siehe NZ 7/90) pasierte das Gegenteil. Mitew wurde ins Präsidium berufen, leitete eine Sitzung, hielt eine Rede und wurde ins höchste Organ der BKP gewählt, das Präsidium des Obersten Parteirates. In den Parteitagsdokumenten findet sich viel von dem, was mir Mitew einen Tag vor der Eröffnung des Forums sagte: loyale Haltung zur Opposition, demokratische Einheit statt demokratischen Zentralismus, Meinungspluralismus, Priorität horizontaler Beziehungen gegenüber vertikalen...

**Wladimir Shitomirski**

NZ-Sonderkorrespondent  
Sofia – Moskau

Fotos: Borislaw Wassilew  
und der Autor



# Gibt es in der UdSSR politische Gefangene?

NZ-Kommentator Lew Jelin befragt den Unterstaatssekretär der USA für Menschenrechtsfragen und humanitäre Probleme, **Richard Schifter**



**NZ.** Im Programm für Ihren Aufenthalt in Moskau stand auch eine Begegnung mit dem stellvertretenden KGB-Vorsitzenden. Als Experte für Menschenrechtsfragen haben Sie schon lange mit dieser Organisation zu tun. Wie sind Ihre Eindrücke von der direkten, persönlichen Begegnung?

**Richard Schifter.** Ich glaube, das war schon fast ein historisches Ereignis: Der Unterstaatssekretär für Menschenrechtsfragen trifft mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des KGB zusammen! Mein Gesprächspartner hat mir eine Menge interessanter Dinge erzählt... Mich hat interessiert, inwieweit der von „oben“ vorgegebene Kurs von den unmittelbaren Ausführenden unterstützt wird. Ich machte den stellvertretenden Vorsitzenden des KGB auf einige Schwierigkeiten aufmerksam, mit denen sowjetische Menschen im Alltag konfrontiert werden, und erinnerte an das russische Sprichwort, das die Position eines Bürokraten, besonders eines Provinzbürokraten, kennzeichnet: „Gott ist im Himmel, der Zar weit weg“. Der General lachte, dieses Problem scheint wohl doch real zu existieren...“

**NZ.** Haben Sie irgendwelche konkreten Fragen gestellt? Zu den Rechten der gestrigen „Dissidenten“ etwa? Zu bestimmten Leuten?

**R. Sch.** Ich habe die Frage prinzipiell gestellt, sagte, daß wir die Aufmerksamkeit des sowjetischen Außenministeriums und der Staatsanwaltschaft auf diese und jene Fälle gerichtet hätten und hofften, daß das KGB helfen wird, diese im Geiste des Jahres 1990 zu behandeln und abzuschließen.

**NZ.** Möchten Sie nicht konkrete Fakten, Namen auf den Seiten unserer Zeitschrift nennen?

**R. Sch.** Ich glaube nicht, daß man das heute tun sollte. Warten wir erst mal ab, wie das ausgeht... Wir sind überhaupt bemüht, uns mehr der „leisen Diplomatie“ zu bedienen.

**NZ.** Wie schätzen Sie die Situation in der sowjetischen Psychiatrie ein? Vor kurzem wurden die sowjetischen Psychiater wieder in den Weltverband für Psychiatrie aufgenommen, in die Redaktion kommen aber immer noch Beschwerden. Gibt es nach Angaben des US-Außenministeriums politische Häftlinge in den sowjetischen Irren-

häusern? Ihre Abteilung bereitet doch jährlich einen Bericht über die Lage bei den Menschenrechten in der Welt, darunter auch in der UdSSR, vor...

**R. Sch.** Auf den heutigen Tag haben wir keine Angaben darüber, daß irgend jemand in psychiatrischen Heilanstalten aus politischen Gründen gehalten wird. Im großen und ganzen gehört dieses Problem wohl der Vergangenheit an, nachdem man den Artikel 70 geändert und den Artikel 190/1 überhaupt aus dem Strafbuch gestrichen hat. Es gibt aber einen anderen Aspekt. Die amerikanischen Experten vermuten, daß die sowjetische Psychiatrie völlig zurückgeblieben ist, was den Entwicklungsstand betrifft. Wenn die sowjetischen Psychiater (diejenigen, die an den Verbrechen der Vergangenheit nicht beteiligt gewesen sind) mit ihren westlichen Kollegen zusammentreffen werden, um die westlichen Erfahrungen zu studieren, wird das zweifellos von Vorteil sein.

**NZ.** Soviel ich weiß, herrscht in den Kreisen der sowjetischen Menschenrechtler keine einheitliche Meinung darüber, wieviel politische Gefangene es im Land gibt. Viele sind der Meinung, daß es jetzt keine „rein“ politischen Gefangenen, wie es Anatoli Martschenko und Piotr Grigorenko waren, mehr gäbe, dafür aber viele „Grenzfälle“, die einer langwierigen und aufmerksamen Untersuchung bedürfen.

**R. Sch.** Soweit uns bekannt ist, wurde seit Ende 1988 niemand mehr aufgrund der Artikel 70, 190/1, 142 und 227 zu Freiheitsentzug verurteilt. Da ist natürlich noch der Artikel 83 – ungesetzlicher Grenzübertritt. In Ihren Irrenhäusern gibt es Menschen, die das versucht haben. Es gibt da einen ganz besonders widersinnigen Fall: Einer hat versucht, nach Rumänien zu fliehen, und das noch unter Ceausescu! Vielleicht muß man wirklich verrückt sein, um so etwas zu machen? Wie dem auch sei, sollte man denn überhaupt Menschen für einen versuchten Grenzübertritt bestrafen, besonders, wenn man ihre veränderte Einstellung zur Emigration berücksichtigt? Und erst recht nicht einen Menschen in eine psychiatrische Heilanstalt einweisen, wenn die Frage nach psychischer Vollwertigkeit nur im Zusammenhang mit seinem versuchten Grenzübertritt aufkam.

**NZ.** Wie schätzen Sie die unabhängige Bewegung zum Schutz der Menschenrechte in der UdSSR ein?

**R. Sch.** Es ist toll, daß politische Gefangene von gestern, Menschenrechtskämpfer, offen handeln können. Allen, die sich vor und nach 1917 für Freiheit und Demokratie, gegen die Tyrannei in ihren vor- und nachrevolutionären Formen eingesetzt haben, gebührt Dank dafür, daß der Demokratisierungsprozeß einsetzte und läuft. In Ihrem Land gab es immer Menschen, die für die Freiheit zu Opfern bereit waren. Sergej Kowaljow, Lew Timofejew u. a. haben den Funken der Freiheit bewahren können. Andererseits muß auch den Leuten des Landes Achtung gezollt werden, die sich auf etwas in der Geschichte Beispiellooses einließen: Die ganze Unterdrückungsmacht in den Händen haltend, haben sie auf diese verzichtet. Bleibt zu hoffen, daß die gestrigen „Dissidenten“ und die heutigen Reformer eine gemeinsame Sprache finden.

**NZ.** Auf dem jüngsten Meeting in Moskau war der Aufruf zu vernehmen, einen Runden Tisch mit Opposition und Regierung zu veranstalten.

**R. Sch.** Es liegt nicht in meiner Kompetenz, konkrete Schritte zu erörtern. Ich meinte das mehr abstrakt.

**NZ.** Anfang Herbst haben wir mit Ihnen in Washington das Problem der Emigration aus der UdSSR diskutiert. Sie sprachen damals von der Zunahme des Antisemitismus, von der Bewegung „Pamjatj“, ich dagegen, für einige Monate von unseren Realien getrennt, war zu optimistisch. „Pamjatj“ wäre nicht gefährlich, Pogrome würde es nicht geben, die Intelligenz wäre Herr der Lage... Was ich sah, als ich zurückkehrte, war furchtbar... Wird das Außenministerium nicht im Zusammenhang mit den Pogromdrohungen, dem Blutvergießen im Transkaukasus die Quote für Flüchtlinge erhöhen, die die USA in diesem Jahr aus der UdSSR aufnehmen können? Wurde das erörtert?

**R. Sch.** Es wird voraussichtlich keine Veränderungen geben. Wie ich Ihnen schon in Washington sagte, hat das vor allem finanzielle Gründe. Außerdem haben die Emigranten ja die Auswahl... Wenn die USA der einzige Platz auf der Welt wären, wo Flüchtlinge unterkommen können, wür-



den wir sicherlich eine Möglichkeit finden, um alle aufzunehmen. Die Juden können doch aber auch nach Israel emigrieren... Was die in Aserbaidschan wohnenden Armenier betrifft, so gibt es Sowjet-Armenien. Die USA sind ihrerseits bereit, einen Teil aufzunehmen...

NZ. Ca. 200 000 sowjetische Bürger, die in die USA ausreisen wollen, bekommen in diesem Jahr kein Visum. Viele fahren nach Israel, wo in der letzten Zeit ein unerwartetes Problem auftrat. Die Immigranten aus der UdSSR werden in den okkupierten Gebieten angesiedelt, wodurch aus dem humanitären ein politisches Problem wird... Jetzt rufen schon palästinensische Organisationen Washington auf, die Quoten zu erweitern. Moskau befindet sich in einer seltsamen Lage...

R. Sch. Die Informationen über Israel, die sowjetische Bürger bekommen, entstammen leider noch Stagnationszeiten und haben nichts mit Glasnost zu tun. Nur 2% der aus der UdSSR nach Israel emigrierten Menschen haben sich freiwillig im Westjordangebiet niedergelassen, 98% in Israel selbst. Ich finde nicht, daß das ein ernsthaftes Problem ist, es ist eher ein Ergebnis des innenpolitischen Kampfes in Israel. Die überwiegende Mehrheit in der Führung des Landes ist dafür, daß sich die sowjetischen Juden innerhalb der Grenzen von 1967, z. B. in Negev oder Galiläa, niederlassen. Die sowjetischen Emigranten wollen das auch...

NZ. Sie sind wahrscheinlich informiert über den Überfall von „Pamjat“ auf Schriftsteller im Zentralen Haus der Literaturen, antisemitische Demonstrationen.

R. Sch. Nach amerikanischem Gesetz ist der mündliche und schriftliche Ausdruck der eigenen Ansichten nicht strafbar, wenn dadurch nicht die Menschen zur Gewalt aufgefordert werden. Eingreifen und energisches Eingreifen ist da vorgesehen, wo Gewaltakte geschehen. Im Zentralen Haus der Literaturen wurde ein Gewaltakt verübt, und daß sich die Staatsanwaltschaft damit befaßt, ist meiner Meinung nach völlig richtig.

In den Vereinigten Staaten verwenden Politiker, Geistliche, Vertreter des privaten Sektors und des öffentlichen Lebens viel Zeit und Kraft auf den Kampf gegen menschliche Vorurteile, die Erziehung von brüderlichen Gefühlen. Ich glaube, Sie könnten dem auch mehr Aufmerksamkeit schenken. In dem Fall mit Aserbaidschan und Armenien könnten die Leader beider Völker die Ideen von Frieden und Brüderlichkeit propagieren. Glauben Sie mir, in den USA hat das Früchte getragen. Wenn sich die ältere Generation nur schwer von Vorurteilen befreien kann, so gibt es diese bei der jüngeren Generation schon kaum noch. Konnte sich denn jemand noch vor kurzem vorstellen, daß der Bundesstaat Virginia einen schwarzen Gouverneur haben wird? Es ist aber so gekommen...

# Osteuropa, adieu

Nein, das soll kein Nachruf auf benachbarte und verbündete Staaten sein, vielmehr ein Abschied von der früheren Teilung Europas in Ost und West...

Die Osteuropäer waren noch früher als wir des in die Sackgasse führenden Modells des „besonderen historischen Weges“ überdrüssig. Zu schwer konnten sich die Menschen daran gewöhnen, daß man, geboren im zivilisierten Europa, im abseits der Weltentwicklung vor sich dahinvegetieren sollte. Und um so schwerer war das, da eine prosperierende, dynamische Welt an alle Fensterscheiben klopfte.

Die Versuche, sich künstlich von den weltweiten Tendenzen zu isolieren, Versuche, die in der früheren „sozialistischen Gemeinschaft“ unternommen wurden, haben auch eine andere Seite – den Weg zur Konfrontation mit der Außenwelt, was die Gefahr eines nuklearen Infernos heraufbeschwor.

In der UdSSR führte die Suche nach neuen Entwicklungswegen dazu, daß wir unsere Haltung zu den Beziehungen mit der Außenwelt neu durchdachten. Viele künstliche Trennungslinien sollten durchkreuzt werden, und die Grenzen zwischen Ost und West erinnern jetzt nicht mehr an eine Frontlinie.

## Das Gespenst einer neuen europäischen Politik

In einer kürzlichen Erklärung der Sowjetregierung heißt es, daß die Zeit des kalten Krieges in Europa vorbei ist und der Übergang zu einer qualitativ neuen internationalen Ordnung auf der Grundlage prinzipiell anderer Beziehungen zwischen den Staaten begonnen hat. In diesem Zusammenhang bestätigte die UdSSR, daß sie zu ihrer früher erklärten Haltung steht – bis 1995–1996 alle ausländischen Truppen von fremden Territorien in Europa abzuziehen und bis zum Jahre 2000 alle Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien zu beseitigen.

Doch heute geht es nicht nur darum, daß der kalte Krieg vorbei ist. Wie wir meinen, vollzieht sich etwas Wichtigeres: Eine Achse der Weltentwicklung nach dem Kriege löst sich auf. Der „historische Wettkampf“ in der internationalen Arena gehört der Vergangenheit an – zumindest in der bisherigen Form.

In Europa erfolgt eine Wende von der Konfrontation der Ideologien zur Zusammenarbeit der Völker und der Diplomatie der Staaten. Der Osten kehrt in die natür-

lichen Bahnen der europäischen Tradition zurück.

Die Welt, in die die UdSSR und ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag traten, erinnert kaum noch an jene, von der sie sich seinerzeit isolierten. Ihr Wesen wird immer mehr von der zunehmenden Interdependenz der Staaten bestimmt. Wir begreifen noch nicht so recht, wie viele Dimensionen dieser Prozeß aufweist, dessen Realität von uns erst vor kurzem anerkannt wurde.

Traditionell wird in der Sowjetunion die Interdependenz der Staaten mit der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen verbunden, sowie damit, daß globale Bedrohungen für die Menschheit deutlich werden, für deren Abwendung die gemeinsamen Anstrengungen der Mitglieder der Völkergemeinschaft erforderlich sind. Klassische Beispiele sind da die Nuklearkriegsgefahr und die Umweltproblematik. Der Begriff der Interdependenz wird auch umfassend verwandt, um neue Formen der internationalen Zusammenarbeit, die durch die stürmische Entwicklung von Wissenschaft und Technik entstanden, zu beschreiben. Viel weniger Beachtung findet eine andere wichtige Besonderheit der heutigen Welt, ohne deren Berücksichtigung der Begriff der Interdependenz unvollständig wäre. Die schnelle Herausbildung organischer Verbindungen zwischen den Ländern hat bereits eine neue Qualität erreicht: Die gegenseitige Durchdringung der verschiedenen Gesellschaften wird immer mehr zu einem bestimmenden Moment ihrer Beziehungen zueinander. Vor allem hilft die Entstehung von in sich geschlossenen übernationalen Wirtschaftsräumen, die Isolierung von Staaten zu überwinden. Gerade hier verwischen sich die Grenzen zwischen „Nationalem“ und „Fremdem“. Die Entstehung neuer übernationaler Wirtschaftsgemeinschaften wirkt sich auch auf andere Bereiche des menschlichen Lebens aus – auch wenn dieser Prozeß widersprüchlicher und viel weniger dynamisch ist.

Die UdSSR und ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag werden es nicht leicht haben, sich organisch in das so komplizierte Gewebe der Weltwirtschaftsbeziehungen nach Jahrzehnten der Isolation dieser Länder einzufügen, als viele Probleme vor allem im nationalen Kontext und, gelinde gesagt, nicht auf sinnvoller Weise, legt man internationale Kriterien an, angegangen wurden. Man weiß



bereits, wie der Wirtschaftsmechanismus des Staatssozialismus selbst bei einem nur einen Spalt geöffneten Fenster zur Welt der Marktwirtschaft zu kränkeln beginnt. Es erwies sich als viel leichter, die politischen und die militärischen Hindernisse, die Ost und West gegeneinander aufbauten, zu beseitigen als ihre wirtschaftliche Unvereinbarkeit zu überwinden. Der Ausbruch der UdSSR und ihrer Partner aus der wirtschaftlichen Isolierung ist von nicht geringen Schwierigkeiten und sozialen Konflikten begleitet – das Beispiel Polens und Ungarns bestätigt das. Zu viele materielle und geistige Fesseln mußten abgeschüttelt werden. Doch das ist erforderlich, wenn sich die UdSSR nicht zur Stagnation verdammen will, die dann eine weitere Verschärfung der inneren Konflikte und Erschütterungen verheißt, und wenn sie wirklich den ihren Möglichkeiten entsprechenden Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen will.

## Ende einer gewohnten Formel

Die Ost-West-Formel in ihrer traditionellen Bedeutung, die den globalen Konflikt zwischen den beiden entgegengesetzten, unversöhnlichen Gesellschaftssystemen zum Ausdruck brachte, verliert ihren Sinn oder hat ihn offenbar bereits verloren.

Mit dem Ende einer Achse in den internationalen Beziehungen erübrigt sich auch die damit verbundene Teilung der Länder in zwei einander gegenüberstehende Koalitionen.

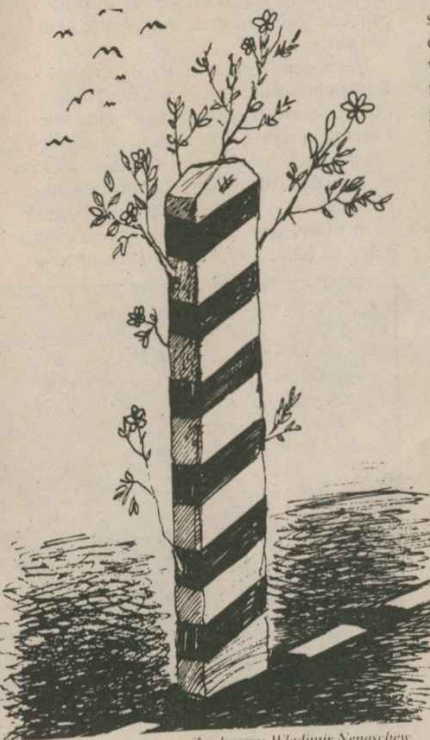
Der Osten, der sein früheres Koordinatensystem verloren hat, ist in eine Übergangsphase getreten. Er wird entweder neue einigende Elemente für sich finden müssen, oder aber er wird endgültig als in sich geschlossene Realität aufhören zu bestehen. Einheit kann ja nicht nur auf der Ähnlichkeit der Probleme, mit denen man konfrontiert wird, und auf der Überwindung des totalitären Erbes beruhen.

Und da stellt sich die Frage: Muß die UdSSR denn für privilegierte Beziehungen zu dem sich verändernden Osteuropa kämpfen?

Die Verbündeten des Warschauer Vertrages haben nicht nur eine gemeinsame Vergangenheit. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sie gleichsam zu einem Bestandteil des inneren Lebens des anderen, die Erfolge und Mißerfolge der Partner wirken sich in jedem von ihnen aus. Die Erfahrungen der Nachbarn – das geschieht in offener oder verdeckter Form – beeinflussen die eigenen Prioritäten und Probleme. Außerdem sind die Länder des Warschauer Vertrages die nächsten Nachbarn für einander, Nachbarn, die sich auf einem vergleichbaren Entwicklungsstand befinden und deren Interessen sich in vielem überschneiden.

Der Übergang von einer Zusammenarbeit, in der fast ausschließlich politische

Erwägungen dominierten, zu zuverlässigeren und stabileren Systemen der Verbindungen und der Abhängigkeiten wird unweigerlich Zeit verlangen. In der Anfangsphase wird eine solche Wende von größeren oder kleineren Krisen angesichts der Stärke der Zentrifugalkräfte innerhalb des Warschauer Vertrages begleitet sein. Der Erfolg der ersten Schritte ist nicht gewährleistet, obwohl es doch gewissen Anlaß für Optimismus gibt. Die osteuropäischen Länder werden sich, wenn sie sich von destruktiven Einflüssen und Emotionen beherrschen lassen, nicht ganz von der UdSSR abwenden können. Die deutsche Frage, Gebietsansprüche und zwischennationale Streitfragen werden den Regierungen und den Völkern



Zeichnung: Wladimir Nenuschew

Osteuropas noch lange Kopfschmerzen bereiten. Die Sowjetunion war jahrzehntelang Garant für die Aufrechterhaltung des Status quo in der Region, und bei der Überwindung der jetzigen Phase der Unbestimmtheit wird sie ebenfalls ihr gewichtiges Wort sagen müssen. Auch die bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Verbündeten (wenn sie auch nicht wenig berechnete Kritik hervorrufen) in Handel, Wissenschaft, Technik usw. kann man nicht einfach zur Seite schieben. Und schließlich war und bleibt die UdSSR ein großer Nachbar, den die anderen Mächte in ihr Kalkül einbeziehen. Es wäre allzu leichtsinnig, die Unterstützung durch unser Land einfach auszuscheiden.

Die UdSSR, die ihre Beziehungen zu Osteuropa umgestaltet, muß ganz offensichtlich eindeutig darauf verzichten, sich

Partnern anzudienen, von denen jeder seine eigenen Ziele verfolgt und seine eigenen Aufgaben lösen will. In den Jahren des „Taufwettens“ und der Stagnation nahm sich Moskau gewöhnlich das Recht heraus, als Prophet aufzutreten und Schicksal zu spielen, und war bereit, sich nur in dem selbst vorgegebenen Rahmen zu bewegen. Wo nötig, machte die UdSSR Zugeständnisse, ignorierte Experimente mit dem Markt und Erscheinungsformen des Liberalismus; wenn erforderlich, ging man zu massivem Druck über oder versuchte es mit Almosen, die von der Propaganda als Gesten der brüderlichen Fürsorge und des guten Willens gepriesen wurden. Die UdSSR tat alles, um die überfälligen Veränderungen weitmöglichst zu bremsen.

Die Zeit ist gekommen, die ideologischen Scheuklappen abzuwerfen und sich eine klare Vorstellung davon zu machen, wohin Osteuropa geht, diese Schlußfolgerungen den Veränderungen in der UdSSR gegenüberzustellen und so die Möglichkeiten, die Grenzen und die Bereiche unserer Zusammenarbeit zu bestimmen.

Bei einer vernünftigen Außenpolitik kann die Sowjetunion gewissen Einfluß in der Region bewahren, selbst wenn das Tempo ihrer Reformen gegenüber dem bei den Verbündeten zurückbleibt. In die politische Isolierung droht die UdSSR nur dann zu gelangen, wenn sie – formell oder faktisch – weitere innere Umgestaltungen verweigert und zu den einen oder anderen Varianten des Stalinschen Entwicklungsmodells zurückkehren sollte. Was aber ein besseres gegenseitiges Verständnis der Verbündeten angeht, so ist das direkt abhängig von deren Fähigkeit, sich gemeinsam zu wandeln, wobei sie sich, wenn schon nicht auf der gleichen Linie, so doch zumindest parallel vorwärts bewegen.

Es gibt die verbreitete Meinung, die Unmenge von Problemen, die in den letzten Monaten der sowjetischen Führung so zu schaffen macht, erschwere stark eine geordnete Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Verbündeten im Warschauer Vertrag. Insbesondere im Westen heiß es immer wieder, Moskau sei „überlastet“. Ja, die sich immer schneller entwickelnden Ereignisse in Osteuropa fielen mit der Intensivierung der innenpolitischen Diskussionen in der UdSSR, mit der Verschärfung der zwischennationalen Konflikte und der Wirtschaftskrise im Lande zusammen. Die sowjetische Führung gelangte unter starken Druck. So überschritt sich der stürmische Abschluß des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR mit der Volksrevolution in Rumänien, die erhöhte Forderungen an die sowjetische Diplomatie stellte. Zeitnot ist unvermeidlich und Verspätungen sind unumgänglich, wenn die Reformen im eigenen Land nicht bis in die letzte Konsequenz gehen.

Michail Besrukow,  
Michail Koshokin



# Die Kunst, zu verlieren

Von freien Wahlen zu friedlicher Machtübergabe

Juri Kudimow  
NZ-Korrespondent

**D**ie für Nicaragua ungewohnte politische Stille dauerte höchstens einen Tag und eine Nacht. Aber so menschenleer waren die Straßen von Managua wohl nicht einmal nach dem Orkan „Juan“, der das Land im Herbst 1988 lahmgelegt hatte. Es ist wohl an dem, daß die Wahlergebnisse vom 25. Februar viele, auch in der siegreichen Opposition, verblüfft haben. Aber nach „Verarbeitung“ der Sensation stürzten die Nicaraguaner auf die Straße, und man kann nicht behaupten, daß alles brav und artig verlief.

Die Nationale Oppositionsunion (UNO) versammelte ihre Kundgebung beim Zentralstadion. Ihre Anhänger, so mancher offensichtlich beschwipst, rissen sandinistische Fahnen von den Lichtmasten ab, steckten andere in Brand und holten sie so herunter. Ein Redner nach dem anderen bestieg die improvisierte Tribüne, alle sagten fast dasselbe. Ich fragte den erstbesten Manifestanten, wie er über Nikaraguas Zukunft denke. Freiheit, Demokratie, antwortete er. Als er hörte, daß ich sowjetischer Journalist sei, äußerte er sich anerkennend über die Perestroika und fügte hinzu, er möchte nicht, daß die UdSSR ihre Warenlieferungen an Nicaragua wegen der neuen Regierung einstelle.

Die Menge wuchs an. Aus ihr ragten in Miami gefertigte gigantische blaue Handschuhe mit dem absteckenden Zeigefinger, dem Symbol der UNO („uno“ bedeutet auf Spanisch „einer“), heraus.

Trotz der Mahnung des oppositionellen Corporacion-Senders zur Ruhe erhitzen sich die Leidenschaften. Da und dort kam es in der Stadt zu Zusammenstößen mit den Anhängern der gegenwärtigen Regierung. Zum Glück arteten die Zusammenstöße nicht aus, wenn auch die Polizei mancherorts zu Tränengas greifen mußte.

Die Kundgebung der Anhänger der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), die die Wahlen verloren hat, verlief mit mehr Disziplin. Etwa 10 000 Menschen versammelten sich auf dem Platz vor einer Kathedrale, jenem Platz, auf dem im Juli 1979 das Volk den Sieg über die Somoza-Diktatur gefeiert hatte. Vom ununterbrochenen Gemurre der Menge begleitet, verlas Daniel Ortega das Dokument einer eben abgeschlossenen Sitzung der FSLN-Führungsorgane, worin die Wahlergebnisse akzeptiert werden. Die Kundgebungsteilnehmer waren mit diesen Ergebnissen offensichtlich unzufrieden.

Einige forderten, sich an jenen zu „rächen“, die für die UNO gestimmt hatten. Übrigens machen einige FSLN-Aktivisten in privaten Gesprächen kein Hehl daraus, daß sie bereit seien, mit der Waffe in der Hand „die Errungenschaften der Julirevolution zu behaupten“. Gerüchte schwirren durch die Stadt, als würden sich Freiwilligentrupps formieren. Man darf nicht vergessen, daß die Bevölkerung noch seit dem Sturz von Somoza Zehntausende von Waffen behalten hat.

Nach den Worten vieler internationaler Beobachter waren die Wahlen in Nicaragua „die demokratischsten“ von allen, die in Lateinamerika je stattfanden. Nun muß die Macht nach Möglichkeit friedlich übergeben werden (die entsprechende Zeremonie ist auf den 25. April angesetzt worden). Es ist nicht so leicht, sich dabei an die „Spielregeln“ zu halten. Offenbar haben nicht von

sich in Managua und anderen Städten angekündigt hatten, eskalierten nicht. Die von den Sandinisten kontrollierten Sender haben aufgehört, die Bevölkerung zur Negierung des UNO-Sieges aufzufordern und von Ortega den Verzicht auf die Machtübergabe an die neue Regierung zu verlangen. Schon ist eine Expertenkommission beider Seiten am Werk, sie soll über die Zukunft des von den Sandinisten kontrollierten Verwaltungsapparats entscheiden und untersucht Fragen der Wirtschaftsentwicklung. Übrigens wurde den Angestellten des Staatsapparats zugesagt, daß ihnen vorläufig keine Entlassung drohe.

Etwas komplizierter steht es um Armee und Polizei. Wie einige Oppositionelle behaupten, gibt es unter den Militärangehörigen nicht wenig Leute, die für die UNO gestimmt hatten. Ein Teil der Armee und der „Ordnungskräfte“ wird es möglicherweise vorziehen, den Dienst zu quittieren, um nicht den neuen Behörden parieren zu



Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro

ungefähr einige Missionen der internationalen Beobachter beschlossen, vorläufig im Lande zu bleiben und zu verfolgen, ob der einsetzende demokratische Prozeß eine entsprechende Fortsetzung finde. Die entscheidende Frage ist, wie sich die Armee und die Kräfte des Innenministeriums (65 000 Personen) verhalten werden. Das ist eine mächtige Stütze der FSLN.

## Demokratische Nagelprobe

In einem Interview sagte Präsident Ortega, im Lande bestünden Bedingungen für eine friedliche Machtübergabe. Unruhen, die

müssen. Aber welche Position würden die übrigen beziehen? Wie Alfredo Cesar, Berater der gewählten Präsidentin, in einem Interview für die „Neue Zeit“ sagte, könnten die Angehörigen der Sandinistischen Volksarmee und des Innenministeriums bleiben, wo sie sind, wenn sie sich der neuen Regierung gegenüber loyal verhalten. Zugleich damit beabsichtigt das Kabinett Violeta Barrios de Chamorros eine bedeutende Kürzung der Streitkräfte – wie Cesar sagte, „entsprechend den strategischen Erfordernissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten“ Nikaraguas. Übrigens werden Bedingungen nicht nur von den Sie-



gern, sondern auch von den Besiegten gestellt. So knüpft Ortega die Machtübergabe an die Beibehaltung der „Ganzheit und Professionalität“ der Sandinistischen Volksarmee und der Kräfte des Innenministeriums.

Nach allem zu urteilen, ist die UNO-Führung friedfertig gesinnt. Besonders hoffnungserweckend ist Violeta de Chamorro Erklärung, sie wolle sich nicht „an den Sandinisten rächen“, sondern zur nationalen Aussöhnung beitragen. Das Oberkommando der auf Honduras gestützten Contras erteilte den Befehl, die Kampfhandlungen gegen die sandinistische Armee einzustellen. Daniel Ortega erteilte den gleichen Befehl der Sandinistischen Volksarmee.

Bei der UNO ist man sich darüber klar, daß die Sandinisten auch noch als Opposition eine einflußreiche Partei bleiben. Ohne ihre Mitwirkung wird die Verabschiedung von wichtigen Gesetzentwürfen im Parlament kaum möglich sein.

In den hiesigen Journalisten- und Diplomatenkreisen wird noch immer über die Frage diskutiert, warum die Sandinisten nicht an der Macht zu bleiben vermochten. Es ist übrigens bezeichnend, daß keine einzige ausländische Botschaft in Managua die Wahlergebnisse richtig voraussagen konnte. In einem seiner ersten Interviews nach der Niederlage der Sandinistischen Front sagte der Bürgermeister von Managua, Carlos Carrion, die wichtigsten Ursachen dieses Ergebnisses seien die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Wirtschaftslage und die Befürchtungen, daß die USA im Falle der UNO-Niederlage Nicaragua keine Hilfe erweisen würden.

Meines Erachtens erlagen die Sandinisten ihrer eigenen Illusionen, das nationale Selbstbewußtsein allein reiche für den Erfolg aus. Unberücksichtigt blieb ferner der Umstand, daß die UNO bei weitem nicht für alle Wähler Washingtons „Marionette“ war. In der FSLN-Führung verließ man sich offenbar viel zu sehr auf die optimistischen Ergebnisse von Umfragen. Übrigens hatte, wie sich herausstellte, nur ein einziges costaricanisches Institut mit seiner Prognose zugunsten der UNO recht. Die Ergebnisse seiner Umfragen wurden in der Regel nur in der oppositionellen Zeitung „La Prensa“ veröffentlicht und – praktisch von allen Beobachtern übersehen.

Ein unbestreitbarer Pluspunkt für die Sandinisten ist, daß sie in der Tat muster-gültige demokratische Wahlen durchgeführt haben. Wie ich erfahren konnte, wird in der FSLN-Führung die Möglichkeit erwogen, die Front in eine sozialdemokratisch orientierte Partei umzuwandeln. Man denkt auch an einen künftigen Beitritt zur Sozialistischen Internationale mit den Rechten eines gleichberechtigten Mitglieds (gegenwärtig haben die Sandini-

sten den Beobachterstatus in der SI).

## Was erwartet uns?

Die UNO-Führer, für die der Wahlsieg ebenfalls überraschend kam, haben, was begreiflich ist, noch keine volle Klarheit über alle Aspekte ihrer künftigen Politik. Wie der von mir schon erwähnte Alfredo Cesar in seiner Antwort auf die mich besonders interessierende Frage sagte, hoffe Nicaragua seine guten Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Die UNO rechne auf die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und sei jederzeit bereit, damit zusammenhängende Fragen zu erörtern.

Selbstverständlich sind einschneidende Veränderungen in den nikaraguanisch-amerikanischen Beziehungen zu erwarten. Schon erklärte das Weiße Haus, die diplomatischen Kontakte (gegenwärtig befinden sie sich auf einem niedrigen Niveau, der US-Botschafter selbst ist abberufen) normalisieren, Nicaragua Finanzhilfe leisten und die 1985 von der Regierung Reagan verhängten Wirtschaftssanktionen aufheben zu wollen. Der in den USA bekannte Politiker William Middendorf, der als Beobachter einer internationalen Organisation zu den Wahlen in Nicaragua entsandt worden war, gab mir bei einem Gespräch zu verstehen, er sehe keine Probleme für den „Ausgleich“ von sowjetischen und amerikanischen „Interessen“ im Land.

Abschließend noch einiges über die Sieger.

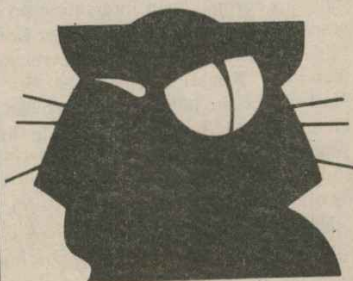
Die 60jährige Violeta Barrios de Chamorro wurde in Rivas im Süden Nicaraguas als Tochter eines Grundbesitzers geboren. Eine Zeitlang studierte sie in den USA. Als

ihr Mann, der namhafte Politiker und Teilnehmer der Anti-Somoza-Bewegung Pedro Joaquin Chamorro, 1978 gefallen war, widmete sie sich dem Familienunternehmen, der Zeitung „La Prensa“, sowie der Erziehung der Kinder, die gegenwärtig – eine Ironie des Schicksals – auf den verschiedenen Seiten der Barrikade stehen. In den ersten Jahren nach der Revolution gehörte sie zur FSLN-Führung. Violeta de Chamorro ist praktizierende Katholikin, hat einen sanften und offenen Charakter. Bekannt sind ihre Worte: „Ich bin wie ein offenes Buch, man braucht nur einen Blick hineinzuwerfen, schon sieht man alles.“ Sie bindet sich an keine politische Partei und hört es gern, wenn man sie „Symbol der nikaraguanischen Ehre“ nennt. Bei ihrer ersten Pressekonferenz nach den Wahlen antwortete Frau Chamorro auf die Fragen der Korrespondenten nur kurz und empfahl ihnen, sich ausführlichere Erklärungen bei ihrem künftigen Vize zu holen.

Virgilio Godoy, der zum Vizepräsidenten gewählt worden ist, wurde 1934 in Leon geboren, studierte Jura, spezialisierte sich auf Völkerrecht und Soziologie. Er beteiligte sich aktiv am Kampf gegen Somoza und wurde dabei verwundet. 1979 bis 1984 gehörte er der sandinistischen Regierung als Arbeitsminister an. Aber schon bei den ersten Wahlen kandidierte er für den Posten des Präsidenten für die Liberale Partei. Wie es heißt, habe Godoy einen energischen Charakter und sei ein entschlossener Mann. Seinen eigenen Worten nach hat er zwei Hobbies: Politik und Musik.

Foto: Reuter/TASS  
MANAGUA

«PLANETA-  
SERVICE»



«П Л А Н Е Т А  
- С Е Р В И С »

## Planeta-Service

Jede Art  
von Werbung.  
Ihr zuverlässiger  
Partner  
beim Geschäft

Briefe richten Sie an:  
103009 Moskau  
Gorkistr.6, Haus 6  
Planeta-Service

Für Telegramme:  
Moskau K-9  
Planeta-Service

Telefon: 292-69-27



# Das 13. Rad

**Seit mehreren Jahren wird in der Alpenrepublik darüber diskutiert, welche Möglichkeiten sie hat, sich der Europäischen Gemeinschaft anzuschließen. Diese Idee hat leidenschaftliche Befürworter, gemäßigte Sympathisanten und Gegner**

In seinem Stall stehen 25 Kühe. Franz H., Bauer aus der 200-Seelen-Gemeinde Lembach im oberen Waldviertel, führt einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb an der Grenze zur Tschechoslowakei. Das Waldviertel ist eine raue Gegend. Die Kartoffelernte wird hier erst Ende September eingefahren, wenn in den westeuropäischen Talagen die Wintersaat längst ausgesät ist. Das Mähen der oft steilen Hügel ist langwierig und gefährlich. Für mehr als 25 Kühe reicht weder das Futter noch der Stall.

Die Milch seiner Kühe verkauft Franz H. an die örtliche Genossenschaft. Der Preis ist mit 3,70 Schilling pro Liter staatlich gestützt, nur so können die Bauern in den landwirtschaftlichen Randlagen überleben. Die Konkurrenz der riesigen Betonställe aus den Gunstlagen vor allem in den Niederlanden und im nördlichen Deutschland, wo bis zu 1000 Kühe an automatischen Melkständen vorbeigetrieben werden, läßt die bäuerliche Bevölkerung im Waldviertel ebenso zittern wie in den vielen österreichischen Alpentälern. „Wenn Österreich in die EG eintritt“, warnt Franz H., „dann können wir uns hier nicht mehr halten, dann müssen wir alle aussiedeln.“ Und weiter: „Der Hitler wollte das ganze obere Waldviertel entsiedeln und daraus einen Urwald zum Bärenjagen machen. Damals kam es nicht soweit, aber mit einem EG-Beitritt droht uns jetzt ähnliches.“ Franz H. hat nicht viel Zeit zum Diskutieren. Er steigt auf seinen Traktor und fährt zusammen mit seinem alten Vater in den Wald, um Holz zu schlagen.

Szenenwechsel.

80 Beschäftigte arbeiten in der Wiener Süßwarenfabrik L. Der Besitzer hat es gar

nicht gerne, wenn man mit ihm über „Politik“ spricht. „Unsere einzige Chance“, antwortet er schließlich doch auf die drängende Frage, „ist die Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG. Nur so kann ich auch nach der Errichtung des Binnenmarktes ohne Probleme nach Deutschland und Spanien exportieren.“ Weit über die Hälfte seiner Süßigkeiten werden im Ausland abgesetzt, so gut wie alles davon in EG-Ländern. Konkurrenzvorteile sieht der ungenannt bleiben wollende Schokoladenerzeuger auch aufgrund der billigen ungarischen und jugoslawischen Arbeitskräfte, zu denen demnächst noch tschechische hinzukommen dürften. Ob in seiner Fabrik schwarz, d. h. ohne offizielle Anmeldung, gearbeitet wird? „Das tut doch jeder hier in Wien, der ungelernte Arbeiter braucht“, ist die verblüffende Antwort. „Schauen Sie, wenn ich drei bis vier Ungarinnen zum Verpacken der Ware 60 Schilling in der Stunde gebe, freuen sich die wie Osterhasen.“ Und für den Unternehmer bleibt auch ein Batzen Geld am Konto, braucht er doch weder Sozialversicherung noch die sonstigen Lohnnebenkosten zu bezahlen, überdies spart er Steuern. „Mit billiger Ware kann ich überall im ganzen EG-Raum konkurrenzieren.“ Versperrt bliebe diese Möglichkeit weitgehend, wenn Österreich den Zug Richtung EG-Binnenmarkt verpaßt.

## Brief ohne Antwort

„Die Teilnahme an der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses ist für Österreich von zentraler Bedeutung“, so steht es im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsregierung, die seit Herbst 1986 die politischen Geschicke der kleinen Republik zu lenken versucht. Mitte Juni 1989 schickte dann diese Bundesregierung, der die zwei großen Parteien SPÖ (Sozialistische Partei) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) angehören, Außenminister Alois Mock mit einem Brief nach Brüssel, um den vieldiskutierten Beitrittswunsch zu deponieren.

Eine Antwort ist bisher noch nicht erfolgt, und es scheint, als sehe die EG in Österreich ihr 5. Rad am Wagen.

Die Hauptargumente sind schnell aufge-

zählt: Der scharfe Wind der internationalen Konkurrenz soll die dynamischsten der österreichischen Industrieunternehmen zu effizienterer und preiswerterer Produktion treiben. Viel defensiver formuliert es der Wirtschaftsexperte Jan Stankovsky: „Der Grund, warum Österreich zum Binnenmarkt dazugehören muß, ist die Vermeidung von Nachteilen, die sich daraus ergeben, wenn man nicht dazugehört.“ In der Tat macht das Konzept „Binnenmarkt 1992“ Europa zu einer Festung, die alle diskriminiert, die nicht innerhalb seiner Mauern zu Euro-Rittern geschlagen wurden.

Andererseits wiederum besteht auch Gefahr für Österreich in einer umfassenden Integration. Es könnte nämlich aus dem scharfen Wind der internationalen Konkurrenz ein Sturm werden, der viele Bauern und Gewerbetreibende, viele Rentner und Arbeiter in derzeit noch relativ geschützten Sektoren ins soziale Nichts bläst.

„In der EG fressen die Schnellen die Langsamen“, sagte mir der österreichische Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel in einem Interview. Was er mit den Langsamen zu machen gedenke? „Ich bitte Sie“, meinte er siegesicher, „in der Wirtschaft gibt es – wie überall im Leben – ein Werden und Vergehen, ein Leben und ein Sterben.“ Genau dort droht die EG für Langsame, Alte und Schwache zum Desaster zu werden: Daß nämlich zu viele von ihnen an der Schnelligkeit des Integrationsprozesses zugrunde gehen könnten.

## Euphorie und Skepsis

Die Frage der Binnenmarktteilnahme wird in Österreich kontrovers diskutiert. In rasantem Tempo haben sich dazu in den letzten fünf Jahren politische Einschätzungen verändert, ohne daß jemand auf die Idee käme, von einer österreichischen Perestroika zu sprechen. Die traditionell heftigsten EG-Beitrittsbefürworter sind die Industriellenvereinigung und die kleine 10%-Partei FPÖ, ein national-liberales Sammelsurium, dem Ewiggestrige genauso angehören wie moderne Yuppies.

Noch Ende 1987 schlossen die beiden großen politischen Parteien SPÖ und ÖVP einen Beitritt Österreichs aus neutralitätspolitischen Gründen aus, damals wollten sie einen Assoziationsvertrag. Doch längst haben sich die Hälse der führenden Exponenten der Regierungskoalition gewendet und blicken seitdem scharf und eindeutig Richtung Westen. Der Tenor ist



**HANNES HOFBAUER**, österreichischer Publizist, geboren 1955, stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „MOZ“ („Alternative Monatszeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur“).



seit eineinhalb Jahren überall der gleiche: Beitritt oder Tod! „Wir haben uns an der EG zu orientieren“, meint SPÖ-Zentralsekretär Josef Cap, „und uns dem dortigen Wettbewerb zu stellen, sonst verlieren wir den Anschluß an den Weltmarkt.“

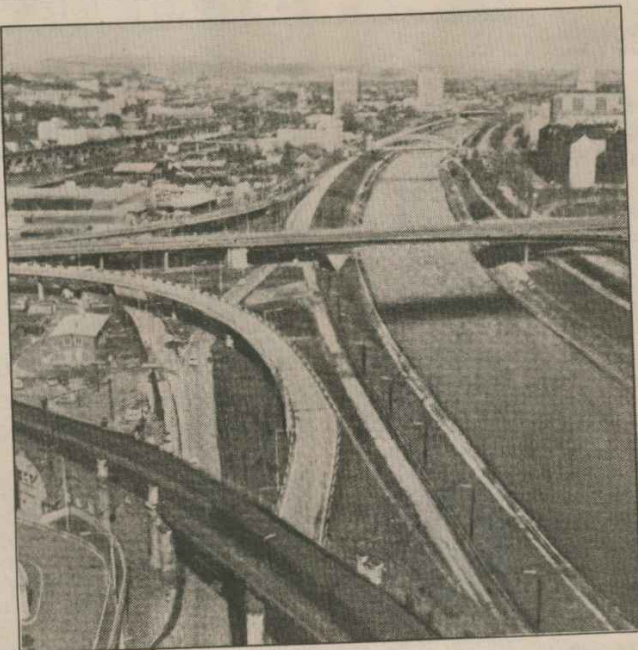
Die SPÖ wiederum versteht sich in ihrer Mehrheit als moderne, integrationswillige Kraft, die aus dem Schatten einer Arbeiterpartei heraustreten will und als zukünftige Wähler die sogenannten neuen Mittelschichten – Manager, Techniker, freie Berufe – anpeilt. Diese fühlen „europäisch“ und wollen den „provinziellen Mief“ des Kleinstaates loswerden.

Innerhalb der konservativen ÖVP hat sich der Industriellenflügel eindeutig durchgesetzt, Bauern und kleine Gewerbetreibende kämpfen zäh, aber aussichtslos um Gehör in ihrer Partei.

Neben den EG-Fans gibt es auch solche, die die Zukunft weniger euphorisch sehen; Stimmen, die davor warnen, einen Anschluß an den deutsch dominierten Großraum Europa zu propagieren. Zweimal schon in diesem Jahrhundert, so sagen sie, hat die Achse Wien-Berlin nur Unglück über unsere Landsleute gebracht und es kommt nicht von ungefähr, daß Österreich 1955 aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität erklärt hat.

In dieses Horn stößt auch SPÖ-Vorstandsmitglied und Ex-Außenminister Erwin Lanc, dessen mahnende Worte im österreichischen Blätterwald nur allzu oft ungehört bleiben. „Die EG will mehr sein als nur ein wirtschaftliches Integrationsgebilde“, gibt er sich skeptisch gegenüber der offiziellen Regierungsposition. „In der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) ist klar und deutlich zu lesen, daß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt wird. Wie soll es da für ein neutrales Österreich möglich sein, sich an einem solchen Bündnis zu beteiligen?“ Zusammen mit einer Reihe anderer Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben hat Erwin Lanc die Initiative „Österreich und Europa“ gegründet, die immer wieder die Unvereinbarkeit zwischen Neutralität und EG-Beitritt betont.

Auch die Grünen, mit 8 Abgeordneten im Parlament am Wiener Ring vertreten, äußern sich ablehnend gegenüber einem österreichischen Beitritt zur EG. Sie befürchten eine Peripherisierung des Landes am Rande eines expansiven europä-



Werden diese österreichischen Kreuzungen zu gesamteuropäischen, werden diese Straßen zu einem gemeinsamen europäischen Markt führen?

schen Großraumes und sehen sich damit in Übereinstimmung mit vielen Bauernvertretern, die schlicht um ihre Existenz bangen. Ohne landwirtschaftliche Subventionen und gewerberechtliche Regulierungen – und beides würde durch die EG hinweggespült – sind Zehntausende Landwirte und Unternehmer von der übermächtigen Konkurrenz bedroht.

Ganz andere Gründe für ihre EG-Skepsis führen Landespolitiker aus den westlichen Bundesländern Tirol und Salzburg an. Dort droht der Transitverkehr von Bayern nach Norditalien mit der Etablierung des Binnenmarktes Ausmaße anzunehmen, die ganze Täler in die ökologische Katastrophe führen könnten. In der unmittelbaren Nachbarschaft großer Transitrouten über die Alpen sterben schon heute die Wälder und werden Menschen aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben. Die letzte Landtagswahl in Tirol hat dieses Problem deutlich aufgezeigt: Fast 10% der traditionell konservativ denkenden Alpenländer gaben den Grünen ihre Stimme.

## Vorbehaltlich neutral

Österreichs brieflicher Wunsch nach einer Beitrittsverhandlung, die ohnedies nicht vor 1993, nach Vollendung des Binnenmarktes der 12 jetzigen EG-Staaten stattfinden wird, enthält einen Vorbehalt: den der Neutralität. Österreich hat im Jahre 1955 seine Neutralität erklärt und anschließend einen Staatsvertrag mit den vier alliierten Siegermächten des 2. Weltkrieges

abgeschlossen. Seit der Gründung der EFTA ist Österreich Mitglied dieser Freihandelszone, deren Hauptanliegen von Anbeginn an im Brückenschlag zur EG lag. Im Jahre 1972 schließlich, nach dem Abschluß der EG-EFTA-Verträge, zeitigten die österreichischen Integrationsbemühungen Erfolg. Österreich war seit damals an den EG-Raum assoziiert, ohne de jure Mitglied zu sein.

Die im Weißbuch 1985 und der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 angestrebte Vollendung des Binnenmarktes hat eine neue Situation geschaffen. Nur volle Mitglieder könnten, so EG-Kommissar De Clercq, nach 1992 am gemeinsamen Markt teilnehmen. Für das neutrale Österreich schon deshalb ein Problem, weil die EG mit der EEA-Akte ein militärisches, beziehungsweise sicherheitspolitisches Bündnis anstrebt.

Im Artikel 30 der Einheitlichen Europäischen Akte ist von einer „engeren Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit“ die Rede, die „wesentlich zur Entwicklung einer außenpolitischen Identität Europas beitragen“ werde. Da gleichzeitig eine Ausweitung des Mehrheitsprinzips in EG-Abstimmungen vorgesehen ist, könnte sich Österreich im Falle einer Mitgliedschaft eventuell gemeinsamen militärischen Operationen durch Gegenstimmen nicht entziehen. Das veranlaßte die Bundesregierung in ihrem Bericht, den Nationalrat davon zu unterrichten, daß „eine allfällige künftige Entwicklung der EG zu einer Verteidigungsgemeinschaft keinesfalls mitvollzogen werden könnte.“ Aber auch im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik würden sich für ein neutrales Österreich Schwierigkeiten ergeben. Etwa die schon in der Vergangenheit verhängten EG-Handelsembargos – zum Beispiel im Falle des Malvinenkrieges gegen Argentinien – wären von österreichischer Seite aus neutralitätspolitischen Erwägungen nicht mitvollziehbar.

Maria Berger, Leiterin der Abteilung für Integrationsfragen im Bundeskanzleramt, nennt noch andere prekäre Bereiche, deren Durchsetzung Österreich ein neutralitätswidriges Verhalten aufzwingen würde. So zum Beispiel ist es in der EG nicht mehr gewährleistet, daß Österreich seiner im Landesverteidigungsplan festgelegten Pflicht, sich in Krisenzeiten wirtschaftlich autonom versorgen zu können, nachkommen kann. Das zentral gelenkte Quotensy-



stem der EG zur Energieversorgung stellte „einen direkten hoheitlichen Eingriff in die unternehmerische und die einzelstaatliche Dispositionsfreiheit dar“. Und in der Verkehrspolitik wäre es Österreich nach § 75, Absatz 1 des EWG-Vertrages de facto unmöglich, die Durchfahrt von Kriegsmaterialien zu verhindern. In einer Gemeinschaft, in der derzeit 11 von 12 Teilnehmern NATO-Mitglieder sind, ist auch diese Tatsache mehr als bedenklich.

## Österreich als 13. Rad am Wagen

Keine große Wahl. So könnte man die wirtschaftliche und politische Zwickmühle bezeichnen, in der sich Österreich aktuell befindet. Als neutraler Staat darf es sich einerseits in keine militärische Bündnisse und politische Abhängigkeiten begeben, andererseits hängt das 7-Millionen-Land an der Donau wirtschaftlich an der EG-Nabelschnur: 60% der österreichischen Exporte gehen in den EG-Raum, 67% der Importe kommen von dort. Und Österreich ist keine starke Ökonomie, wenn es auch wegen des relativ geringen landwirtschaftlichen Anteils zu den Einzahlern in der EG gehören würde. Die Wertschöpfung der österreichischen Industrie liegt klar unter dem EG-Durchschnitt, die Handelsbilanz ist passiv. Dazu kommt, daß die Importe aus der BRD, Frankreich und Italien zu einem großen Teil aus forschungs- und verarbeitungsintensiven Waren bestehen, während Österreich eher Rohstoffe und Vorprodukte ausführt.

Alles in allem also recht düstere Zukunftsaussichten, die Österreich im Falle einer EG-Mitgliedschaft wohl zu einem peripheren Land im Herzen Europas machen könnten. Erwähnenswert wäre noch der erst kürzlich aufgenommene Dialog zwischen den EFTA-Staaten um eine gemeinsame Politik in Richtung EG. Diesem sogenannten Zwi-scheneuropa zwischen EG und der Sowjetunion könnten in nicht allzu ferner Zukunft auch ehemalige Ostblockländer wie Polen, CSSR, Ungarn und die DDR beitreten – vorausgesetzt ein deutsches Großreich macht nicht ohnedies alle alternativen Optionen obsolet und expandiert, wie schon 1914 und 1939, Richtung Osten.

Hannes Hofbauer  
WIEN

## ARGENTINIEN

# Die Großmütter von der Plaza de Mayo

In den Jahren des Militärregimes in Argentinien verkauften und verschenkten die Gefängniswärter Kinder, die in den Kerkern geboren wurden. Wo sind diese Kinder jetzt?

**D**er Oberste Rat der Nationalen Universität von La Plata forderte von der paraguayischen Regierung, die Zwillinge der in den Jahren der Militärdiktatur verschollenen Liliana Irma Ross de Rossetti, einer Studentin der Fakultät für Geisteswissenschaften, nach Argentinien zurückzugeben.

Im Oktober 1988 enthüllten Studenten und Dozenten in der Universität zur Erinnerung an Liliana eine Gedenktafel...

Die junge Frau war im Dezember 1976 am helllichten Tag auf einer Straße von La Plata gekidnappt worden. Ein halbes Jahr später brachte Liliana im Olmos-Gefängnis Zwillinge zur Welt. Das berichtete der Familie Ross die Hebamme Irma Delgadillo, die drei Monate später zusammen mit ihrem Mann, dem Arzt Cesar San Emeterio, entführt wurde.

1980 fanden Lilianas Angehörige die Spur der Kinder. Die Zwillinge lebten in der Familie des Inspektors der Bundespolizei Samuel Miari. Zahlreichen Aussagen ehemaliger Häftlinge zufolge hatte er sich aktiv an Verhören und Folterungen im Olimpo-Gefängnis und im Banco-Gefängnis der Diktatur beteiligt.

Erst 1984, nachdem Zivilisten im Land an die Macht gekommen waren, beschloß ein Gericht, eine genetische Untersuchung der Zwillinge in der Familie des Polizisten vorzunehmen. Doch da setzte sich die Miari-Sippe ins benachbarte Paraguay ab. Dort verbergen sich weitere mindestens sechs Familien von ehemaligen Militärs und Polizisten, die sich Kinder von Verschollenen aneigneten. Die paraguayische Regierung blieb taub gegenüber den Bitten der Angehörigen, die Kinder nach Argentinien zurückzugeben.

Unter den vielen tausend Argentinern, die unter der Diktatur umkamen und als verschollen gelten, waren auch junge Ehepaare mit Babys und Schwangere. Im Gefängnis wurden die Kinder fortgenommen und die Eltern ermordet. Militär und Polizei, die acht Jahre lang die totale Macht im Lande ausübten, teilten die Kinder unter sich auf, schenkten sie wie kleine Katzen an Freunde und Verwandte oder verkauften sie. Der Rest kam in Waisenhäuser.

Im ganzen Land begannen die Großmütter, denen man die eigenen Kinder geraubt hatte, mit der Suche nach ihren Enkeln. Da sie in etwa wußten, wann das Kind geboren worden

sein mußte, versuchten sie, seinen Aufenthalt zu ermitteln.

Die Großmütter bestürmten mit ihren Bit-ten Haftanstalten, Krankenhäuser, Gefängnis-entbindungsstationen und Gerichte. In den langen Warteschlangen lernten sie einander kennen und beschlossen letztlich, ihre Anstrengungen zu vereinen. Anfangs waren es 12 Großmütter. Jede beschrieb in allen Einzelheiten, wie ihre Angehörigen entführt wurden, zeigte Fotos. Mit dem Mut der Verzweifelten versuchten sie, auf die Spur ihrer Enkel zu gelangen, suchten sie nach möglichen Zeugen. Ihre Recherchen mußten sie geheim vornehmen. Und seit 1982, als der Kampf gegen die Diktatur offenen Charakter annahm, begannen die Großmütter mit großen Bildern ihrer Kinder und Enkel zu den Demonstrationen zu gehen. Die Angst überwindend, teilten ihnen Menschen in anonymen Briefen und per Telefon Angaben über die verschollenen Kinder mit.

Von dieser Suche erfuhr man im Ausland, wo sich eine Solidaritätsbewegung entwickelte. Jede der Großmütter erhielt bis zu 6000 Briefe, die meisten von Kindern, mit Zeichnungen und Fotos.

Seit die Zivilregierung an der Macht ist, wurde die Organisation legal und nannte sich Vereinigung der Großmütter von der Plaza de Mayo – in Analogie zu der Vereinigung der Mütter von der Plaza de Mayo, einer Organisation argentinischer Frauen, die ihre Kinder suchten. Jetzt schon über 5 Jahre, zu jeder Jahreszeit halten die Mütter an jedem Donnerstag Mahnwache vor dem Präsidentenpalast.

Heute hat die Großmütter-Vereinigung 240 Mitglieder. Sie holten zusammen mit amerikanischen Wissenschaftlern Genetiker und Anlagen für ein Labor ins Land, in dem man heute mit einer Wahrscheinlichkeit von 98% den Stammbaum des Kindes nachzeichnen kann.

Mit gemeinsamen Anstrengungen konnten 48 Kinder ausfindig gemacht werden. Das fast Unwahrscheinliche geschah. Kinder, denen man die Eltern und die Angehörigen fortgenommen hatte, können endlich mit ihnen zusammengeführt werden. Doch wie sich herausstellte, wurde nur ein weiteres Kapitel in dieser tragischen Geschichte aufgeschlagen...

Die Kinder sind jetzt schon groß, 10 – 14 Jahre. Sie wurden in fremden Familien erzogen.





Bis heute versuchen viele argentinische Frauen ihre Kinder und Enkel, die seit den Jahren der Militärdiktatur als verschollen gelten, zu finden oder zumindest etwas über ihr Schicksal zu erfahren

gen, in den meisten Fällen hatten sie ihre Adoptiveltern lieb gewonnen, ohne zu ahnen, was dem vorausgegangen war.

Wie man es auch anstellt – die Kinder und ihre Psyche werden dabei Schaden nehmen.

Der „Fall Julianna“ erschütterte die Argentinier.

Im Juli 1977 wurde das junge Ehepaar Liliana Fontana und Pedro Sandoval von den Sicherheitskräften des Militärregimes aus seiner Wohnung geholt. Die 20jährige Liliana war bildhübsch. Bald schon sollte sie ihr erstes Kind zur Welt bringen. Den Häftlingen des „Clubs Atlético“, eines von 350 Untergrundgefängnissen, prägte sie sich ein. Sie sahen Liliana im Lazarett einer Lehranstalt der Streitkräfte wieder, wohin Schwangere aus den Gefängnissen zur Entbindung gebracht wurden. Dort wurde im gleichen Jahr Julianna geboren.

Ihre Eltern kehrten nicht nach Hause zurück.

Als das Kind 10 Tage alt war, wurde es von einer Journalistenfamilie aufgenommen – von Jose und Carmen Trevino, deren einziges Kind kurz zuvor gestorben war. Ein Verwandter, der in einem Waisenhaus arbeitete, bot ihnen an, das Mädchen aufzunehmen. Dabei verheimlichte er die Herkunft des Kindes vor ihnen. Erst ein halbes Jahr später, bei einem Aufenthalt in Spanien, erfuhren sie von der in Argentinien stark beachteten Geschichte der Kinder, deren Eltern verschollen waren.

Nach der Rückkehr in die Heimat wollte das Ehepaar Trevino die Identität des Kindes feststellen. Als es gelang, Juliannas Angehörige – zwei Großmütter und einen Großvater – ausfindig zu machen, beschlossen die Adoptiveltern, das Mädchen mit ihnen bekannt zu machen. Sie ahnten noch nicht, daß ein Gericht später entscheiden würde, daß Julianna bei ihren Verwandten leben soll, die sie all diese Jahre gesucht hatten.

Julianna wollte das Haus, in dem sie groß geworden war, nicht verlassen, und flehte die Adoptiveltern an, den Augenblick des Abschieds noch hinauszuzögern. „Diesen Abend – nein, am Tag, wenn es hell wird“, sagte sie. „Mama, warum tust du das?“

Nach zwei Monaten der Aufregung, die dem Kind und den Erwachsenen solches Herzeleid zugefügt hatten, revidierte das Gericht sein Urteil. Und Julianna kehrte in die Familie, an die sie sich gewöhnt hatte, zurück.

Oder ein anderes Gerichtsverfahren – diesmal der „Fall Jimena-Romena“. Den ersten Namen erhielt das kleine Mädchen vor vielen Jahren von der Frau, die es adoptierte. Der zweite erwies sich als ihr richtiger Name. Die Adoptivmutter hatte das Kind aus einem Waisenheim aufgenommen, wo sie lange Jahre als Hämatologin gearbeitet hatte. Sie wußte, daß die Eltern verschollen waren und die Angehörigen das Kind suchten. Um die Kleine zu adoptieren, erfand sie die Geschichte von einem Findelkind und gab ihm einen neuen Namen. Das Mädchen war schon 12, als es mit Hilfe der Vereinigung der Großmütter von der Plaza de Mayo von Angehörigen gefunden wurde, von deren Existenz sie absolut nichts wußte.

Das Fernsehen übertrug die Verhandlung, zu der Jimena-Romena von einem Richter an der Hand in den Saal geführt wurde, den sie an der Hand ihrer leiblichen Tante wiederverließ. Die Adoptivmutter bekam in aller Öffentlichkeit einen hysterischen Anfall, das Mädchen schluchzte, Angehörige und Zeugen wischten sich die Tränen...

So verfuhr die Militärdiktatur mit den Argentinern. Diese Wunde wird noch lange schmerzen – bei den Älteren und erst recht bei den Kindern, die in ihrem kurzen Leben schon zweimal einen solchen Verlust durchmachen mußten. Wie ein argentinischer Psychoanalytiker zum „Fall Julianna“ sagte: „Wir fühlen uns schuldig sowohl vor den Adoptiveltern, die Opfer eines Betrugs wurden, als auch vor den Angehörigen, die ebenfalls betrogen wurden, wie vor dem Kind. Unsere Gesellschaft hat sehr große Schuld auf sich geladen.“

Welches Urteil wäre gerecht gewesen? Wie kann man Gesetz und Humanität miteinander aussöhnen? Ich versuchte, eine Antwort auf diese Frage bei den Großmüttern von der Plaza de Mayo zu suchen.

Ein Plakat, groß wie eine halbe Haus-

mauer, mit vielen jungen und Kindergesichtern war das erste, was ich sah: „Zwei Generationen werden gesucht“. Und weiter: „Verschollene Ehepaare, deren Kinder zwischen 1976 und 1982 im Gefängnis geboren wurden.“

Ich spreche mit dem Sekretär der Vereinigung Mirta Acuna Bachavalle. Rank und schlank und elegant wie viele ältere Argentinierinnen verbirgt sie ihr Leid hinter einer dunkelgetönten Brille. Ihre junge Tochter wurde zusammen mit ihrem Mann von Polizisten aus dem Haus geholt, und ihr Enkel (oder ihre Enkelin) wurde in einem Gefängnis Krankenhaus geboren. Bis heute hat sie nichts über dessen weiteres Schicksal in Erfahrung bringen können. Sie sucht ihr Enkelkind unermüdlich, ebenso wie Hunderte anderer argentinischer Omas.

„Ein Kind von Verschollenen konnte niemand gesetzlich adoptieren. Es konnte nur gestohlen werden“, sagt Mirta Acuna bewegt. „Die Kinder hätten im Waisenheim bleiben müssen, damit die Angehörigen sie finden konnten. Jedes Kind hat das Recht, die Wahrheit über seine Eltern und über diejenigen, die es adoptiert haben, zu erfahren. Viele Kinder leben ja in Familien von Leuten, die unmittelbar Schuld am Tod ihrer Eltern tragen. Sie dürfen dort nicht bleiben. Und außerdem kann es für ein Kind nicht schlecht sein, mit seinen Angehörigen zu leben. Es muß die Verwandtschaftsbeziehung spüren. Die Kinder werden uns selbst finden.“

Als ich mich von den Großmüttern verabschiedete, sah ich an der Hausmauer ein weiteres Plakat, das mir früher nicht aufgefallen war. Ein großes weißes Blatt Papier war von den Fotos von 24 Kindern eingefaßt, die mit Hilfe der Vereinigung von ihren Angehörigen gefunden worden waren. In der Mitte aber war Platz freigelassen für die Fotos von Kindern, die noch von ihren Großmüttern, Brüdern und Schwestern als der letzte Strohalm, an den sie sich klammern, gesucht werden.

Irina Chusemi  
BUENOS AIRES

Foto aus: „L'Express“ (Frankreich)



# Von welchen Blüten soll man Nektar saugen?

**Einige Politiker der Dritten Welt neigen dazu, die Perestroika in der UdSSR als Umorientierung ausschließlich auf den Westen zu werten, wobei sie von der Hoffnung getragen werden, die eigene Wirtschaft zu sanieren. Statt dessen kann aber die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Entwicklungsländern für beide Seiten nicht geringe Vorteile bieten**

Juri Popow

Prof., Dr. oec. habil.

**W**as denkt man in der Dritten Welt über die Erneuerungsprozesse in der Sowjetunion? Die internationale Presse bringt darüber nur einen kargen Nachrichtenverschnitt. Vielleicht ist man in der Dritten Welt bloß nicht genügend an der Perestroika interessiert? Ich kann bezeugen, daß es anders ist und beziehe mich dabei auf Gespräche und Diskussionen, die ich in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern der Dritten Welt geführt habe.

## Läßt die UdSSR ihre Freunde sitzen?

In den Entwicklungsländern vollziehen sich in Hinsicht auf die Supermacht-Konzeption bedeutende Veränderungen. Vor einigen Jahren noch wollte man mir in Mali beweisen, daß die kleinen Länder dazu gezwungen sind, dem Treiben der Supermächte passiv zuzuschauen.

Heute geht der Trend überwiegend dahin, daß die Entwicklungsländer sich nicht mehr mit der Rolle von unbeteiligten Statisten auf der internationalen Bühne bescheiden. In einer sich verändernden Welt wollen sie einen eigenen und angemessenen Platz finden.

Viele Freunde von mir, die sich für dem wissenschaftlichen Sozialismus treu ergebene Revolutionäre halten, sind über einige Aspekte des sowjetischen Umbaus sichtlich beunruhigt. Sie äußern die Befürchtung, daß „die Sowjetunion sich vom sozialistischen Ideal lossagt, zum Kapitalismus abdriftet und ihre Freunde im Stich läßt.“ Argumente, daß die Perestroika sich unter der Losung „Mehr Sozialismus, mehr Demokratie“ vollzieht und daß ihr wesentliches Ziel in einer Erneuerung des Sozialismus besteht, können sie nur wenig überzeugen.

Meine Gesprächspartner argumentierten mit den Aussprüchen einiger Volksdeputierter der UdSSR und führten vereinzelte Urteile sowjetischer Publizisten an, die in „Moscow News“ oder in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht worden sind.

Für mich unerwartet war auch die Reaktion von madagassischen Arbeitern und

Gewerkschaftsfunktionären, als ich während einer Vorlesungsreihe das stalinistische Sozialismusmodell kritisierte. Ich muß wohl sehr leidenschaftlich gegen dieses Modell des Kasernenhofsozialismus zu Felde gezogen sein, als ein Arbeiter mir erwiderte: „Wenn du und deine Kinder hungern und du dich jeden Tag fragst, ob du auch morgen noch Arbeit hast, interessieren dich individuelle Freiheiten und Demokratie herzlich wenig.“ Dieselbe Reaktion kam auch bei Diskussionen mit anderen Arbeitern.

Gemäßigte Kreise in Entwicklungsländern reagieren anders auf die Perestroika. Viele von ihnen meinen zum Beispiel, daß die Periode der Konfrontation zwischen Ost und West ihnen bestimmte Vorteile geboten und den Westen gezwungen habe, ihren Staaten gegenüber großzügiger zu sein. Nicht von ungefähr brachten einige führende Politiker afrikanischer Länder ihre Sorge offen zum Ausdruck: Der Westen sei ihrer Meinung nach jetzt eher geneigt, Polen und Ungarn finanziell unter die Arme zu greifen und seine treuen Freunde in Afrika zu vergessen.

1973 hatte der damalige Präsident des Tschad, Tombalbaye, mich, einen sowjetischen Professor, eingeladen, im Universitätszentrum Vorlesungen zu halten, und machte mir gegenüber kein Hehl daraus, daß er das getan habe, um damit einen gewissen Druck auf Frankreich auszuüben. Eine solche Politik verlief nach dem Prinzip: Der Westen muß sich großzügiger zeigen, sonst...

Jemand, der bis vor kurzem Gewerkschaftsführer in Togo war, verglich sein Land mit einer emsigen Arbeitsbiene, die ihren Nektar aus Blüten jeder Farbe saugt. Sie können weiß, rot, blau oder schwarz sein, es komme nicht auf die Farbe an, sondern darauf, daß der Honig gut wird. Die gegenwärtigen Befürchtungen der Gemäßigten kann man zu einem gewissen Grade verstehen, denn Nektar zu saugen ist tatsächlich schwieriger, wenn die Politik der Konfrontation der Vergangenheit angehört.

Die Intellektuellen in den Entwicklungsländern führen erregte Debatten über den sowjetischen Umbau. Es besteht eine gewisse Verbindung, wenn nicht gar direkte Wechselbeziehung, zwischen der Radikalisierung der nationalen Intelligenz und dem Ausmaß und der Tiefe der sozialen Kontraste, der in ihren Ländern bestehenden sozialen Ungerechtigkeit.

Diesen Radikalismus der Intellektuellen habe ich in verschiedenen Teilen der Dritten Welt beobachtet, in Hörsälen in Kolumbien, Mexiko, Burkina Faso und Madagaskar.

In der Regel teilen Studenten und Dozenten dieser Länder die theoretische Analyse des modernen Kapitalismus, wie sowjetische Wissenschaftler sie in der Umbauphase vornehmen. Man dürfe aber nicht vergessen, betonen sie, daß die kapitalistische Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt in den grössten und barbarischsten Formen der ursprünglichen Akkumulation vor sich gehe: außerordentlich niedrige Löhne, eine riesige Arbeitslosigkeit, schwerste Arbeitsbedingungen, das Fehlen elementarster Formen der Arbeitsgesetzgebung und sozialer Rechte. Ihrer Meinung nach konzentrieren sowjetische Wissenschaftler sich jetzt mehr auf den „zivilisierten“ Kapitalismus und weit aus weniger auf seine „barbarische“ Abart. Für Millionen von Menschen in vielen Ländern der Dritten Welt bestimmt sie aber die Realität des Alltags.

Unter gewissen Bedingungen gibt es meiner Meinung nach in Entwicklungsländern ernsthafte psychologische Barrieren, welche die Leute daran hindern, die Priorität gesamtgesellschaftlicher Interessen vor Klasseninteressen einzusehen. Abgesehen davon weisen globale Probleme wie Unterentwicklung, Auslandsverschuldung, internationaler Terrorismus, Drogenmafia tatsächlich wichtige klassenmäßige Aspekte auf. Eine Verabsolutierung dieser Aspekte aber hindert viele radikalisierte Intellektuelle, den gesamtgesellschaftlichen Charakter dieser globalen Probleme zu sehen und die ziemlich engen Rahmenbedingungen des Klassenkampfes zu überschreiten.

## Der geschäftliche Aspekt

In vielen Entwicklungsländern zeigen Geschäftskreise ein lebhaftes Interesse am sowjetischen Umbauprozeß. Hierzu ist anzumerken, daß das private Unternehmertum der Entwicklungsländer aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion so gut wie ausgeblendet war. Vor der Perestroika hatten sowjetische Außenhandelsorganisationen im Ausland ausschließlich mit dem staatlichen Sektor zu tun. Diese Zusammenarbeit war außerdem vorwiegend auf den Bau von energetischen Großobjekten oder auf tragende Zweige der Industrie orientiert, wie zum Beispiel Metallurgiekombinate in Indien, Algerien, Nigeria, der Assuan-Staudamm in Ägypten und Energiekomplexe in Syrien und anderen Ländern. Wenn man dann noch die beträchtlichen Aufwendungen der Sowjetunion für die Ausbildung von nationalen Fachleuten in den Entwicklungsländern berücksichtigt, darf man die posi-





Vanilleherstellung in Madagaskar. Von hier stammt die Hälfte der weltweiten Vanille-Produktion. Madagaskar will der Sowjetunion Gewürze, Obst und wertvolle Mineralien für Hacken und andere Wirtschaftsartikel, nicht für Devisen, liefern

Foto: „National Geographic“ (USA)

ven Ergebnisse dieser Zusammenarbeit für viele Länder der Dritten Welt besonders in den ersten Abschnitten des Aufbaus ihrer Volkswirtschaft wohl kaum leugnen.

Im Verlauf der Perestroika aber verändert sich die Einstellung der Sowjetunion zu den Prinzipien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zu ihren wesentlichen Richtungen von Grund auf.

Geschäftskreise in Entwicklungsländern nehmen die neuen Aspekte in der sowjetischen Außenwirtschaft mit großer Genugtuung zur Kenntnis, als da sind: die Bereitschaft, Wirtschaftsbeziehungen mit dem privaten Sektor anzuknüpfen, die Absage an eine ideologisierende Tendenz der sowjetischen Zusammenarbeit, die den Kreis der ausländischen Partner drastisch eingeschränkt hat, sowie das Recht für staatliche und genossenschaftliche Betriebe in der Sowjetunion, auf den Weltmarkt zu gehen, und vieles andere mehr.

Viele Unternehmer haben konkrete Angebote gemacht. In Madagaskar etwa fragte man mich, ob sowjetische staatliche oder genossenschaftliche mittelgroße Betriebe wirklich nicht daran interessiert sind, Fertigerzeugnisse aus madagassischen Halbedelsteinen oder Möbel aus den besten Holzsorten der Welt herzustellen oder madagassisches Quarz für die Elektronikindustrie zu beziehen und für die Bevölkerung Obst, Zimt, Pfeffer und andere Gewürze aus Madagaskar zu kaufen. Dabei würden die Madagassen nicht einmal Anstoß daran nehmen, daß der Rubel immer noch nicht frei konvertierbar ist. Sie wären beispielsweise nicht abgeneigt, ihre Waren gegen Nägel, Spaten, Hacken, Blechgeschirr und Fensterglas einzutauschen. Der beiderseitige finanzielle Gewinn könnte dabei über Gemeinschaftsbetriebe, die keine komplizierte Technologie erforderlich machen, erwirtschaftet werden. Sie meinen zum Beispiel, daß die gemeinsame Produktion von Fensterglas ihnen erlauben würde, es gegen Devisen in Nachbarländer zu verkaufen.

Geschäftsleute in Burundi und Rwanda meinen, daß sie die Möglichkeit hätten, der Sowjetunion Tee, Kaffee und Obst zu verkaufen. Tunesien und die Seychellen-Inseln bieten ihre Touristenanlagen zu relativ niedrigen Preisen, nämlich 25 Dollar pro Tag mit Vollpension in der Wintersaison an. Im Winter beträgt die Lufttemperatur dort 25 und die Wassertemperatur 18 Grad.

Geschäftsleute in arabischen Ländern, die über bedeutende finanzielle Mittel verfügen, sagen durchaus logisch, daß die sowjetische Wissenschaft viele fortschrittliche technologische Projekte entwickelt hat, während sie die nötigen Devisen hätten, um damit moderne westliche Technologie anzuschaffen. Könnte das nicht auch eine Grundlage für Gemeinschaftsbetriebe sein?

Freilich gibt es bei der Verwirklichung aller dieser Projekte noch viele objektive Schwierigkeiten. Eine wirklich breite wirtschaftliche Zusammenarbeit ist wahrscheinlich erst dann möglich, wenn der Rubel konvertierbar wird. Dennoch beunruhigt viele der subjektive Faktor, der auch in der Umbauphase die sowjetische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hemmt. Ihn brachten meine Gesprächspartner bei vielen Reisen durch Länder der Dritten Welt mehrfach zur Sprache. Das ist zunächst einmal das Trägheitsmoment in unseren traditionellen Vorstellungen von Entwicklungsländern, häufiger auch die Verknöcherung unserer bürokratischen Strukturen und das hartnäckige Bestreben vieler neuer sowjetischer Geschäftsleute, nur mit westlichen Firmen Kontakte herzustellen und zu handeln. Der sowjetische Bürokrat zieht es heute leider immer noch vor, nach Hamburg zu fahren und dort über den Ankauf von madagassischem Quarz zu verhandeln. Viele Genossenschaftler träumen davon, über die Champs Elysees zu flanieren und sich einen Personalcomputer schenken zu lassen. Ist es etwa vertretbar, daß unter mehreren hundert in der Sowjetunion registrierten

Gemeinschaftsbetrieben nur einige wenige auf Entwicklungsländer entfallen?

Noch nie war der kurzfristige Vorteil ein wesentliches Kriterium für das Geschäftsgehaben eines seriösen und zivilisierten Geschäftsmannes. Ich denke, wir sollten uns auch einmal die Perspektiven unserer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern genauer überlegen.

1992 soll mit der europäischen Integration ein leistungsstarker Wirtschaftsblock entstehen. Das wissen sowohl die Sowjetunion als auch die Länder Osteuropas. In vielen Entwicklungsländern und besonders im Maghreb wird dieses Problem ebenfalls ausgiebig besprochen. Auch hier werden Versuche unternommen, sich zusammenzuschließen und einen gemeinsamen Maghreb-Markt zu gründen. Viele äußern allerdings die Befürchtung, daß die Länder Nordafrikas sich in noch größere Abhängigkeit vom integrierten Westeuropa begeben könnten.

In diesem Zusammenhang legten meine Gesprächspartner in Tunesien besonderen Wert auf die Idee des gesamteuropäischen Hauses. Sie verbinden diese Idee mit der Möglichkeit, einen größeren Wirtschaftsraum zu eröffnen, der ganz Europa umfassen würde. Sie hoffen, daß die sowjetische Beteiligung am gesamteuropäischen Hausbau dem gesamten System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einen demokratischeren und humaneren Anstrich geben könnte. Gewiß hat der Konkurrenzkampf seine eigenen harten Gesetze. Offensichtlich ist die Konkurrenzfähigkeit des Westens auf dem Weltmarkt heute viel höher als die der Entwicklungsländer oder auch der Sowjetunion. Allein dieser Umstand zwingt uns dazu, neue Wege und Formen der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und der Sowjetunion zu finden. Das ist die Auffassung führender Männer in Tunesien, und ich glaube, sie hat Hand und Fuß.

Das Interesse der Dritten Welt an einer erfolgreichen Realisierung der sowjetischen Perestroika findet auch in vielen Fragen der Zuhörer seinen Ausdruck: die schwierige wirtschaftliche Lage, der Mangel an Konsumgütern in der Sowjetunion, akute nationale Konflikte und der Druck, der von links und von rechts auf die Regierung ausgeübt wird – kann das die Politik von Gorbatschow zum Scheitern bringen?

Warum geht ganz verschiedenen Menschen in Ländern der Dritten Welt das Schicksal der Perestroika so nahe? Ich habe andauernd versucht, mir diese Frage zu beantworten, und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß in vielen Teilen unseres Planeten tatsächlich das Verständnis dafür zunimmt, daß wir nicht nur in einer vielfältigen, sondern auch interdependenten Welt leben. In einem Hörsaal in Tunis hörte ich folgenden trefflichen Ausspruch: „Wenn Ihre Perestroika gelingt, nimmt sie in der Weltgeschichte genauso einen Platz ein wie die Französische Revolution und die Oktoberrevolution 1917.“ Dieser Meinung kann ich mich nur anschließen.



# Sorgen um „Alia“

**Wie begründet sind die Befürchtungen der arabischen Welt über die Massenemigration sowjetischer Juden nach Israel – die Meinung der PLO**

**D**ie zunehmende Emigration von Juden aus der UdSSR ist ein wunder Punkt für die arabischen Völker im Nahen Osten. Bekanntlich dienen sowjetische Emigranten u. a. in der israelischen Armee und sind in der israelischen Rüstungsindustrie beschäftigt. Aber nicht die Emigranten von gestern bestimmen Israels Politik und Militärstrategie. Schließlich bestimmen nicht die Ausmaße der Emigration („Alia“) die Aggressivität des jüdischen Staates. 1982 reisten noch wenig Juden aus der UdSSR aus. Dennoch unternahm Israel seine umfassende und verheerende Invasion in Libanon, bei der es die modernsten Vernichtungsmittel anwandte, und zwar in Gebieten, in denen überwiegend Zivilbevölkerung lebte.

Unter den Emigranten billigen bei weitem nicht alle vorbehaltlos die Politik und Praxis des militanten Zionismus. Im Gegenteil, die meisten der Emigranten hoffen, daß ihre neue Heimat in Frieden mit

den Nachbarn leben könne. Früher dagegen begaben sich, wie Fakten bezeugen, Fanatiker nach Israel, die vielleicht noch aggressiver waren als die militantesten Zionisten.

Bekanntlich ermuntern Israels zionistische Führer auf jede Weise die Emigration von Juden aus der UdSSR, zeigen sich jedoch offensichtlich unfähig, diese Masse von Menschen zu empfangen und auf dem Territorium des eigentlichen Israel angemessen zu verteilen. Als Folge wird vorgeschlagen, einen Teil der Emigranten auf den besetzten palästinensischen Territorien anzusiedeln. Dieses Handeln der israelischen Regierung wird jedoch zweifellos Veränderungen in der Nahostsituation nach sich ziehen.

In der arabischen Welt führt dieses Handeln nämlich zu einer bedeutenden Radikalisierung und manchmal sogar Polarisierung bestimmter Kräfte und Bewegungen, was schon an sich die Ausarbeitung vereinbarter Beschlüsse über die Zukunft der Region

abbremsen könnte. Nicht viel anders ist es in Israel, weil der Schutz der Neusiedler auf den besetzten Territorien zunehmend zu einer Funktion der antiarabischen extremistischen Kräfte wird.

Aus den Reihen der Emigranten selbst hört man Stimmen, die verlangen, die unverhohlene Provokation – die Ansiedlung von Juden aus der UdSSR in den explosiven Zonen auf den besetzten Territorien – zu verhindern.

Die weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen vielen arabischen Staaten einerseits und Israel andererseits als unvermeidliche Folge einer solchen Ansiedlung wird die friedliche Beilegung des Palästina-problems in weite Ferne rücken. Trotz der im allgemeinen positiven internationalen Veränderungen wird sich die politische und militärische Lage in dieser Region zweifellos verkomplizieren.

Mit verurteilenden Deklarationen allein ist nichts abzuwenden. Ich denke, daß die arabischen Völker ihr gesamtes Potential einsetzen müssen, um Israel zum Verzicht auf alle seine Kolonisierungspläne, u. a. unter Ausnutzung von Emigranten, zu zwingen. Die Öffentlichkeit des Westens, in erster Linie der USA, kann ebenfalls von großer Bedeutung sein. Die Geschichte kennt Beispiele, da die abgestimmte Position der Araber dazu führte, daß die USA und deren Verbündete die israelischen Führer zur Räson zurückpiffen.

Was die Sowjetunion angeht, so wäre es naiv zu glauben, als könnte eine verminderte Emigration sowjetischer Juden die Situation in dieser Region nennenswert beeinflussen. Dennoch wäre es noch absurder, über die Perestroika zu klagen, die es Menschen, die das wollten, die Möglichkeit gab, aus der UdSSR auszureisen. Die Perestroika ist keine einmalige Aktion, sie ist ein Dauerprozeß.

Die Minderung der Spannungen in neutralen Punkten der Erde ist ebenfalls in vieler Hinsicht Ergebnis der Perestroika, denn die größten Staaten der Welt sind praktisch von Konfrontation zu vereinbartem Handeln übergegangen, um regionale Spannungsherde zu beseitigen. Dieser Prozeß weitet sich aus und erstreckt sich zweifellos auch schon auf den arabischen Osten. Es wäre unsinnig, ja widersinnig und in gewissem Sinne verbrecherisch, diesen Prozeß zum Krebsgang zwingen, die Sowjetunion und die USA in die Zeiten der Konfrontation in den regionalen Fragen zurückversetzen zu wollen. Man muß danach streben, daß die beiden Großmächte zuerst Berührungspunkte finden und dann durch gemeinsames Vorgehen den Völkern in Konfliktsituationen bei Erreichung einer gerechten und konstruktiven Regelung helfen. Der arabische Osten könnte davon nur profitieren.

## Standpunkt des Botschafters



**F**ür uns Palästinenser ist es ein wichtiges Ereignis, daß die UdSSR den staatlichen Status des arabischen Palästina anerkannte. Am 21. Februar überreichte ich Anatoli Lukjanow, dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, meine Beglaubigungsschreiben schon als Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter.

Fragen besonders arabischer Journalisten bei meiner ersten Pressekonzferenz betrafen vor allem die Emigration von sowjetischen Juden nach Israel. Sie wollten wissen, wie die PLO dazu stehe. Was ist darauf zu antworten? Die Sowjetunion handelt hier gemäß den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen, und die Massenemigration von Juden aus der UdSSR ist eine interne Sache Ihres Landes. Immerhin können wir Palästinenser nicht teilnahmslos dazu stehen, daß sowjetische Juden auf okkupierten arabischen Territorien angesiedelt werden. Schon gab der israelische Premierminister zu verstehen, ein „Großisrael“, d. h. ein Teil des Territoriums von arabischen Staaten, sei vielleicht vonnöten, um alle aus der UdSSR kommenden Juden anzusiedeln.

Als wahrer Freund und Verteidiger unserer gerechten Sache hat die UdSSR eine richtige Position bezogen und diese Rechtsfrage dem Sicherheitsrat zur Erörterung vorgelegt. Eine Veränderung der ethnischen Zusammensetzung auf okkupierten Gebieten ist nämlich ein Verstoß gegen eine von der Weltgemeinschaft anerkannte Genfer Konvention. Gegenwärtig haben mehrere Länder solche Mahnungen an die israelische Führung gerichtet.

**Nabil Amr**

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter  
des Staates Palästina in der UdSSR

**Rami Shaar**

palästinensischer Publizist (PLO)



# Die Hauptstädte umgehen

In Moskau und Oslo wurden Maßnahmen zur Verminderung des Transitverkehrs getroffen

**D**er Pkw-Verkehr in den Großstädten macht Menschen und Natur kaputt. Wenn ihnen die „Geduld platzt“, richten sich die Verbote in erster Linie (so ist unsere Psyche nun einmal) gegen Fremde. In Moskau wurde die Sperraktion vom Stadtexekutivkomitee überraschend unternommen, in Oslo seit langem und völlig offen vorbereitet.

Ein weiterer Unterschied: In Moskau hat man den Transit von Lkws aus anderen Gegenden verboten, in Oslo eine Transitgebühr eingeführt. Sie beträgt 10 Kronen für jedes Kraftfahrzeug, ganz gleich, ob es aus der Hauptstadt oder aus einer anderen Stadt, ein Pkw oder ein Lkw, ein Privat- oder ein Dienstwagen ist. Eine Ausnahme gibt es nur für die öffentlichen Verkehrsmittel, Polizeiwagen und die Erste Hilfe. Es gibt 18 Kontrollpunkte, ein jeder mit 2 – 6 Toren, einem Schlagbaum und Zahlautomaten davor. Sie bilden einen „eisernen Ring“ um die Hauptstadt, wie die Norweger das nennen. Mit dem Betrieb wurde eine Firma beauftragt, die 150 Beschäftigte sowie ein Videosystem zur Fixierung von Widerständen hat. Diese werden mit einer recht hohen Strafe (250 Kronen) belegt. Für ständige Kunden gibt es Magnetkarten, die im voraus bezahlt werden können und für 25- bis 350faches Passieren der Stadtgrenze bestimmt sind.

Prognosen gemäß werden sich die Schlagbäume rd. 250 000mal am Tag heben und einen Gewinn von ca. 600 Mio Kronen im Jahr bringen. Nach Abzug der Betriebskosten ergibt das 530 Mio Kronen, die man in den Bau von Tangenten um Oslo investieren wird, um nach 15 Jahren die Verkehrsschwierigkeiten der von Bergen umgebenen norwegischen Hauptstadt zu beseitigen. Selbstverständlich glauben nicht alle den Behörden, die versprechen, dieses Geld streng zweckgebunden zu nutzen und die Schlagbäume nach Ablauf besagter 15 Jahre wegzuräumen. Viele Menschen, besonders in den Vororten der Hauptstadt, sind besorgt, weil die Kosten für den Hin- und Herweg innerhalb des „eisernen Rings“ zunehmen. So haben die Taxifahrer schon eine 7,6prozentige Tarifierhöhung bekanntgegeben. Es gibt sogar

terroristische Drohungen sowie Versuche, die Kontrollpunkte in Brand zu stecken.

Die norwegischen Erfahrungen (vor Oslo bestanden die Kontrollpunkte schon in Bergen, 5 Kronen für jede Durchfahrt zur City) rufen im Nachbarland Schweden Interesse hervor. Stockholm und Göteborg erwägen ernsthaft ähnliche Schritte, allerdings wollen die pragmatischen Schweden auf die harte Kontrolle an fixierten Punkten verzichten, weil sie mit Recht Staus befürchten. Die Autofahrer sollen die Gebühr für einen Tag oder länger im voraus entrichten und in der ganzen Stadt kontrolliert wer-



Der „eisernen Ring“ um Oslo wird vermutlich ca. 600 Mio Kronen im Jahr bringen

Zeichnung aus: „Dagens Nyheter“ (Schweden)

den. Im Herbst wird sich entscheiden, ob die Kontrolle der an der Windscheibe befestigten Karten durch Kontrollleure bei Straßenrundgängen oder in Form von Ablesen der Elektronensignale durch Straßensensoren erfolgen soll. Die zweite Variante ist recht kompliziert und erfordert die Videofixierung des Autos, das gegen die Regeln verstößt; die erste ist einfach, erfordert jedoch eine Erhöhung des Personals, das heute das Parken in der schwedischen Hauptstadt beaufsichtigt.

Eine Monatskarte wird zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel berechtigen, so daß der Einwohner eines Vororts, der sie kauft, die Wahl hat, die City mit seinem Auto zu erreichen oder das Auto zu Hause zu lassen. Einige sehen darin den Zwangsverkauf von Fahrkarten, der die Nutzung von Personenkraftwagen gar nicht beschränkt, dafür aber eine verborgene Steuer darstellt. Nach Ansicht der Stockholmer Behörden wird diese Neueinführung jedoch nicht nur Mittel für eine qualitative Verbesserung der städtischen Verkehrsmittel erbringen, sondern auch die

Zahl der Pkws in der Hauptstadt von Stockholm um 7 % vermindern.

Weder in Norwegen noch in Schweden wollen die Politiker den Weg von Verboten gehen, der Verstöße und Proteste provoziert. Zudem gilt eine direkte Beschränkung des Rechts auf die Einfahrt in eine Stadt als verfassungswidrig und würde kein Verständnis bei der Bevölkerung finden. Klar ist jedoch auch, daß die Verkehrsintensitätsgrenze in den städtischen Straßen längst erreicht ist. In Schweden sind 12 Millionen Autos auf 100 000 Einwohner. Unter diesen Umständen werden ökonomische Hebel benötigt, um überfüllte Straßen und Autostände zu entlasten, sich zu öffnen und veranlassen die Städte, sich nicht mehr auf eine Polizei zu verlassen, sondern die öffentlichen Verkehrsmittel zu fördern. Auch der Gütertransport neigt dazu.

Die erhöhte finanzielle Einnahme so notwendigen Mittel für die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel und des Straßennetzes; die Transitbelastungen werden niedriger. Übrigens sind auch die Parkplatzgebühren in den Straßen (Stockholm bis zu 12 Kronen pro Stunde) eine bedeutende zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit. Es ist kaum denkbar, daß die Menschen, die gegen die Regel verstoßen, trotzdem im Etat der schwedischen Hauptstadt 190 Mio Kronen an Strafen im Jahr bei.

Nun wollen wir dieses Bild mit der Situation in Moskau vergleichen. Hier zeitigt das Verbot vom Februar neben den gepriesenen positiven auch ungepriesene negative Resultate: Es wachsen die städtischen Ausgaben (für den Bau von Parkplätzen an der Ringchaussee um die Stadt) und es wuchs aber die Einkünfte. Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen zusätzlich die Fahrgäste befördern, deren Karten nicht in den ärmlichen Staatssäckeln konfiskiert werden. Die Brownsche Bewegung der eingesessenen Fahrer am Straßenrand, von Reisenden aus anderen Städten und von Lkws mit „Passierscheinen“ kennt keinerlei Begrenzungen. Eine Verbesserung des Straßennetzes ist nicht in Sicht. Die Verkehrspolizei wird von anderen Aufgaben abgelenkt. Es lohnt sich vielleicht, uns die Erfahrungen unserer Nachbarn im Norden genauer anzusehen.

Alexander Poljuchow  
NZ-Korrespondent  
SLO-STOCKHOLM



# Frühling der Hoffnung



Tatjana  
Iwanowa

**Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, richtet die Autorin unserer ständigen Rubrik Worte der Liebe und der Achtung nicht nur an die Frauen, sondern auch an die Männer, ihre Landsleute. Damit Sie an diesem Tag in guter Stimmung sind, sehen Sie sich aufmerksam Ihre Mitbürger an: Wie viele kühne, kluge und mutige Leute sind unter ihnen**

**U**nsere Hoffnungen und Enttäuschungen haben ihre eigene Geschichte. Und ein fröhlicher, intelligenter Mensch wird sie schon noch notieren. Ein einzelnes Kapitel wird voraussichtlich dem Frühling 1985 gewidmet sein. Jener April war unwahrscheinlich schön. Schon deshalb, weil es noch im Winter vielen schien, daß wir auf Jahrhunderte, für immer festgefroren sind. Der Volksmund hat den Jahren vor der Perestroika auf seine Art das Urteil gesprochen. In einem berühmten Witz hieß es, wir hätten in einem abgestellten Wagen die Fenster verhängt und würden so tun, als ob wir fahren.

Die Hoffnung, die uns im April überkam, machte trunken, begeisterte, ließ uns die Köpfe heben und schien uns (vielleicht war sie es auch?) allgemein zu sein.

Doch von Frühling zu Frühling wurde klarer, es gibt noch sehr viele, die gern in dem abgestellten Wagen sitzen, die Fenster verhängen und so tun würden, als ob sie fahren. Jemand strengte alle Kräfte an, stemmte seine Schulter gegen unseren Wagen, um ihn auf den verrosteten Schienen zum Rollen zu bringen, den Zug einzuziehen, in Bewegung zu bringen... Ein anderer stemmte sich jedoch von der entgegengesetzten Seite gegen den Wagen, um zu verhindern, daß er in Fahrt kommt. Irgend jemandes Hände streckten sich zum Fenster empor, um die Vorhänge zurückzuziehen, den jahrzehntealten Staub und Schmutz wegzuwischen, damit es hell wird: Soll doch die Sonne und die Welt in die Fenster sehen, alle Passagiere betrachten. Dutzende Hände hielten jedoch die mutigen Versuche zurück, ließen nicht zu, daß man den Staub und den Schmutz anrührt, die Vorhänge zurückzieht.

Wie oft schien es schon: Das war's, jetzt fahren wir.. Nein. Irgend jemand hat wiederum Sand auf die Gleise gestreut. Bleiben wir jetzt stehen? Nein! Man kann auch auf Sand fahren, wenn genügend viele anpacken... Es müssen aber sehr viele sein. Man muß nur stärker schieben. Und dann...

Sie haben diesen Vergleich satt? Wissen Sie, mein Vater war Eisenbahner. Deshalb kenne ich seit meiner Kindheit den Begriff „lebendige Kraft des Wagens“. Also wenn man den Wagen wie es sich gehört anschiebt, wenn man sich mit vereinten Kräften dagegen stemmt, dann wird er von

selbst fahren, er wird an Geschwindigkeit gewinnen, weil er lebendig wird, es entsteht in ihm eine lebendige Kraft, die mit jeder Sekunde zunimmt.

Seit dem April 1985 bis auf den heutigen Tag habe ich nie die Hoffnung aufgegeben. Eher umgekehrt. Mit jedem Frühjahr wurde sie stärker. Ich wußte, daß der Wagen ins Rollen kommt.

Meine Hoffnung begründet sich auf den Mut meiner Landsleute. Und diesem, noch von niemandem berührten Thema will ich mich widmen.

Herzen sagte einmal, daß da, wo das Wort lebendig ist, die Sache noch nicht verloren sei. Als die Perestroika gerade begann, haben sich Leute gefunden, die sich nicht fürchteten, ihre Stimme zu erheben. Zuerst war da das Wort. So wie übrigens bei allen Menschen auf der Welt, zu jedem Zeitpunkt der Geschichte. Ist es doch das öffentlich ausgesprochene Wort, das entscheidet, was sein soll und was nicht. Es führt die Menschen an, läßt sie einander bekriegen oder stoppt die Armeen, verbirgt die Wahrheit oder eröffnet sie uns.

Es soll nur jemand wagen, mir zu sagen, es gäbe ein furchtloses, mutigeres Volk als meine Landsleute. Nach den Lagern, die in diesem Land Jahrzehnte überdauerten und fast die Hälfte seines Territoriums einnahmen, nach den Foltern, Irrenanstalten, Verbannungen, nachdem Millionen Menschen unmenschliche Qualen nur für Worte, für nichts anderes als Worte, ertragen mußten... Nachdem das System der Verfolgung und Denunzierung zur Vollkommenheit geführt wurde und wir uns schon abgewöhnt hatten, einander zu vertrauen, weil wir in jedem einen Spitzel vermuteten... Nach all dem haben sich die Menschen durchgerungen zu sprechen. Und sie erhoben ihre Stimme!

Wer besingt den Mut der Redakteure, die ihre Zeitungen und Zeitschriften unter dem Druck der täglichen Ermahnungen, der Drohungen, der „gutgemeinten“ Ratschläge, der Unzufriedenheit der Chefs und des einstimmigen Heulens der Schutzpresse herausbrachten? Diese Redakteure sind durch nichts geschützt, weder durch Gesetz noch Recht. Nur einzig durch den eigenen Mut, das eigene Gewissen. Wir wissen genauso gut wie sie, wie einfach man sie hinauswerfen kann. Und auch in den Jahren der Perestroika hat sich hier nichts geändert. Die Journali-

sten schreiben aber, und ihre wahren Worte werden von den Redakteuren veröffentlicht.

Erinnern wir uns an die Kongresse der Volksdeputierten! Wie viele sprachen am Rednerpult so, wie man nur das letzte Wort verkündet, wie man nur auf dem Schafott redet. Sie haben die Angst besiegt. Und das, obwohl es immer noch keine Garantien für ihre Sicherheit gibt.

Wie hat man uns nicht vor dem Meeting am 25. Februar gewarnt... Mein Gott, Metropolit Pitirim, und Kulturminister Gubenko... Schreckliche Gerüchte, es würde gegen die Juden, die Armenier, die Aserbaidshaner, die Journalisten, die Balten und gegen die interregionale Gruppe gehen! Wer wird handgreiflich werden? Massenweise Staatsanwälte, KGB-Mitarbeiter und Parteifunktionäre warnten über das Fernsehen: Wir werden uns 'Möglichstes tun, aber es ist besser, wenn Sie zu Hause bleiben. Fasten Sie lieber, beten Sie, gehen Sie aber bloß nicht zum Meeting! Die Menge ist gefährlich, jeder soll das für sich entscheiden...

Ich verstehe eins nicht, wenn die Menschen von den bevorstehenden Pogromen wußten, hätten sie die Anführer unschädlich machen müssen. Wenn sie wußten, daß irgendwo ein Waffenlager ist, hätten sie es ausheben müssen. Aber wozu mußten sie uns denn dazu aufrufen, zu fasten und zu beten?

Wir mußten einfach zu dem Meeting gehen. Um einander zu zeigen, wie viele wir sind und wer wir sind. Um der Reaktion zu zeigen, daß wir viele sind und daß wir uns nicht fürchten. Um uns zu überzeugen, daß wir, wenn wir uns einig sind, unbesiegt sind.

Wie sollen wir aber Demokratie erlernen? Nach Stalins „Kurzem Lehrgang“? Oder wird uns einer ein Lehrbuch schreiben über den Übergang vom Totalitarismus zum Präsidialsystem, und wir müssen warten, bis das fertig ist, und derweil mit der eigenen Seele ins reine kommen?

Das Meeting vom 25. Februar war ein Fest der Solidarität, und eine Lehre. Außerdem hat es meinen Glauben an unseren Mut gestärkt. Es hat gezeigt, daß es reicht, uns mit dem Gespenst des Bürgerkrieges Angst zu machen. Wenn Sie, Bürger, die Sie uns einschüchtern wollen, diesen gegen den Willen des Volkes nicht beginnen, so wird es ihn nicht geben.

Unser Wagen kommt ins Rollen. Diejenigen, die uns den Sand auf die Gleise streuen, haben keine Chancen.



# Ich denke, wir sind nicht zu spät dran

Der Vizepräsident der amerikanischen Firma „Phoenix International“ über die Geschäftsbeziehungen zur Sowjetunion

**E**inen lebenden Nachfahren der englischen Könige bekommt man nicht alle Tage zu sehen. Aber obwohl mein Gesprächspartner, wie das offensichtlich in der britischen Aristokratie der Fall ist, die Geschichte des Geschlechts der Stuarts, deren Nachfahre er ist, gut kennt und sich an eine Menge interessanter historischer Tatsachen und Legenden erinnert, führen wir unser Gespräch über die Gegenwart und die Zukunft: Peter von Braun ist Vizepräsident und Mitbesitzer der bedeutenden amerikanischen Computerfirma „Phoenix International“, die im Herbst vergangenen Jahres einen Vertrag über die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens in der Sowjetunion unterschrieben hat.

**Neue Zeit.** Herr von Braun, das mit einem sowjetischen Partner unterzeichnete Abkommen über ein Joint Venture gilt in den USA als eine Sensation, um so mehr, weil es mit Computern zu tun hat. Viele amerikanische Firmen fürchten eine solche Zusammenarbeit mit uns. Was zwingt Sie zu riskieren?

**Peter von Braun.** Ein besonderes Risiko birgt dieses Geschäft für „Phoenix International“ nicht. Unsere Seite muß ungefähr 25 Millionen Dollar aufbringen. Für uns ist das keine große Summe. Und was die Motive betrifft, so haben mein Partner und ich entschieden, daß der Prozeß der Veränderungen in Ihrem Land einen unumkehrbaren Charakter angenommen hat und daß sich jetzt die historische Möglichkeit eröffnet, an diesem Prozeß teilzunehmen und einen bescheidenen Beitrag zur Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft und zur Verbesserung ihres Bildungssystems zu leisten, denn die Computer, die wir in der UdSSR produzieren werden, sind für sowjetische Schulen bestimmt. Wenn wir darin Fortschritte machen, werden zusätzliche Möglichkeiten zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Politik entstehen. Daher war es auch eine persönliche politische Entscheidung und nicht nur eine rein ökonomische.

**NZ.** Wie stellt sich das Unternehmen den Anfang der Arbeit vor?

**P. B.** Das Gemeinschaftsunternehmen zur Montage von Computern wird auf der materiellen Basis der Fernschwerwerke in Moskau

und Pensa arbeiten. Der zerbrechlichste Teil der Computer, die Monitore, werden vor Ort hergestellt. Die übrigen Fertigteile, Blöcke und Baueinheiten werden aus dem Ausland geliefert und in der Sowjetunion montiert. Je nach Entwicklungsstand der Produktion und dem Erwerb der notwendigen Qualifikation durch Ihre Arbeiter, wird auch die Produktion der zu ergänzenden Fertigteile und Einzelteile auf örtlicher Basis in Gang kommen.

**NZ.** Und wann ist geplant, die Produktion vollständig anlaufen zu lassen?

**P. B.** In dem Sinne, wie Sie das meinen, niemals. Damit die Computer bis zum letzten Schraubchen ein heimisches Produkt werden, müßte eine Reihe von 50–60 zusätzlichen Unternehmen gegründet werden. Das ist teuer, dauert lange und ist, wie die Praxis zeigt, unzumutbar, wenn es um die Massenfertigung von Computern geht. Eine andere Sache sind einzeln gefertigte Rechner für Verteidigungszwecke und zur Weltraumforschung, die ein enormes Geld kosten und in Posten von einem, zwei oder höchstens drei Exemplaren ausgeliefert werden. Solche Rechner stellen Sie selbst her.

**NZ.** Aus wie vielen Ländern werden die Einzelteile geliefert?

**P. B.** Es ist für mich zur Zeit noch schwierig, die genaue Zahl zu nennen. Das einzige, was ich sagen kann, ist, daß an der Produktion Firmen aus 5–10 Staaten des Fernen Ostens und den Vereinigten Staaten beteiligt sind.

**NZ.** Kann man also sagen, daß die UdSSR auf diese Weise dabei ist, den ersten Schritt in die internationale Zunft der Computerhersteller zu machen?

**P. B.** Genau. Übrigens sieht einer der

Punkte unseres Vertrages die Ausbildung sowjetischer Spezialisten für den Großverkauf von Baueinheiten und Einzelteilen auf dem Weltmarkt vor. Einstweilen müssen sich noch Mitarbeiter von „Phoenix“ damit beschäftigen. Außerdem haben wir noch eine weitere Verpflichtung gegenüber unseren sowjetischen Partnern – das Servicestem.

**NZ.** Was ist damit gemeint?

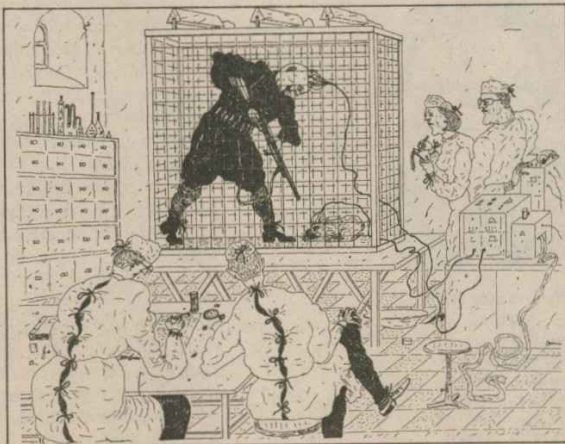
**P. B.** Die Schaffung von Strukturen zur Lagerung, Montage, Wartung, Einrichtung und Reparatur von Computern und Computersystemen. Wir möchten nicht nur eine hohe Qualität unserer Computer garantieren, sondern auch die dazugehörige Wartung. Denn ein Computer, der nicht arbeitet, ist teurer Schrott.

**NZ.** Wie soll die Wartung organisiert werden?

**P. B.** Einer unserer sowjetischen Partner, die Vereinigung „Sojususchpribor“, betreibt die Wartung und den Vertrieb von technischen Lehrmitteln. Von ihrer Infrastruktur in der UdSSR werden wir Gebrauch machen. Sie besteht aus ca. 30 Zentren und ungefähr 100 Servicestellen. Unsere Aufgabe ist es, Spezialisten mit dem entsprechenden Niveau auszubilden, wozu sie ein bis zwei Jahre lernen müssen. Unser Ziel ist die Behebung jeder beliebigen Störung innerhalb von Wochenfrist nach Erhalt des Auftrages. Wenn das gelingt, wird man sagen können, daß sich der Charakter der Beziehungen zwischen dem sowjetischen Hersteller und Verbraucher zu verändern begonnen hat. Denn Sie wissen besser als ich, daß sich Ihre Hersteller den traurigen Ruhm von Leuten erworben haben, die sich nicht um die Interessen der Käufer scheren... Wenn Sie eine vollwertige Industrie wollen, wenn Sie auf dem Weltmarkt als ernst Partner angesehen werden wollen, müssen Sie nicht nur die Produktion entwickeln und ständig modernisieren, sondern auch ein Wartungssystem für die hergestellten Waren schaffen. Sie müssen die Interessen des Käufers berücksichtigen. Nur dann werden Sie eine konkurrenzfähige Produktion haben, nur dann wird der Kunde seine Wahl auf Sie fallen lassen.

**NZ.** Ihre Äußerungen erinnern an das, was immer häufiger von unseren leitenden Persönlichkeiten und Parlamentsmitgliedern zu hören ist...

**P. B.** Das Endziel Ihrer ökonomischen Umgestaltungen, die Sie jetzt in Angriff nehmen, sind die Interessen der eigenen und ausländischen Kunden. Indem wir die Zusammenarbeit mit sowjetischen Partnern begonnen haben, entschlossen wir uns, Ihnen bei der Umstellung im Wirtschaftsbereich zu helfen, Ihnen beizubringen, in Konkurrenz Kategorien zu denken, sie zu berücksichtigen und zu eigenen Zwecken einzusetzen. Ich bin davon überzeugt, daß der Tag nicht weit ist, an dem in der UdSSR verschiedene einheimische und ausländische Hersteller und Vertreter von Computern arbeiten werden.



Zeichnung: Leonid Tischkov



# Auf dem Weg der Erneuerung

Valeri Tschalidse

**W**ie es schien, hätte man von der UdSSR wohl am wenigsten erwarten können, daß sich dort eine solche führende Persönlichkeit finden wird oder daß die regierende Partei aus eigener Initiative ihre Macht beschränken und sie mit dem Volk teilen will. Unterdes geschieht gerade das, und die Schwierigkeiten dieses Prozesses werden durch die mangelnden weltweiten Erfahrungen noch verschärft. Wie kann man friedlich und ohne große Erschütterungen einen Teil der Macht an das Volk abgeben, wie kann man die Vollmachten der Herrschenden beschränken, wie kann man zu einem friedlichen Übergang von der Zentralisierung zur Selbstverwaltung beitragen – an solchen Erfahrungen ist die Geschichte nicht reich. Man muß eigene Lösungsvarianten suchen, Varianten wie die Vereinigung von Partei- und Staatsämtern, wie die allmähliche Schwächung der Parteikontrolle über die Angelegenheiten von Gesellschaft und Staat usw. Zweifellos wird es auf diesem Weg Fehler wie Abweichungen geben. Glücklicherweise hat die herrschende Schicht Verständnis dafür, daß einen Teil der Macht an das Volk einfach zu übergeben nicht ausreicht, daß man das, wenn auch langsam, so doch verantwortlich tun muß, um nach Möglichkeit ein Chaos zu vermeiden.

Es gibt viele Menschen in der UdSSR wie im Westen, die nicht an die Ernsthaftigkeit und Unumkehrbarkeit der Perestroika glauben. Für mich steht außer Zweifel, daß dies eine ungerechte Einschätzung ist. So großer Skepsis liegt mangelnder Glaube an das innere Entwicklungspotential des sowjetischen Systems zugrunde. Dieser mangelnde Glaube ist insgesamt nicht berechtigt, da sich dieses System ständig änderte, obwohl die relative Beständigkeit der Phrasologie viele in die Irre führen kann. Die Veränderungen sind besonders auffallend, wenn man die jetzige Situation oder selbst die Lage vor der Perestroika mit der Stalinzeit vergleicht. In nur 30 Jahren erfolgte eine bedeutende Liberalisierung im Lande. Die Menschen haben es großartig gelernt, eine Meinung, die ihnen von oben aufgedrängt wird, zurückzuweisen, haben es gelernt, sich jedem Druck zu widersetzen. Die Intelligenz auch die Bürgerrechtler haben nicht wenig an alternativen Entwicklungswegen der Gesellschaft gearbeitet. Jetzt ist die Zeit gekommen, sowohl dieses intellektuelle Potential als auch die Fähigkeit des Volkes, eine eigene Meinung zu haben, zu nutzen. Das wird nicht ohne Kampf, ohne Geduld und ohne Rückschläge gelingen, doch um so wertvoller werden die Ergebnisse sein. Wird ja eine durch Erlaß verkündete Freiheit trotz allem nicht zu einem Bestandteil des Lebens der Gesellschaft werden, wenn die Gesellschaft für sie nicht reif ist. Zugleich ist der Freiheitskampf ein Reifeprozess, und so werden die Errungenschaften fester, unumkehrbarer sein.

Natürlich darf man die Schwierigkeiten dieses Prozesses nicht allein damit zu erklären suchen, daß nicht alle für die Freiheit reif sind. Es gibt da viele weltanschauliche Probleme. So die Frage nach dem sinnvol-

**Wie man zum friedlichen Übergang von der Zentralisierung zur Selbstverwaltung beitragen kann – an solchen Erfahrungen ist die Geschichte nicht reich. Da sind eigene Lösungswege zu suchen**



Valeri Tschalidse  
– Publizist und  
Verleger, US-  
Bürger. 1972, bei  
einer Vortrags-  
reise in die USA,  
wurde ihm die  
UdSSR-Staats-  
angehörigkeit  
entzogen

Wir aber möchten nicht nur die ersten sein, sondern auch die Besten bleiben.

NZ. So weit muß man erst mal kommen... Im Zusammenhang damit würde ich gerne zum Ausgangspunkt unseres Gesprächs zurückkehren, nämlich zu der Frage, was die Entwicklung der beiderseitigen Geschäftsbeziehungen stört. Was ist notwendig, damit sie das Niveau erreichen, das dem der „Supermächte“ entspricht?

P. B. In besonderem Maße wird das vom Grade des Vertrauens zwischen uns abhängen... Einstweilen reden wir noch eine verschiedene Sprache. Nehmen wir zum Beispiel unseren Vertrag. Bevor „Phoenix“ der sowjetischen Seite ihre Dienstleistungen angeboten hat, bereitete sie spezielle und sehr ausführliche Informationen zu den eigenen Geschäftsverbindungen, den Finanzverhältnissen usw. vor. Die Informationen erstellte eine eigens dazu verpflichtete Firma, die auf diesen Bereich spezialisiert ist. In unserem Wirtschaftssystem sind derartige „Beglaubigungsschreiben“ die Regel. Der zukünftige Partner soll genau wissen, mit wem er es zu tun hat, wie könnte er einem sonst glauben, daß man morgen nicht Bankrott macht.

NZ. Hat Ihnen die sowjetische Seite nichts dergleichen zur Verfügung gestellt?

P. B. So ist es. Sie hat uns nichts zur Verfügung gestellt und konnte es auch nicht. In dem Wirtschaftssystem, in dem Sie zur Zeit leben, ist das nicht möglich. Genau hier kommt der „Faktor Vertrauen“ zum Tragen, dessen Fehlen bei meinen amerikanischen Kollegen zu spüren ist. Denn ich bin überzeugt, daß im Verlauf der wirtschaftlichen Umgestaltung, mit dem Erwerb der finanziellen und geschäftlichen Selbständigkeit durch Ihre Unternehmen, Sie zu demselben oder einem ähnlichen System der Bilanzierung gelangen werden; das heißt, wir werden dann anfangen dieselbe Sprache zu sprechen. In Bezug auf die Veränderung der Beziehung zu Ihrem Land von seiten der amerikanischen Wirtschaft hoffe ich außerdem auf den „Faktor Erfolg“. Daß man in der UdSSR bedeutende Geschäfte auf einer ernsthaften, auf gegenseitigen Nutzen ausgerichteten Langzeitbasis tätigen kann, ist die beste Medizin gegen die in der amerikanischen Geschäftswelt zur Zeit noch herrschenden Vorurteile gegenüber Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion.

NZ. Zu Beginn unseres Gesprächs sagten Sie, daß die Entscheidung, die Zusammenarbeit mit uns aufzunehmen, eine mehr politische sei, aber in unserem Gespräch fielen ständig Begriffe wie „Konkurrenz“, „Produktion“ und „Gewinn“... Hat denn tatsächlich nur die Politik Ihre Entscheidung bestimmt?

P. B. Wir wollen wirklich am Prozeß der Umgestaltung in Ihrem Land teilnehmen, wir glauben wirklich an die Perestroika und wollen ihr helfen. Zugleich sind wir der Meinung, daß wir, wenn es uns gelingt, erfolgreich am Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung teilzunehmen und ihn zu unterstützen, damit gleichzeitig zeigen, daß wir ein zuverlässiger Partner sind, dem man vertrauen kann. Und dann werden sich für uns echte Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Nur muß man sich rechtzeitig an diesen historischen Prozeß anschließen. Ich denke, wir sind noch nicht zu spät dran.

**Das Gespräch führte J. Andrianow,**  
NZ-Korrespondent  
NEW YORK



len Maß der Zentralisierung der Leitung. Man kann die Freiheit sehr lieben und nicht verstehen, daß die moderne, überaus komplizierte Gesellschaft und eine strenge Zentralisierung unvereinbar sind, selbst wenn die Zentralisierung die Grundrechte der Menschen nicht beschränken würde. Eine Zentralisierung kann erfolgreich und nützlich in einer Gesellschaft mit primitiven sozialen Banden sein. Je komplizierter die gesellschaftlichen Beziehungen, desto schwerer ist es, sie zentralisiert zu lenken. Deshalb führte die größere Kompliziertheit der gesellschaftlichen Beziehungen zusammen mit der Entwicklung der Zivilisation und der Wirtschaft bei strikter Zentralisierung zu Krisen und wird das auch in Zukunft tun. Ist ja, wenn die Herrschenden nicht auf eine starke Zentralisierung verzichten wollen, ihre Tätigkeit automatisch, selbst ohne sich dessen bewußt zu sein, darauf orientiert, die gesellschaftlichen Beziehungen zu vereinfachen, die Prozesse in der Gesellschaft zu unifzieren und sich einer zunehmenden Vielfalt zu widersetzen.

Hier kann ein historischer Exkurs nützlich sein. Die Anhänger von überstrenger Ordnung in der Gesellschaft werden uns noch wiederholt daran erinnern, daß Stalin ein funktionierendes System aufbaute. Ja, das war ein überzentrales System, unifziertes System, das in den von ihm vorgegebenen Rahmen tatsächlich funktionierte, indem es ein Wachstum der extensiven Wirtschaft, relative Sicherheit und die Stabilität des Lebens jener, die nicht ins Lager kamen, gewährleistete. Doch dieses System, diese Unifzierung beruhte auf Gewalt, auf dem ständigen Krieg der Regierung gegen das Volk. Sobald die Regierung nach Stalins Tod beschloß, sie wolle oder könne nicht mehr ständig Gewalt gegen die Gesellschaft anwenden, kam das System ins Schleudern. Viele Jahre fiel das nicht so auf, wirkte ja noch das Trägheitselement der früheren Unterordnung nach, doch die Krise war unvermeidlich, hatte das System ja sein wichtigstes Element verloren. Die damaligen Führungsmittglieder begriffen einfach nicht, daß die Gewalt kein systemfremdes Element war, sondern das Fundament des Systems, ohne das ein Umbau des gesamten Hauses unvermeidlich ist. Sie versuchten, eben jenes Stalinsche System wie „aufgeklärte Monarchen“ zu regieren, ohne sich ein anderes System vorzustellen oder gar ein anderes System fürchtend. Wie wir sehen, wurde Gorbatschow zum ersten sowjetischen Leader, der verstand, daß das alte Stalinsche System für die friedliche Entwicklung der Gesellschaft nicht geeignet ist und daß ein anderes System aufzubauen ist, ein System ohne jene Elemente, für die Gewalt erforderlich ist. Das aber bedeutet, daß ein System ohne Überzentralisierung und Unifzierung notwendig ist.

Die sowjetische Gesellschaft steht jetzt vor der Wahl: Pluralismus und Selbstregulierung der Gesellschaft, wie das Gorbatschow vorschlägt, oder Unifzierung und Zentralisierung, d. h. der gewohnte Zustand, wenn er auch die Entwicklung bremst. Die Führer der Perestroika stießen

auf den sehr starken Widerstand sowohl jener, die es gar nicht eilig genug haben können, ein neues Leben aufzubauen, als auch derjenigen, die entschieden gegen Veränderungen sind. Es gibt viele Menschen in der UdSSR, die einfach Angst vor der Vielfalt haben und die nicht an die Möglichkeit einer Selbstregulierung der Gesellschaft glauben. Sie sind eingeschüchtert durch die rasende Geschwindigkeit, in der sich die Befreiung der Gesellschaft vollzieht. Hierbei sollte man keineswegs all diese Menschen dumm oder Angsthasen nennen. Sie handeln im Rahmen ihrer eigenen, früher erkannten Welt. Die Welt war anders, als sie sie zu verstehen lernten. Diese ihre Welt war einfach, zentral gelenkt und, wenn man will, harmonisch. Ethische Werturteile spielen für sie keine Rolle. Wenn durch Stalin und durch Repressalien für Ordnung in der Welt gesorgt wurde, dann rechtfertigten sie Stalin wie die Repressalien. Opfer scheinen ihnen annehmbar, wenn sie die Welt vor einem Erdbeben bewahren.

Deshalb muß man an die Bewertung des jetzigen 'Stalinismus' vorsichtig herangehen, ich würde sagen, sogar mit Verständnis. Es reicht ja keineswegs, einen Neostalinisten in der Presse fertigzumachen, obwohl die Wut der Kritiker durchaus berechtigt ist. Hierbei muß man sich daran erinnern, daß es dabei keineswegs um Liebe zu Stalin oder zum Stacheldraht geht, daß der heutige Stalinismus für Ordnung in der Welt gesorgt wurde, dann rechtfertigten sie Stalin wie die Repressalien. Opfer scheinen ihnen annehmbar, wenn sie die Welt vor einem Erdbeben bewahren.

Die Herrschenden sind in einer schweren Lage, wenn sich der Kampf zwischen den Anhängern der Zentralisierung und einer Selbstregulierung in der Gesellschaft verschärft, falls hierbei die Macht mehr oder weniger auf seiten der Anhänger letzterer ist. In eben dieser Situation sollte jetzt die sowjetische Führung sein. Der Wunsch der Herrschenden, die eigene Rolle zu verringern und Platz zu schaffen für die Wirkung von Selbstregulierungsmechanismen in der Gesellschaft gerät in einen Konflikt mit der Hoffnung eben jener Herrschenden, die Kontrolle über diesen Kampf zu behalten. Das muß fast unausweichlich zu scheinbaren Widersprüchen im Verhalten der Herrschenden führen, wie das in der Sowjetunion jetzt auch geschieht. Auf Demokratisierungsaufträge folgt ein administrativer Bremsversuch, auf die Lobpreisung der Rolle der Genossenschaften folgen Erlasse über eine größere Kontrolle. Diese „Halt“-Rufe und Beschränkungen kann man kritisieren, dafür gibt es schließlich die öffentliche Meinung. Doch man muß verstehen, daß solche widersprüchlichen Schritte unvermeidlich sind, obwohl es am einfachsten wäre, sie durch Manöver von Perestroikafreunden zu erklären.

Die UdSSR geht ja zu einem neuen Typ der Leitung der Gesellschaft, zu einer dyna-

mischen Führung über zum Unterschied von der statischen Führung, die für die harmonische und unifizierte Welt charakteristisch war. Das bedeutet, von der Feste der ein für allemal gegebenen Gebotungen und Verbote abzugehen. Jetzt ist das Prinzip „Erlaubt ist alles, was nicht durch das Gesetz verboten ist“ verkündet. Der Übergang zur Verwirklichung dieses Prinzips wird notgedrungen schmerzhaft sein, da die Herrschenden nicht alles, was zu verbieten ist, im vornherein wissen und die Menschen zuvor nicht wissen, was ihnen morgen einfallen wird zu tun, wenn sie etwas aus der großen Menge der nichtverbotenen Handlungen wählen. Folglich müssen das Volk und die Herrschenden erneut zu einem gewissen Konsens finden, und das kann ziemlich lange dauern. Die Herrschenden werden die Gesellschaft auffordern, sich in neuen, ungewohnten Richtungen zu bewegen. Von Zeit zu Zeit aber wird man den Ruf hören: „Doch dahin darfst du nicht gehen!“ Wem dieser Ruf nicht gefällt, der wird solche Verbote kritisieren, und von der Stärke der Kritik wird abhängen, ob die Herrschenden den Rückzug antreten werden oder nicht. Das ist eine dynamische Herrschaftsmethode, eine Leitung mit Rückkoppelung. Zugleich ist es eine Art zu herrschen, bei der eine Selbstregulierung der Gesellschaft vorausgesetzt ist. Unter den Bedingungen einer solchen Konsensfindung der Herrschenden und der Gesellschaft ist es für die Menschen tödlich zu denken, daß diese Bremsversuche nicht von dem Leader ausgehen, der zu erlauben begann, für sie ist es bequem, die Schuld an diesen Bremsversuchen wem auch immer anzulasten, z. B. Gegnern der Perestroika, den Bürokraten usw. Den wirklich konservativen Widerstand gegen die Perestroika muß man von dieser Selbstbremsung unterscheiden.

Zugleich ist eine radikale Opposition unvermeidlich. Was auch in der Gesellschaft geschehen mag, stets werden sich Leute finden, die zur Eile ansetzen. Leute, die davon überzeugt sind, daß man alles besser und einfacher machen kann. Die Rolle solcher Leute in der Gesellschaft ist überaus wichtig und unwesentlich ist sogar, wie durchdracht ihre theoretischen Konstruktionen sind. Wichtig ist, daß sie die Gesellschaft antreiben und aufwühlen. Ich meine, diese Opposition, die es nicht eilig genug haben kann, hat in den ersten Jahren der Perestroika, als die Hauptaufgabe darin bestand, die Gesellschaft aus dem Schlaf zu erwecken, eine bedeutende Rolle gespielt. Jetzt aber sollte man solche Radikalen zur Vorsicht rufen. Die Gesellschaft ist bereits erwacht, jetzt sind Arbeit und konstruktive Entscheidungen mehr gefragt als leidenschaftliche Aufrufe. Die Drängenden sind nach wie vor nötig als Gegengewicht zu den Konservativen. Doch, sich von ihren Leidenschaften leitend, können sie allzu großen Druck auf die Reformer ausüben, jene veranlassen, den Prozeß der Reformen zu verlangsamen, um ein Chaos zu verhindern.

Mit der Frage, ob es so eilig haben, ist auch ein anderer Widerspruch



der Herrschenden verbunden. Die Frage ist nicht, wie man sich schnell umstellt, die Herrschenden selbst sind an einer besonderen Verzögerung nicht interessiert. Die Frage ist, mit welchen Methoden man die Perestroika durchführen soll, hat bekanntlich jede Methode ihre zulässige Höchstgeschwindigkeit. Offenbar wählen die Führer der Perestroika quasidemokratische, ich würde sagen, humane Methoden, muß man den Menschen ja die Möglichkeit geben, sich nach jedem Schritt erst mal umzuschauen. Und offenbar wurde bei einem solchen Herangehen bereits die Höchstgeschwindigkeit der Umgestaltungen erreicht. Diejenigen, die es so eilig haben, verlangen mehr, doch das bedeutet ein Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, die durch die Wahl des Vorgehens bestimmt ist. Das bedeutet die Forderung, die Perestroika mehr mit administrativen, diktatorischen Methoden voranzutreiben oder im Gegenteil ein Chaos zu schaffen und dann zu beobachten, was daraus wird. Hier stellt sich die Frage nach einer möglichen Krise der Verfahrensweise: Kann man mit diktatorischen Methoden für Demokratie sorgen? Die Antwort auf diese Frage weiß ich nicht, doch ich vermute, daß das nicht geht. Man muß sich daran erinnern, daß die Perestroika von der Geschichte nicht nur nach den Ergebnissen der demokratischen Umgestaltungen beurteilt werden wird, sondern auch danach, ob es das Volk im Prozeß dieser Umgestaltungen gelernt hat, von den geschaffenen demokratischen Institutionen Gebrauch zu machen. Was die chaotische Methode angeht, so will dies wohl niemand ernstlich, auch jene nicht, die bereit sind, die Schaffung eines Chaos zu riskieren.

Eine Erneuerung ist nie leicht. Viele in der UdSSR wie im Westen haben das Gefühl, daß dabei nichts herauskommen wird. Die Mißerfolge einiger Maßnahmen und die Abweichungen nähren dieses dunkle Vorgefühl. Doch natürlich ist eine begründete Prognose einfach unmöglich. Theoretisch hängt alles vom Verhältnis der gesellschaftlichen Tendenzen zueinander ab: Ist das Streben nach Vielfalt stark genug geworden, hat die Sehnsucht nach der alten harmonischen unifizierten Welt hinreichend nachgelassen. Vielen Anzeichen nach kann man sagen, daß es in der UdSSR recht viele aktive Menschen gibt, Menschen, auf die sich die Perestroika stützen kann. Doch es gibt auch genug Anhänger einer Unifizierung, und das, wo sie das nicht sonderlich an die große Glocke hängen. Heimlich, still und leise können sie mehr tun, um die ihnen so liebe harmonische Welt zu verteidigen. Für eine Bewertung des Kräfteverhältnisses reichen also die Angaben nicht. Natürlich geht es nicht um das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den einen und den anderen, sondern um den konkreten Willen, die



Zeichnung: Garif Bassyrow

Bereitschaft zu Mühen und Opfern, um den jedem so lieben Typ der gesellschaftlichen Ordnung zu verteidigen. Ja, gerade zu Opfern, da die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die unweigerlich mit dem Prozeß der Erneuerung verbunden sind, eine Reifeprüfung für die sowjetische Gesellschaft, was deren Bereitschaft zur Demokratie, zur Freiheit von staatlicher Bevormundung angeht, sein werden.

Die Geschichte endet jedesmal mit einer Variante, doch in jedem Augenblick gibt es eine Vielzahl von Wegen, auf denen die Entwicklung der Ereignisse erfolgen kann oder könnte. Das ist, wie ich meine, vielen klar, obwohl Politiker, Ideologen und Usurpatoren oft verkünden, ein bestimmter Weg sei unvermeidlich und deshalb müßten die Menschen gerade ihn wählen (das ist ein Widerspruch in sich: Wenn ein Weg unvermeidlich ist – warum soll man ihn dann wählen?). Leider werden sich die Menschen der Tatsache, daß es mehrere Varianten der Entwicklung gibt, für gewöhnlich nur beschränkt bewußt. Sie begreifen, daß man so oder so verfahren kann, verstehen, daß man die entstandenen Unannehmlichkeiten vermeiden könnte, wenn der Entscheidungsträger eine andere Variante wählen würde. Doch viel seltener leuchtet es den Menschen ein, daß irgendwelche Entscheidungen oder die Weigerung, eine Entscheidung zu treffen, helfen konnten, schlimme Folgen zu vermeiden. In diesem Sinne ist das Regieren eine undankbare Aufgabe. Die Menschen werden sich nicht daran erinnern, ja werden nicht einmal erfahren, vor welch schlimmen Folgen sie der Herrscher bewahrt hat, doch dafür werden sie alles, wogegen er sie nicht schützte, in Erinnerung behalten.

Diese Schwierigkeit wird in Zeiten sozialer Erschütterungen von den Herrschenden zwei-

fellos deutlicher gespürt – und erst recht in der Phase des Übergangs der Gesellschaft von der Gleichschaltung zur Vielfalt. Die lawinenartige Zunahme des Pluralismus, die wir heute in der UdSSR erleben, erfolgt spürbar schneller als die Entwicklung der Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstregulierung und die Schaffung der Mechanismen der Selbstregulierung. Bislang ist die Vielfalt der sowjetischen Gesellschaft sozusagen durch eine Unmenge einzelner Teile ohne entwickelte Verbindungen zwischen ihnen gekennzeichnet. Doch gerade die sozialen Verbindungen, die Zusammenwirkung zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft, zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Tendenzen und Erscheinungsformen zeigen, wie zivilisiert die Gesellschaft ist. Der Pluralismus nimmt zu, obwohl die Zentralisierung der Leitung noch stark ist, obwohl die Gesellschaft an diese zentralisierte Leitung die früheren Forderungen richtet, einschließlich der Forderung, die Gesellschaft vor Schaden zu bewahren. Und was besonders wichtig ist, die Zunahme der Vielfalt erfolgt spürbar schneller als die psychologische Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen heranreift, Verantwortung für die eigenen Entscheidungen zu übernehmen. So fassen die Menschen die Entscheidungen selbst, für ihre Fehlentscheidungen aber büßen sie der Regierung die Verantwortung auf. Wenn die Führung, um die Gesellschaft vor möglichen Gefahren zu schützen, versucht, präventiv eine zu jähe Zunahme der Selbstbestimmung der Gesellschaft zu verhindern, wird ihr vorgeworfen, sie bremsen das, was sie selbst begonnen habe. Die Diskussion im Obersten Sowjet im Oktober 1989 illustriert diese These. Die von der Regierung vorgeschlagenen außerordentlichen Maßnahmen wurden von vielen Deputierten



sehr negativ aufgenommen, wenn auch ein Kompromiß erzielt wurde. Hierbei wollten einige Deputierte gerade Entscheidungen treffen, die Verantwortung für Fehlentscheidungen aber der Regierung aufladen.

Der Deputierte Anatoli Denisow sagte auf der Tagung: „Hier haben wir es mit einem Versuch der Regierung zu tun, uns die Verantwortung für ihren eigenen Mißerfolg anzulasten.“ Hier sei daran erinnert, daß die Regierung vom Obersten Sowjet bestätigt wurde, also trägt letzterer zweifellos die Verantwortung für die Mißerfolge der Regierung. Und außerdem daran, daß das Parlament kein Club der Opposition ist, sondern ein Forum, wo die Volksvertreter gerade die Verantwortung für Erfolge wie Mißerfolge übernehmen müssen.

Ich meine, es ist gerade jetzt sehr wichtig, daß man sich dieses Ungleichgewichts von Freiheit und Verantwortung bewußt ist. Und das gilt nicht nur theoretisch, für den engen Kreis der künftigen Historiker der Perestroika, sondern es kommt darauf an, daß diese Kenntnis an den Menschen vermittelt wird. Ich bin betrübt, daß die Intelligenz, die das Recht zur Kritik erhalten hat, vor allem die Regierung kritisiert. Unterdes hat die Gesellschaft selbst in vielem die Kritik verdient, doch offensichtlich ist es für die Politiker und die Intellektuellen nicht vorteilhaft, ihre eigene Popularität aufs Spiel zu setzen, indem sie die auch ohnehin gereizte Gesellschaft reizen. In dieser Situation können die Belehrungen eines Außenstehenden, wie ich es bin, vielleicht nützlich sein.

Hier einige, wie ich meine, berechtigte Vorwürfe an die Gesellschaft. Warum begreift man nicht, daß die UdSSR ein wirtschaftlich rückständiges Land ist und man bei der Bewertung des Verbrauchermarktes nicht von westlichen Maßstäben ausgehen darf? In der Presse findet sich Kritik, es sei schwer, sich modisch zu kleiden, man habe nicht immer gut zu essen und es mangle an High tech. Ja du lieber Gott, bei einem solchen Stand der Wirtschaft gibt es glücklicherweise noch etwas, was man anziehen und essen kann – immerhin hungern die Menschen ja nicht. Was die Mode angeht, so wäre es schon ganz naiv, die Kleidung von Filmstars oder ausländischen Touristen als Vorbild zu nehmen. Die Menschen mit mittlerem Einkommen stolzieren auch in Amerika nicht fein herausgeputzt umher. Natürlich ist das Konsumtionsniveau in der UdSSR spürbar niedriger als in den USA, doch Amerika hat seinen Reichtum in vielen Jahren geschaffen, die Menschen arbeiteten und störten die wirtschaftlichen Aktivitäten der Aktiven nicht. Ja, in den Jahrzehnten der Drangsalierung der Aktiven und der Isolierung von der zivilisierten Welt ist unser Land in den Rückstand geraten, das muß man begreifen und daran die eigenen Möglichkeiten messen. Das darf man doch nicht der jetzigen Regierung zum Vorwurf machen – die Rückständigkeit entstand in vielen Jahren, und selbst das noch kaum entwickelte kapitalistische Rußland war rückständig. Leider haben die früheren Herrscher so vieles versprochen und die Menschen so durch diesen Betrug ermüdet, daß die Unzufriedenheit des Volkes jetzt jene trifft, die dazu aufrie-

fen, Schluß mit diesem Betrug zu machen. Was aber tun die kühnen Kritiker der Regierung? Sie gießen Öl ins Feuer, machen sich so beliebt, gewinnen so Stimmen, wobei sie kaum etwas Konstruktives anbieten. Man kann sich da über Abalkins Mut nur freuen: „Wir leben nicht schlechter, als wir arbeiten.“ Gerade die Intelligenz könnte dem Volk mit Zahlen in der Hand verdeutlichen, wie richtig diese These ist.

Warum begreifen weder die Gesellschaft noch selbst viele Wirtschaftswissenschaftler, daß es einfach unmöglich ist, eine schnelle Gesundung der Wirtschaft zu erreichen, selbst wenn die Entscheidungen der Regierung genial wären. Und das liegt nicht nur an den Schwierigkeiten der Übergangsphase und an der veralteten Industrie, sondern auch an dem Stand der Produktionskultur. Man kann nicht im Hauruckverfahren neue Technologien einführen, selbst wenn ein guter Onkel Geld für den Kauf moderner Anlagen gibt. Die westliche Gesellschaft hat die Produktionskultur zugleich mit der Schaffung dieser Technologien aufgebaut. Hier sollte man sich an den Brief eines Arbeiters an Lenin erinnern (ich las ihn vor einigen Jahren in der „Prawda“). Er schlug gleich nach der Revolution einen Weg zur Lösung des Transportproblems vor: Kaufen Sie, schrieb er, bei den Deutschen Lokomotiven, nur die einfachsten, damit wir mit ihnen zurechtkommen. Das zeugt von einem bemerkenswerten Verständnis für das Grundproblem eines rückständigen Landes. Nicht die besten, nicht die billigsten, sondern die einfachsten. Wann werden das jene Wirtschaftswissenschaftler und Sowjetologen begreifen, die das Problem darauf verengen, daß in der UdSSR die erforderlichen Technologien fehlen oder der erforderliche Mechanismus für die Leitung der Wirtschaft nicht vorhanden ist. Angesichts dessen möchte ich sagen, daß die Zielrichtung auf die Entwicklung von Gemeinschaftsunternehmen sehr vernünftig ist, wird ja unser Land nicht nur Betriebe bekommen, sondern auch Leute, die uns in die neuen Techniken einweisen werden – doch naiv wäre es, mit schnellen Ergebnissen zu rechnen.

Und warum schließlich gilt die Zentralregierung als an allem schuldig? Es gibt eine Vielzahl von Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, und selbst vor der Perestroika war die Zentralisierung nicht absolut. Die Menschen sind unzufrieden mit den Genossenschaften – und schon wird die Zentralregierung kritisiert, obwohl die Erlaubnis zur Eröffnung einer bestimmten Genossenschaft von den örtlichen Behörden gegeben wurde. An irgendwelchen Erzeugnissen mangelt es wegen der schlechten Zulieferung – und ebenfalls wird Kritik an Moskau laut. Hier ist die ganz offensichtliche schlechte Vorbereitung des Publikums auf die Dezentralisierung, auf die Selbstregulierung der Gesellschaft zu erkennen. Folglich mischt sich die zentrale Staatsmacht in Angelegenheiten ein, die nicht in ihre Kompetenz fallen, was wiederum zur Unifizierung führt. So könnte man einige Beschränkungen für die Tätigkeit der Genossenschaften durchaus auf örtlicher Ebene, je nach der örtlichen Lage, beschließen. Doch da man dem Zentrum die Schuld an allem gibt, wurden Beschränkungen beschlossen, ohne die man hier und dort auch auskommen könnte.

Ich meine, die vertikale Gewaltenteilung ist ein wichtiger und in der UdSSR nur schwach

entwickelter Bereich. Die Dezentralisierung und die Selbstverwaltung der Menschen werden ohne theoretische Ausarbeitungen in diesem Bereich erschwert sein, auch ohne daß informierte Leute den Menschen erklären, worin denn die Selbstverwaltung besteht. Allmählich beginnt man zu verstehen, daß die Republiken von der Unifizierung befreit werden müssen. Doch auch in den Verwaltungsgebieten kann man die Dinge unterschiedlich gestalten, je nach den örtlichen Bedingungen und wie es die Menschen wollen. Mir ist klar, daß für den realen Übergang zur Dezentralisierung noch nicht die gesetzliche Grundlage geschaffen ist. Doch schon jetzt ist es wichtig zu erkennen, daß das Prinzip „Die Entscheidungen treffen wir selbst, für einen Mißerfolg aber ist das Zentrum verantwortlich“ unannehmbar ist. Hier kann auch das Zentrum manches lernen. Die Leader müssen in vielen Fällen sagen „Das ist nicht mein Problem“, wenn es um etwas geht, das in die regionale Kompetenz fällt. Ich meine, in diesem Bereich muß man sich gegenseitig helfen, um Dezentralisierung zu lernen. Denn wenn ein großer Vorgesetzter aus Moskau bei irgendeinem Kolchos anruft und anordnet, die Kühe hätten mehr Milch zu geben, dann ist es wenig wahrscheinlich, daß man ihm sagt „Das ist nicht Ihre Angelegenheit“. Man kann sich nur schwer vorstellen, was wäre, wenn der US-Präsident in meinem Dorf anrufen würde, um eine solche Anordnung zu geben. Das ganze Land würde sich schief lachen, gibt es ja dort einen funktionierenden Mechanismus der vertikalen Gewaltenteilung.

Zum Abschluß meines Klageliedes möchte ich auf eine traditionelle Besonderheit des russischen politischen Denkens verweisen, die noch lange eine Rolle im gesellschaftlichen Leben spielen wird. Ich meine den Glauben daran, daß man mit Hilfe eines Komplexes von Gesetzen oder Entscheidungen des Herrschers ein für allemal die gesellschaftlichen Angelegenheiten regeln und einen Mechanismus schaffen kann, der alle Probleme löst. Gesagtes steht in direkter Beziehung zur jetzigen Situation. Viele sind unzufrieden, daß die Perestroika in vier Jahren nicht erfüllt wurde. Die Menschen erwarten Entscheidungen, die sofort alles korrigieren, alles organisieren, allem seinen Platz zuweisen. Früher erwartete man das vom Herrscher, jetzt erwartet man es von den Deputierten – ich kann mich noch an die Kritik auf dem Kongreß der Volksdeputierten erinnern, daß rettende Beschlüsse nicht gefaßt wurden.

Wer, wenn nicht die Intelligenz, muß dem Volk erklären, daß unser Land schon lange den Zustand einfacher Gesellschaftsbeziehungen überwinden hat, erklären, daß die zunehmende Vielfalt der gesellschaftlichen Beziehungen nicht in ein für immer geeignetes Schema gepreßt werden kann. Die Demokratie ist eine Methode, nicht aber ein Endergebnis. Die Demokratie ist ein gesellschaftlicher Prozeß, nicht aber eine himmlische Gabe. Überdies ist die Demokratie keineswegs damit erschöpft, daß die vom Volk gewählten Vertreter regieren werden. Das Wichtigste in der Demokratie ist, daß jeder die Freiheit hat, über sich zu verfügen, solange er nicht die Rechte anderer verletzt. Und gerade diese Selbstverfügung verlangt Verantwortung für die eigenen Entscheidungen und Handlungen, eine Verantwortung, die man dann weder an einen guten noch an einen bösen Herrscher abtreten kann.

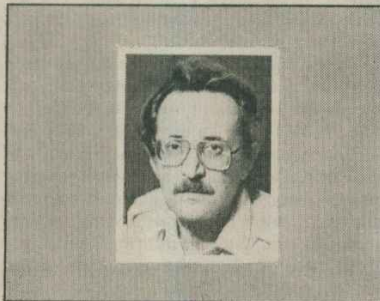
VERMONT



Ich möchte mit einer halben Seite Erinnerungen beginnen. Vor 20 Jahren habe ich das Schauspiel „Der traurige Einzelgänger“ geschrieben. Dazu wurde mir auf den Kopf zugesagt, daß es innerhalb der Grenzen der Sowjetunion nicht inszeniert werden kann. Weil es aber merkwürdige Zeiten waren, konnte es fünf Jahre später ohne besondere Aufsehen in der Zeitschrift „Theater“ veröffentlicht und im Fluß des Zentralkulturbetriebes in Moskau inszeniert werden. Wobei es streng verboten war, das Ministerium für Kultur der Kinder zu informieren. Zu diesem Zeitpunkt vorzulassen, die wachsenden Pädagogen stießen mit rationalen Gesichtern am Eingang. Aber konnten sie noch aussondern, daß wir sie in schließlich Pädagogen sein sollten sie auf den ersten Blick von Kindern unterscheiden? So wählte ich meinen Freunden, daß ich mich nicht geschehen habe, das erst ab dem 1. März abgehe. In ihnen ist natürlich die Frage, was denn in diesem Versus abgehen möchte. Für was? In der Antwort: Wäre sie mit ihr, die ich nicht recht habe.

Dort gab es auch weiter. Sondern wurde mir ein Hinweis an Lehrer beibringt, dessen Prototyp der sowjetische Pädagoge Wassil Schatalow aus Donezk war. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß Wassil Schatalow und der Lehrerin Sofia Lenkowna aus Moskau, über die die „Neue Zeit“ mehrfach geschrieben hat, schließlich der nächste Titel von unser Land zu veranlassen hat, nämlich Volkslehrer der UdSSR verliehen werden ist. Der gute Lehrer war also fast ein Staatsgeheimnis. Wenn nun Kinder und Eltern ihren Theaterbesuch mit den Lehrern an ihre Schule verknüpfen? Also auf keinen Fall einlassen. Später kam das Schauspiel in die Büsche. Es wurde von vielen Theater und von Fernsehkanälen inszeniert, 15 Jahre lang in Moskau aufgeführt, und jedes Mal gab es den gleichen mimende Gennadi Pechnikow seinen Monolog über Don Quichotte zum besten.

„In Moskau habe ich auf Plakaten gesehen, daß fünf Theaterstücke über Don Quichotte vorführen. Theaterstücke, ein Ballett und sogar ein Musical. Seid so wie Don Quichotte! Wir brauchen dringend Don Quichottes. Ist das richtig so? Also gut, ich werde ein Don Quichotte. Man wird mich also gleich an Windmühlensflügel schaffeln, wie es sie gehört.“ „Nicht doch, Verotschka“, sagte der Lehrer Lunew, beziehungsweise Schatalow, einer in ihn verliebten Junglehrerin, „ich darf kein Don Quichotte sein! Ich habe kein Recht zu leiden! Ich habe kein Recht,



## Ihr Kind ein Don Quichotte?

als beleidigte Leberwurst herumzulaufen, mich über mangelndes Verständnis zu beklagen und damit anzudeuten, daß man bei uns nichts ausrichten kann und Mitleid zu erheischen. Ich habe kein Recht, ein Pechvogel zu sein. Der Pechvogel soll ruhig weinen! Aber irgendwo anders, möglichst weit von der Schule weg.“

Nun hat das Fernsehen vor einiger Zeit eine gelungene Fernsehspielserie über Don Quichotte ausgestrahlt, und ich habe mich wieder gefragt, ob es denn so gut ist, ein Don Quichotte zu sein. Ist es richtig, Leute dazu aufzufordern, so wie Don Quichotte zu sein? Ist eine Zeit gut, die nicht nur Helden braucht, sondern Superhelden, an die sie ihre Hoffnungen knüpft?

Kommt der Appell „Seid wie Don Quichotte!“ aus einem reinen Herzen, aus widrigen Lebensumständen oder aus fürchterlicher Verzweiflung?

Spitzen wir die Frage zu: Möchten Sie, daß aus Ihrem Kind ein Don Quichotte wird?

Die Moralapostel dürften nach einer solchen Niedertracht vom Hocker fallen. Was denn sonst! Die reine Sittlichkeit! Ein Retter der Witwen und Waisen! Edelmut! Kühnheit! Altruismus!

Solche Leute brauchen wir, an denen fehlt es uns, die sind ausgestorben. Was sollen wir ohne Don Quichottes anfangen?

Jedesmal aber, wenn man den Fernseher einschaltet, wird unser Held allabendlich zusammengeschlagen.

Sehen Sie, dieses Schicksal wünsche ich weder meinen noch Ihren Kindern.

Wahrscheinlich hatte mein Lehrer aus dem Bühnenstück recht, er hat die Kinder vor der Philosophie des Pechvogels in Schutz genommen. Er wollte sie siegen lehren. Ist das falsch?

Er war selbst ein Don Quichotte, das ist es ja gerade.

Man darf die Leute nicht zu Heldentaten aufrufen, Heldentaten muß man

selbst begehen. In jenem Stück hieß es: „Wenn die Heimat befiehlt, Held zu sein, wird bei uns jeder einzelne ein Held.“ Und das in Friedenszeiten! Wenn Bürgern in Friedenszeiten befohlen wird, Helden zu werden, dann ist das nicht besonders gut.

Ich schreibe das mit einigem Vorbehalt. Sittliche Fragen sind schwere Fragen! Dabei sind es gerade diese schwierigsten und doppeldeutigsten Fragen, die zur Sittlichkeit erziehen. „Du darfst nicht lügen!“, „Du darfst nicht stehlen!“: Auf diesem emotionalen Höhenflug ist keine Erziehung möglich, sondern das wesentliche Geheimnis besteht im Komplizierten und nicht gleich Offensichtlichen, wenn der Verstand nichts mehr zu sagen hat und, wie selbstverständlich, das Herz an seine Stelle tritt.

Eine selbstbewußte Vierzehnjährige ist sauer auf ihre Eltern:

„Ihr seid selbst solche armen Bütter und wollt aus mir genauso einen armen Bütter machen. Aber daraus wird nichts! Ich will böse sein!“

Die Eltern sind geschockt. Was haben sie da bloß für ein Ungeheuer aufgezogen? Was sind das heute für Kinder? Es vergeht aber einige Zeit, das Mädchen reist in ein fernes Land, wo Perlen sehr billig sind, und bringt fast jedem Mädchen in seiner Klasse eine Kette mit. Die Freundinnen sind fassungslos: „Weißt du denn nicht, wieviel so eine Kette kostet?“ „Na und?“ erwidert das Mädchen unbekümmert, „ich hab sie doch fast umsonst gekriegt.“

Seltsam, aber viele Eltern hätten ihre Kinder lieber ein bißchen boshafter und beschweren sich darüber, daß sie zu gutherzig sind.

„Sie wissen doch, was das heute für Zeiten sind! Was glauben Sie denn! Man muß sich schon ein dickes Feld zulegen, sonst geht man unter!“

Oft habe ich Eltern getroffen, die jede Erziehung ablehnen, Erziehung zur Güte und zur Liebe, weil sie meinen, daß diese Welt nichts für gute Menschen sei. Keine Don Quichottes unter meinem Dach!

Da liegt aber der pädagogische Hund begraben. Ein paar Jahre später wird er in herangewachsenen Kindern wach, bellt und knurrt, und wir fragen uns entsetzt: Woher kommt das denn?

Also gut, dann soll unser Kind eben kein Don Quichotte werden. Aber vielleicht wird es doch den einen oder anderen Zug des lebenswürdigen Ritters von der traurigen Gestalt in sich tragen. Ewige Sieger haben etwas Abstoßendes an sich.

Simon Solowejschik



# Brigade vom „Grünen Kreuz“

## Unser Planet braucht ein Zentrum für dringliche ökologische Hilfe

Wladimir Petrowski

Stellvertretender Außenminister  
der UdSSR

**T**äglich verschwinden auf der Erde etwa hundert Arten von Tieren und Pflanzen. Jährlich verringert sich der Waldbestand auf unserem Planeten um 15 Millionen Hektar, verwandeln sich Milliarden Tonnen Boden zu Staub. Das Ozonloch in der Atmosphäre ist doppelt so groß wie die USA.

Um die Existenz der Menschheit zu sichern, ist eine unverzügliche, konkrete und zielgerichtete Tätigkeit der ganzen Weltgemeinschaft nötig. Inzwischen wurde mit der Vorbereitung der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung begonnen, die von der UNO für den Sommer 1992 einberaumt wurde. Die besondere Bedeutung dieser Konferenz kommt auch in dem Vorschlag der UdSSR zum Ausdruck, die Konferenz auf höchster politischer Ebene durchzuführen.

Ein Ergebnis dieser Konferenz könnte die Annahme eines internationalen Kodexes der ökologischen Ethik, von Regeln für das zivilisierte Verhalten von Staaten, ihrer Rechte und Pflichten gegenüber der Natur sein. Möglich wäre auch die Annahme einer Konvention über die Wahrung der biologischen Vielfalt und die Verhinderung einer globalen Klimaänderung.

**Es müssen auch Maßnahmen erörtert werden, wie die ökologische Situation in jedem Staat ins Lot zu bringen ist.** Die globale Strategie für den Schutz der Natur setzt die Existenz nationaler Programme und Pläne der Staaten voraus und stützt sich auf diese. So gab es beispielsweise im USA-Kongreß Diskussionen über die Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Emission von Schadstoffen, über die Revision und Ergänzung der Gesetze über reine Luft, reines Wasser, den Schutz und die Regenerierung von Ressourcen, die Entsorgung von Giftstoffdeponien. Bis Mitte der 90er Jahre soll in den USA die Verwendung von toxischen Stoffen in der Produktion und im Haushalt um 75 – 90 % gesenkt werden. Das Niveau der schädlichen Autoabgase ist im Vergleich zu 1970 auf 4 % zu reduzieren.

Die Sowjetunion versucht gegenwärtig, Versäumtes aufzuholen. Im Herbst vorigen Jahres wurde erstmals ein Bericht über den „Zustand der natürlichen Umwelt in der UdSSR“ veröffentlicht. Der Oberste Sowjet der UdSSR nahm einen Beschluß „Über unverzügliche

Maßnahmen zur ökologischen Gesundung des Landes“ an. Bei der Verabschiedung eines Gesetzes über den Schutz der Natur und eines staatlichen Programms für Umweltschutz und rationelle Nutzung natürlicher Ressourcen gibt es jedoch Verzögerungen. Ohne diese Rechtsakte kann aber unser Umweltschutzmechanismus nicht richtig in Funktion treten.

**Die bereits existierenden Strukturen**



Zeichnung: Jewgeni Sintschinow

**der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes,** das mächtige Potential internationaler Organisationen, vor allem der UNO und ihres Umweltprogramms (UNEP), **müssen umfassend genutzt werden.** Ich bin davon überzeugt, daß sich in nächster Zeit schon einige Ideen, die weltweit Unterstützung finden, realisiert werden können. Nehmen wir den Vorschlag der UdSSR, ein Zentrum für dringliche ökologische Hilfe bei der UNO zu gründen. Dieses Konzept ließe sich jetzt schon verwirklichen, wenn die Staaten kompetente Spezialisten für eine internationale Brigade vom „Grünen Kreuz“ bereitstellen würden. In nächster Zeit wird dem UNO-Generalsekretär eine Liste mit Namen sowjetischer Wissenschaftler und Fachleute übergeben, die die Regierung auf eigene Kosten in ökologische Notstandsgebiete zu entsenden bereit ist, wo sie Aufgaben des Zentrums erfüllen können. Wenn andere Länder diesem Beispiel Folge leisten, würde das Zentrum bereits funktionieren.

Am 26. Januar wurde in Nairobi eine Vereinbarung zwischen der UdSSR und dem UNEP über Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Überwindung der ökologisch ungünstigen Situation in der Region des Aralsees unterzeichnet.

Viele Jahre lang wurden die Angaben über die tatsächliche Situation am Aralsee verschwiegen. Die ersatzlose Wasserentnahme zur Bewässerung von Baumwoll-

plantagen führte zu einer deutlichen Senkung der Abflußmenge von Amudarja und Syrdarja in den Aralsee, dessen Wasserspiegel um 12 Meter gesunken ist. Die Oberfläche des Sees verringerte sich im Vergleich zum Anfang der 60er Jahre um ein Drittel, sein Wasservorrat um 60 %. Das so entstandene Neuland ist zum Entstehungsherd von Staub- und Salzstürmen geworden. Jährlich werden 15 bis 75 Millionen Tonnen Staub in die Atmosphäre gewirbelt und in einem Umkreis von 200 Kilometern abgelagert. Die Aral-Region ist ein Notstandsgebiet geworden, für dessen Rettung internationale Hilfe erforderlich ist.

**Nicht minder wichtig ist die Einrichtung eines internationalen Systems zur Gewinnung objektiver Informationen über den Zustand der Umwelt.** Hier wären u. a. das Monitoring unter Verwendung von Weltraumtechnik, Maßnahmen des gegenseitigen ökologischen Vertrauens, die Erweiterung des Informationsaustausches und die Schaffung spezieller ökologischer Informationsnetze und Datenbanken zu nennen. Als Modell hierfür könnte die Global Resource Information Data Base (GRID) der UNEP dienen. Die Frage unseres Beitrags zu diesem Programm hätten wir schon längst und ohne Zögern lösen müssen. Was ökologische vertrauensbildende Maßnahmen betrifft, so können sie sich auf Methodiken, Prozeduren und Geräte stützen, die in analoger Weise bei der Abrüstungskontrolle verwendet werden, bis hin zu Inspektionen vor Ort. Dabei müßte man mit der Öffnung nationaler Naturschutzgebiete beginnen.

Das Moskauer Forum sprach sich für die Einberufung einer weltweiten Sonderkonferenz zu Fragen der Strategie des Überlebens auf der Erde aus. Ein hervorragender Gedanke! Es besteht die Möglichkeit, eine internationale Umweltakademie, nationale und internationale allgemeinbildende Kurse, ökologische Schulungs- und Umschulungszentren, u. a. für Mitarbeiter von Industriebetrieben, zu gründen.

Im Ergebnis dessen könnte man von einem neuen Wissensgebiet sprechen, einer Wissenschaft von der gesunden Natur, der ökologischen Hygiene des Planeten, die sich mit dem Einfluß verschiedener Faktoren auf den Zustand der Biosphäre beschäftigt.



# Die Gesichter des Führers

Leonid Ionin

**Stalin ist im März 1953 gestorben, aber auch fast ein halbes Jahrhundert danach müssen wir unsere Vergangenheit noch bewältigen**

**M**an hört manchmal: Genug über Stalin geschwätzt. Anstatt unser Nest zu beschmutzen, sollten wir lieber die Ärmel hochkrempeln und zu arbeiten anfangen. Ich glaube, daß man noch lange über Stalin reden wird. Besonders wichtig ist es gerade heute, in den Tagen und Jahren der Perestroika, über ihn zu reden und die volle Wahrheit zu sagen.

Die Wurzeln von Stalins Macht reichen nicht in die Tradition der russischen Selbstherrschaft und nicht in die politische Philosophie, die jene genährt hat, obwohl man den Einfluß der einen wie der anderen nicht leugnen darf. Sie reichen tiefer hinab in die Vorgeschichte der Menschheit, in ihre animalische Existenz, als Macht mit Gewalt und der Androhung von Tötung identisch war. Seitdem und mit zunehmendem menschlichem Selbstbewußtsein umgab die Macht sich mit Politik, Tausenden von Normen, Einschränkungen und Systemen, die den Menschen vor seinen eigenen machthaberischen Impulsen bewahren sollten. Sie brachen jedoch immer wieder durch und verkörperten sich in den unheilvollen Gestalten großer Tyrannen, Despoten und Führer.

Einer davon ist Stalin. Er gab der Macht ihren anfänglichen, vopolitischen Sinn zurück. Natürlich trugen dazu auch die Formulierungen von Engels bei, der im Staat ein Werkzeug der Unterdrückung und Gewalt sah. Während sich aber nach Engels in den organisierten Strukturen der Gewalt der Wille einer Klasse verkörpert, machte Stalin den Staat zu einem Werkzeug, mit dem er seinen eigenen Willen zur Macht verwirklichte.

Der Nobelpreisträger und Schriftsteller Elias Canetti wies in seiner berühmten Abhandlung

„Masse und Macht“ nach, daß es einem wirklichen Herrscher darauf ankommen muß, seine Rivalen im Kampf um die Macht zu beseitigen, sie also letztendlich zu überleben.

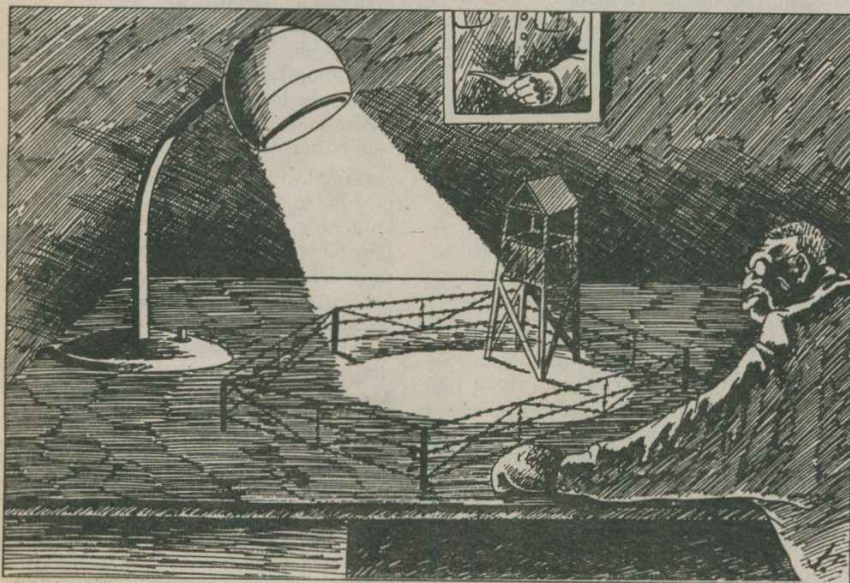
Dieser Gedanke leuchtet vielleicht nicht sofort ein, allerdings nur, wenn man vergißt, daß Tötung die logische Grenze für die Verwirklichung von Macht bedeutet. Die Beseitigung des Rivalen ist gleichbedeutend mit einer Vergrößerung der Macht. Diese elementare Gleichung ist in der Geschichte milliardenfach bewiesen worden. Je mehr Opfer, desto strahlender der Ruhm des Herrschers. Anfangs mag die Ermordung von Nebenhülern vom Herrscher noch durch rationale Erwägungen aufrichtig legitimiert werden, in dem Sinne, daß die Macht notwendig sei, um gewisse außerhalb ihrer selbst liegende Ziele zu verwirklichen, daß die Interessen der Seiten unvereinbar seien und die Situation eben eine solche Lösung erforderlich mache. Mit der Konsolidierung der Macht aber gelangt sie zu Selbstbewußtsein, und die Ziele des Herrschers, die ihr Eigenleben führen, werden ihm jetzt klar. Der Mord erweist sich als Selbstzweck. Er ist die angewandte Macht, ihre tägliche Nahrung und Mittel ihrer ständigen Selbstbehauptung. Die bewährten Argumente von früher bleiben, aber sie sind nur noch eine Tarnung der eigentlichen Ziele, Tarnanzug für den sich anpirschenden Jäger, der Schafpelz, unter dem sich der Wolf verbirgt.

Es gibt zwei wesentliche Positionen, in denen die absolute Macht wie die eines Stalin zum Ausdruck kommt: die Beobachtung aus sicherer Deckung, die Beschleichung des Opfers durch den Jäger und seine triumphale Erhöhung, wenn ihm, dem Mächtigen, der überwundene Feind zu Füßen liegt.

Die Vorstellung von sich selbst als von einem

Menschen, der alles weiß und überall ist, ohne selbst angreifbar zu sein, hat Stalin bewußt kultiviert. Dem Erwerb solchen Wissens widmete er große Aufmerksamkeit. Es war für ihn das eine Element der Jagd, das Aufspüren der Beute. In seinen Erinnerungen beschreibt Stalins ehemaliger Sekretär Bashanow die Szene, wie er Stalin in seinem Arbeitszimmer antrifft, dieser schweigend am Telefon sitzt und die Gespräche der höheren Parteifunktionäre abhört. Damit hat er für meine Begriffe die treffendste Beschreibung des Generalsekretärs geliefert.

Je mehr Aufmerksamkeit dem Nachspionieren, dem Aufspüren, der Tarnung und der Verstellung gewidmet wurde, desto effektvoller ließ sich der Auftritt Stalins in der Eigenschaft eines Herrschers, Führers oder Donnergottes inszenieren. Dafür wurden detaillierte Regieanweisungen entworfen. In seinen Memoiren beschreibt Alexander Awdejenko den Auftritt des Führers während einer ZK-Sitzung, bei der er, der junge Schriftstel-



Zeichnung: Arkadi Gurski



ler, einer ideologischen Kopfwäsche unterzogen wird. Nach einer langen, abgeschmackten und ungerechten Schmährede von Shdanow erkühnte der Schriftsteller sich, ihm etwas zu erwidern. Shdanow tat, als hätte er ihn überhört, und fuhr fort, sich angewidert darüber zu verbreiten, daß aus seinen Werken angeblich eine „Verbeugung vor dem Ausland“ herauszulesen sei.

„In diesem Moment“, berichtet Awdenko, „drang eine belegte, boshafte Stimme mit kaukasischem Akzent herüber: „Es zieht ihn wohl dahin, ins Ausland.“

Ich löste meinen Blick von Shdanow und sah hinter einem riesigen viereckigen Pfeiler Stalin an einem einzeln stehenden Tisch sitzen, wo er vor allen anderen verborgen seine Pfeife rauchte. Nur Shdanow, Malenkow, Andrejew und ich konnten ihn sehen, denn ich saß auf einem besonderen Sessel, dem Sessel von Lew Mechlis, damals Mitglied im Organisationsbüro des ZK.

Von diesem Augenblick an existierte für mich und alle übrigen nur noch Stalin.“

Stalin kam hinter seinem Pfeiler hervor und schritt im Saal auf und ab, ohne direkt eine Rede zu halten, sondern mehr, um laut nachzudenken. Jedes einzelne Wort, ob es neutral oder emotional gefärbt war, jede Anspielung und Parallele hatte eine unheilverkündende Bedeutung. Den anwesenden Schriftstellern und Filmregisseuren lief es heiß und kalt über den Rücken, und er, der diese Sitzung eigentlich verursacht hatte und rücklings zu Fall gebracht worden war, verabschiedete sich von Heim und Herd, von seiner Familie und vielleicht auch von seinem Leben.

Als Stalin fertig war, zog er sich hinter seinen Pfeiler zurück und setzte sich an den nur ihm allein vorbehaltenen Tisch. Der Autor mutmaßt, daß der Pfeiler nur aufgestellt worden war, um den hinter ihm Sitzenden bis zum richtigen Augenblick zu verbergen.

Andere Memoirenschreiber erinnern sich daran, daß Stalin immer nur in seinem Arbeitszimmer stehend oder auf- und abgehend Erörterungen anstellte, kritisierte, donnerte oder belehrte. Das war keine formale Tribüne, von der ein Politiker sich an die Menschenmenge richtet. Von der Tribüne ließ Stalin immer nur formale, also eigentlich getarnte Reden verlauten. Schritt er dagegen in seinem Arbeitszimmer und mit Vorliebe *hinter dem Rücken* von vor Angst Zitternden auf und ab, legte er manchmal nicht einmal besonderen Wert darauf, verständlich zu sein. Ihm reichte allein schon der Effekt, mit dem er sich in Szene setzte.

Das Aufspüren, das Auflauern, die Bedrohung, welche die zukünftige Beute spürt, ist ein selbständiger Prozeß, durch den Macht sich verwirklicht. Er ist jedoch nur der Auftakt zur Jagd. So wie das Raubtier seine Beute ergreift, in Stücke reißt und verschlingt, setzt der von einem absoluten Herrscher gelenkte Staat seine Organe ein, um seine Opfer zu ergreifen und zu verschlingen.

Hier zeigt die Macht sich ebenfalls ent-

blößt und ohne alle politischen Vermittlungsschritte. Das Ergreifen, schreibt Canetti, ist ein Symbol der Macht. Wer dasitzt und die Bedrohung hinter seinem Rücken mit seinem ganzen Wesen spürt, begreift, daß der Schlag nicht gleich hier, im Saal oder im Arbeitszimmer geführt werden wird. Er ahnt, und Alexander Awdenko hat dieser Ahnung mehrere einfühlsame Seiten gewidmet, daß er beim Verlassen des Saals oder später vor seinem Hauseingang, oder wenn er schon in seiner Wohnung steht, ergriffen werden wird. Das ist die Vorahnung des berühmten eisernen Zugriffs an der eigenen Schulter. Die Macht ist frei genug, den Menschen wo sie will zu ergreifen, und der Mensch ist ohnmächtig und kann dem nichts entgegensetzen. Alexander Solchenizyn hat der Ohnmacht im Augenblick der Verhaftung ganze Kapitel in seinem „Archipel GULAG“ gewidmet.

Dem steht als wesentlicher Charakterzug des Herrschers gegenüber, daß er für Hände, die sich nach ihm ausstrecken, unerreichbar ist. Der Herrscher schafft Distanz zwischen sich und anderen. Bei Lenin konnte man fast ungehindert in den Kreml gehen. Danach wurde er zu einer abgeriegelten Zone. Die Wohnungen wurden allmählich entfernt und infolgedessen auch die freien, unkontrollierten und für die Menschen gewohnten Lebensräume um den Kreml herum. Amtsstuben, in denen nur tagsüber Leben herrscht, verdrängten die Wohnungen. Nachts war um den Kreml herum alles öde und leer, und das erleichterte der Wache ihre Aufgabe, sich um die Unantastbarkeit des Herrschers zu sorgen.

Nachdem das Beutetier ergriffen, steht ihm das Verschlungenwerden bevor. Die viele Jahrzehnte währende Freßorgie war die reine Verkörperung der absoluten Macht. Die Macht lebte dadurch, daß sie diese schlimme Nahrung erhielt. Demselben Ziel dienten auch die zahlreichen und berühmten Gelage Stalins, die Chruschtschow in seinen Memoiren beschrieben und Fasil Iskander in „Sandro aus Tschege“ künstlerisch verarbeitet hat. Diese Gelage, von denen Leichengeruch herüberwehte, erinnern an versunkene Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte, an das große Fressen des Tiberius, des Domitian oder die Opritschnina-Gelage von Iwan dem Schrecklichen, die Eisenstein so genial inszeniert hat.

Der Tod lauerte überall: Stalin nahm keinen Wein und keine Nahrung zu sich, bis jemand von seinen Zechgenossen sie vorgeschenkt hatte. Er fürchtete, vergiftet zu werden. Die physische und moralische Atmosphäre bei Tisch war unwahrscheinlich schwer, beinahe unerträglich. Der Führer zwang seine Kampfgefährten, sich vollsaufen zu lassen, und das war für diese schon nicht mehr ganz jungen und schwer arbeitenden Menschen schlichtweg gefährlich. Ihm selbst hat es wahrscheinlich Spaß gemacht, sie in dumpf brütendes Vieh zu verwandeln. Ein bis zur Besinnungslosig-

keit Betrunkener ist eine schutzlose Beute, zum Geopfertwerden bereit. Daß er sie nicht umgebracht hat, heißt nur, daß es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erforderlich war.

Die Gelage bestanden nicht nur in Besäufnissen, sondern auch in ständigen Provokationen von seiten des Führers. Stalin testete seine Kampfgefährten auf ihre viehische Unterwürfigkeit, wenn er einen auf den anderen hetzte. Es gab wahrscheinlich keinen einzigen Menschen, der dem Führer nur irgendwie nahegestanden und sich in seiner Gegenwart leicht und ungezwungen verhalten hätte. Seine Stimmungen wechselten schnell. Dieser Stimmungswechsel und die Unberechenbarkeit seiner Reaktionen flößten den Anwesenden Unsicherheit und Angst ein.

Dennoch gierten die Juniorführer, auch wenn sie sich, wie Chruschtschow sagt, selbst als Opfer gefühlt haben, danach, an diesen Gelagen teilzunehmen. Nachdem Stalin in seinen letzten Lebensjahren zuerst Woroschilow, später Molotow und Mikojan aus dem engen Kreis seiner Vertrauten ausgeschlossen und aufgehört hatte, sie zu Sitzungen im Kreml und zu nächtlichen „Essen“ einzuladen, versuchten diese herauszufinden, wo Stalin sich aufhielt, und kamen selbst, ohne Einladung, „Sie wurden durchgelassen, sie kamen ins Zimmer, und wir verbrachten den Abend gemeinsam“, schreibt Chruschtschow. Danach „hatte Stalin offenbar befohlen, niemandem zu sagen, wann er in den Kreml fährt, und nicht zu sagen, wo er ist, wenn Mikojan oder Molotow anrufen und sich nach ihm erkundigen“. Die Brüskierten aber legten alles daran, mit ihrem Führer am selben Tisch zu sitzen. Chruschtschow erklärt das so: „Sie machten Stalin ausfindig, um damit sich selbst nicht nur als führende Funktionäre, sondern auch als Parteimitglieder zu erhalten und sich das Leben zu retten. Sie legten alles daran, daß Stalin ihnen wieder sein Vertrauen schenkte.“

Das stimmt, man muß nur berücksichtigen, daß die Ausgegrenzten nicht nur Opfer waren, sondern besser als irgend jemand sonst die Instinkte ihres Führers kannten oder witterten. Sie gewannen sein Vertrauen zurück und damit das Recht, wieder an seinen Gelagen teilzunehmen. Davon ausgeschlossen hätten sie nicht überleben können. Ihnen war daran gelegen, ungeachtet aller damit verbundenen Leiden und Erniedrigungen mit dem Führer am selben Tisch zu sitzen, weil sie nur, wenn sie mit ihm zusammen aßen, sicher sein konnten, daß sie nicht selbst gefressen wurden.

Mit den Worten des Admirals Issakow schreibt Konstantin Simonow folgendes über Stalin: „Es ist schwer zu sagen, ob er seine Emotionen zügeln konnte, wohl eher nicht. Diese Maske aber hatte er schon längst aufgesetzt, und sie war ihm so vertraut, daß sie zu seiner zweiten Natur wurde. Das war keine Zügelung mehr. Es war eine Manier, eine so sorgfältig einstudierte Angewohnheit, daß sie schon nicht mehr als Manier aufgefaßt wurde. Keine



überflüssige Geste, ein überflüssiges Wort. Die Manier war dermaßen ausgeprägt, daß sie schon als natürliches Verhalten aufgenommen wurde. In Wirklichkeit aber lag ihr die Absicht zugrunde, niemandem zu zeigen, was er dachte, niemandem seine Gedanken erraten zu lassen und niemandem zu ermöglichen, sich schon vorher eine Vorstellung darüber zu machen, was er sagen oder wie er sich verhalten könnte. Seine Mimik war außerordentlich arm, karg. Er setzte kein feines und durchdringendes Gesicht auf, aber sein Gesichtsausdruck war ruhig. Außerdem pflegte er so auf und ab zu gehen, daß die Anwesenden, sein Gesicht nicht sehen konnten und er selbst diese Augenblicke auswählen konnte, um auch so die Möglichkeit zu haben, seine Gefühle und Gedanken zu verbergen. Es war unmöglich, aber beinahe unmöglich, anhand seines Gesichtsausdrucks abzulesen, was er gerade dachte. Diese Absicht, wenn es gab viele, die es nicht wahrhaben wollten, errate.

Einmal, als er von Stalin, ein Bildnis des Führers, der mit hohem Kommando spielte und seine Gedanken und Gefühle geschickt verbergen konnte. Sie mit bestimmten Situationen vorstellten, beispielsweise Sitzungen, an denen viele Personen teilnahmen, bei denen wichtige Entscheidungen fielen.

Eben dadurch, daß diese Maske offen getragen wurde, sah ihre Wirkung. Sie diente dem Zweck, mit der Absicht, zwischen dem Führer und den Anwesenden eine Kluft zu schaffen. In der Tat stand diese Maske als eine unüberwindbare Barriere zwischen der Maske und dem Anwesenden und hielt die Anwesenden in einer schmerzhaften, unheimlichen, schmerzhaften Situation, was hinter ihr steckte. Der Augenblick, in dem die Maske abfallen lassen werden und hinter ihr etwas Schreckliches sich offenbaren. Indem Stalin in seiner Maske hinter den Anwesenden auf und ab ging oder ihnen direkt in die Augen sah, machte er sich zum absoluten Herrscher der Situation. Die Maske bezauberte und lähmte zugleich.

Damit schuf er das Gefühl, als hätte er noch ein Geheimnis in der Hinterhand. Die Maske war für alle, aber natürlich für ihren Träger, die Verschiedenen zwischen dem Bekannten und dem Unbekannten. Eine andere, eine, die sich nicht verbergen konnte, kam darüber zum Vorschein. Ihr Gesicht war bekannt, aber ihre Wirkungswiese war unbegreifbar. Es war dies die Wirklichkeit der Macht, eines absoluten durch die Maske eingeschränkten Vermögens.

Hinter der Maske und die Volksmassen hatte noch eine andere Maske, die in Porträts, auf Fotos und in Filmen unendlich übermalt wurde, nämlich das Bild überlegener Weisheit und majestätischer Güte. Die Ikonographie wurde durch Gedichte, Poesie, Romane und wissen-

schaftliche Arbeiten, die mit dem selben Bild operierten, vervollständigt. Infolgedessen sprach nicht das Porträt für sich selbst, sondern der Betrachter nahm die Abbildung auf, indem er alles das in sie hineinlegte, was sich in den Jahren und Jahrzehnten permanenter Bearbeitung in seinem Gehirn abgelagert hatte.

Die Wirkung dieser Masken war so stark, daß der unmittelbare Anblick von Stalin, sobald er sich nicht die Mühe machte, seine Gedanken und Stimmungen zu verbergen, wiederum als etwas Fremdes, als eine neue Maske aufgenommen wurde. Awdejenko



Zeichnung: Nikolai Kabaschew

war erschüttert, als er den Führer von nahem sah: Arroganz und Bosheit in der Stimme, ein grobes und von Pockennarben verunziertes Gesicht. Wo war der majestätische und liebgewonnene Anblick geblieben? Das war doch nur „ein Schauspieler, der sich als Führer zurechtgeschminkt hatte, ein Schauspieler, der die Rolle des großen Stalin ohne jedes Talent spielte, ein Schauspieler, der die Manieren Stalins unbeholfen karikierte“.

Es wäre jedoch naiv, in dieser Grobheit, Bosheit und Arroganz Stalins wirkliches Gesicht sehen zu wollen. Simonow, Chruschtschow und Awdejenko bemerkten übereinstimmend, wie schnell der Führer seine Stimmungen wechselte. Nicht einmal die Bosheit an sich, sondern die schnellen Übergänge von Wohlwollen und Zufriedenheit zu Argwohn und Bosheit und umgekehrt verschreckten die Anwesenden mehr als alles andere. Die Unvorhersehbarkeit der Reaktionen. Stalin konnte ohne jeden direkten Anlaß losschreien und aufstampfen und sich als Antwort auf ungebührlichste in seiner Gegenwart gefallene Worte mit einer ruhigen Reaktion bescheiden.

Eine bemerkenswerte Eigenschaft. Im normalen zwischenmenschlichen Verkehr sind Reaktionen und Stimmungswechsel immer **logisch** nachzuvollziehen. In diesen Situationen sprechen wir von einer natürlichen Reaktion. Außerdem tritt keine Reaktion und keine Stimmung sofort offen zutage. Sie kündigen sich an in der Mimik, in Gesten, in der Tonhöhe, im Satzbau und schließlich auch in der Gesichtsfarbe. Bei Stalin waren diese Übergänge und die innere Logik nicht vorhanden. Sein Gesichtsausdruck und sein Verhalten änderten sich augenblicklich und ganz. Und genauso, augenblicklich und ganz, wird eine Maske fallen gelassen. Unter ihr zeigt sich dann eine andere.

Das ständige Verbergen des eigenen Wesens veranlaßte Stalin dazu, auch an anderen keine normalen Gesichter, sondern Masken wahrzunehmen. Diese riß er herunter und entlarvte die feindlichen Fratzen dahinter. Ständig versuchte und provozierte er die, die ihn umgaben, als wollte er sie dazu bewegen, ihre Maske fallen zu lassen und ihr wirkliches Gesicht zu zeigen.

Von der Tribüne des ZK-Plenums, das direkt nach dem 19. Parteitag stattfand, erklärte Stalin, daß er alt und schwach sei und deshalb darum bitte, ihn von seiner Funktion des Generalsekretärs zu entbinden. Simonow erinnert sich, daß hinter Stalin die Mitglieder des Politbüros am Tisch saßen, und Malenkov, während Stalin sprach, stehend die Sitzung leitete. „Auf Malenkows Gesicht sah ich einen fürchterlichen Ausdruck, keinen Schrecken, sondern einen Gesichtsausdruck, wie ihn nur ein Mensch haben kann, der klarer als alle anderen oder zumindest klarer als die meisten anderen die tödliche Gefahr erkennt, die über allen Häuptern schwebt und von den anderen noch nicht wahrgenommen wird: Man durfte dieser Bitte des Genossen Stalin auf gar keinen Fall stattgeben.“

Der Grund des Schreckens ist klar: Wer immer der Bitte des Genossen Stalin entsprochen hätte, wäre damit als Feind des Genossen Stalin erkennbar geworden. Er hätte vergeblich versucht, sich darauf hinauszureden, daß er doch nur seiner eigenen Bitte nachgekommen wäre. Die Maske war heruntergerissen, der Feind hatte sich entblößt und mußte vernichtet werden. Dieses Spiel war für den Führer gar nicht zu verlieren.

Die Demaskierung war über Jahrzehnte Stalins wesentliche Beschäftigung. Für ihn gab es keine undurchdringlichen Masken. Er konnte als einziger durch die Menschen hindurchsehen. Deshalb war er der absolute Führer und Retter. Chruschtschow schreibt, daß er gerne wiederholte: „Blinde Kätzchen seid ihr. Ohne mich drehen die Imperialisten euch den Hals um.“

Die leidenschaftliche Entlarvung von Feinden und das Herunterreißen von Masken sind ein wichtiger paranoider Zug in



Stalins Charakter. Er ist auch in seinem politischen Charakter, wenn man sich so ausdrücken kann, der bestimmende Zug. Der ABC-Marxismus, mit dem er seine Politik begründete, entsprach seinem Verfolgungswahn so gut wie sonst nichts. Selbst Stalins zu trauriger Berühmtheit gelangte Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus folgte insgesamt logisch aus den wesentlichen marxistischen Leitsätzen. Wenn die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sich antagonistisch und unvereinbar gegenüberstehen und das Proletariat den entscheidenden Sieg erringt, ist doch klar, daß die Bourgeoisie erbittert und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen wird. Immerhin ging es ihr dabei um Leben und Tod, und er und das von ihm geführte Weltproletariat würden ihr und ihren Speichelleckern, den Trotzlisten, Schädlingen und Volksfeinden, den Todesstoß versetzen.

Man kann nicht sagen, daß er nicht an den Marxismus geglaubt und ihn nur als Werkzeug für seine eigenen Ziele mißbraucht hätte. Der Marxismus war wohl eher das einzige, woran er glaubte und womit er seine entleerte Seele aufrechterhielt. Er war das konzeptionelle Gerüst von Stalins Paranoia. Sein Argwohn brachte krankhaftes Mißtrauen hervor, ein Feind war schnell gefunden, und eine eilfertige Dialektik hatte auch gleich ein Motiv für Verrat zur Hand. „Entscheidend ist, daß sich in seinem Kopf schon dieses Mißtrauens festgesetzt hatte, und dafür suchte er eine Rechtfertigung, eine Bestätigung, um den anderen zu beweisen, daß sie blind sind und nichts sehen.“ (Chruschtschow).

Die Ermordung jedes neuen „Feindes“ festigte seine absolute Macht, bewies seine übermenschliche Fähigkeit, andere zu durchschauen, sowie die Überlegenheit der von ihm verkörperten Doktrin.

Wer oder was ist dann also noch Stalin? Wie sah es wirklich hinter den sich abwechselnden Masken aus?

Inzwischen kann man das Bild des Mannes mit dem schwierigen Charakter, der manchmal zwar überreizt und grob, ansonsten aber ein gerechter Chef war, wie W. Uspenski es in seinem Roman „Geheimrat des Führers“ zeichnet, wohl kaum noch ernst nehmen. Oder die rührenden Bildchen, die Stalins ehemaliger Leibwächter Alexej Rybin in seinen Erinnerungen malt: Zu seiner Datscha in Kunzewo unterwegs läßt Stalin seine Limousine anhalten, um ein am Straßenrand frierendes Mütterchen mitzunehmen. Das hat es wahrscheinlich sogar gegeben, das läßt sich schwer bestreiten. Doch es sind nicht alle und auch nicht die repräsentativsten Tatsachen seines Lebens. Die Biographie des Führers sieht vom Standpunkt des Geheimrats oder des Leibwächters zumindest einseitig aus.

Die Bücher der Historiker Roy Medwedjew, Dmitri Wolkogonow oder Anton Nowojew-Owsejko ergeben ein völlig anderes Bild. Doch auch sie, die die sich auftürmenden Schrecken der Stalinherrschaft objektiv festhalten, bieten keinen Zugang zu der Mechanik im Bewußtsein des Führers, die in der Mechanik seiner Macht deutlich zum Ausdruck kommt. Um sie zu begreifen, braucht man ganz andere Forschungsmethoden, wie sie unsere Wissenschaft wohl noch nicht entwickelt hat.

Für den Historiker besteht die Biographie seines Helden aus Handlungen, die in seinem objektiven Tätigkeitsfeld angeordnet sind. Oder aus Entscheidungen und Überlegungen, die diesen Handlungen vorausgehen. Was soll der Historiker aber anfangen, wenn sein Held untätig ist und die „Objekte“ ihn nicht interessieren? Was nämlich in den in letzter Zeit veröffentlichten Memoiren ins Auge fällt, ist Stalins Gleichgültigkeit gegenüber den Angelegenheiten des Landes. Boris Bashanow berichtet, wie er in den ersten Tagen seiner Arbeit etliche Male mit Papieren, die er für das Politbüro erhalten hatte, zu Stalin kommt und immer wieder feststellen muß, daß sowohl der Inhalt als auch die wei-

**Die Maske war eine  
unüberwindliche Barriere  
zwischen ihm und den  
übrigen... Der Eindruck  
entsteht, als gäbe es hinter den  
diversen Masken kein Gesicht**

tere Bestimmung dieser Papiere Stalin völlig egal sind. In Stalins Sekretariat wird ihm erklärt, daß der Generalsekretär keinerlei Papiere liest und sich keiner Angelegenheit annimmt.

Chruschtschows Memoiren beziehen sich auf eine ganz andere Zeit, aber auch hier findet sich derselbe Aberwitz, der jede historische Vorstellung zum Platzen bringt: Der große Führer weiß nicht, wie er seine Zeit ausfüllen soll. „Wir sind sehr oft zu Stalin gefahren“, schreibt Chruschtschow, „fast jeden Abend. Nur wenn Stalin sich nicht wohl fühlte, gab es Unterbrechungen. Andere Gründe gab es nicht, denn Stalin wußte nicht, was er mit sich anfangen sollte.“ Der Autor vergleicht Stalin mit dem Kaufmann aus Ostrowskis „Unter Dieben und Räubern“, der sich einen Vertrauten anschafft, damit der sich einfallen läßt, wie sein Herr die Zeit verbringen konnte. „So wie dieser Kaufmann sagte Stalin: ‚Was wollen wir denn heute mal machen?‘ Er hatte nichts zu tun.“

Ein unwahrscheinlicher Glücksfall! Diese Beobachtung hat bisher kaum jemand gemacht. Normalerweise wurden die Leute, die sich an Stalin erinnern, von ihm in offiziellen Angelegenheiten eingeladen. Diese Angelegenheiten und die vom Führer getragenen Masken brachten den Eindruck hervor, als sei er ewig konzentriert, beschäftigt, und als seien Stalins Gedanken immerzu in Bewegung. Er schlief nicht, er dachte nach. Die Lampe in seinem Arbeitszimmer im Kreml brannte bis in den frühen Morgen.

Diese Tage und die tatenlos verbrachten Tage aber werfen selbst auf seine Beschäftigung ein neues Licht. Viele von diesen Tagen waren sinnentleert. Fünfeinhalb Stunden schleppten sich die Ermittlungen zu einem Film hin, zu dem Awdejko das Drehbuch geschrieben und der Führer nicht gefallen hatte. Die Ermittlung brachte inhaltlich nichts, war aber bei all ihrer Leere so fürchterlich, bedrückend und bedrohlich wie Stalins Gastmähler.

Die Erörterung von Büchern, die für den Stalin-Preis vorgeschlagen werden sollten, zogen sich über Tage hin, und obwohl Simonow, der bei diesen Diskussionen keine unbedeutende Rolle gespielt hat, darin einen staatlichen Sinn und in den Aussprüchen und Schiedssprüchen von Stalin staatsmännische Weisheit finden wollte, konnte man ihm nur schwer zustimmen. Das waren alles künstliche Beschäftigungen, die über die innere Leere des Führers hinwegtäuschen sollten. Ihn schien nichts ernsthaft interessiert oder gepackt zu haben.

In ihm lebten nur zwei Gefühle: Argwohn und Angst. Er machte nicht nur anderen angst, er hatte auch selbst Angst. Wenn er an den regungslosen Wachposten in den Kreml-Fluren vorbeiging, stellte er sich vor, wie sie ihm ins Gesicht oder in den Rücken schießen würden. Die Angst begleitete ihn immer. Vielleicht läßt sich seine Unfähigkeit, nachts einzuschlafen, so erklären. Angst vor der Nacht, die die Lebensweise eines ganzen Landes umkremelte.

Argwohn und Angst sind negative Emotionen, so wie Haß und Bosheit. Sie erfüllen das Leben eines Menschen nicht, sie verwüsten es eher. Ein positives Interesse oder positive Ideen aber waren nicht da. Er reiste nicht durchs Land, war nicht im Ausland, und die Stunden im Vorführraum dürften ihn seelisch auch nicht gerade bereichert haben, denn die Filme waren entsprechend ausgesucht. Er traf nicht mit einfachen Menschen zusammen, sondern nur mit ausgesuchten Bestarbeitern in den Präsidien von Parteitagungen oder Konferenzen. Seinen Angehörigen brachte er Unglück und zog sie gewissermaßen mit sich in seine unheilvolle Leere hinein.

Man hat den Eindruck, als habe es hinter all den Masken kein Gesicht gegeben.

Es wird immer noch behauptet, daß Stalin ein großer Mann war. Worin bestand aber seine Größe? Er hätte es nicht zu einem großen Erfinder, Dichter, Künstler oder Wissenschaftler bringen können. Nero hielt sich für einen großen Schauspieler. Stalin war das nicht. Er konnte sich verstellen, aber er konnte nichts verkörpern. Es war ihm nicht gegeben, das volle Leben eines anderen Menschen nachzufühlen. Er war auch kein genialer Psychologe. Seine Vorstellungen über den Sinn, die Ziele und die Motive menschlichen Lebens waren eng und einseitig. Als Politiker taugte er nichts. Er verkrachte sich mit der ganzen Welt und riß sein Land in eine nicht enden wollende Kette von Krisen und Katastrophen hinein.

Eins muß man Stalin lassen: Er war ein großer Diktator. In ihm kam ein großartiges Talent, seinesgleichen zu erniedrigen und zu vernichten, zum Ausdruck.

In der Geschichte kann man solche Menschen an zehn Fingern abzählen. Er ist ein dunkler Schatten, der sich aus dem Abgrund der Vorgeschichte erhebt und droht, alles ins Verderben zu reißen, was die Menschheit auf ihrem langen und schweren Weg erreicht hat.



Präsentiert von  
Dr. jur. habil.

**Valeri SORJIN**

**C**harles Wright Mills wird zur linksradikalen Richtung der amerikanischen Soziologie gerechnet. Ihre Vertreter, die die Traditionen der „Schmutzabräumer“ und der fortschrittlichen Historiker zu Beginn des Jahrhunderts fortführten, befaßten sich mit der kritischen Untersuchung der amerikanischen Wirklichkeit: Die linksradikalen Soziologen sahen ihre Aufgabe nicht einfach in einem „fotografischen Abbild“ der Gesellschaft, sondern in deren Veränderung. Das ergab sich aus ihrem Verständnis der Rolle der Intelligenz, deren Funktion sie vor allem in Gesellschaftskritik sahen.

Der Name von Mills dürfte vielen unserer Leser nicht unbekannt sein. Eine seiner Arbeiten – „Herrschende Elite“ – wurde ins Russische übersetzt und erschien während des Chruschtschowschen Tauwetters in der UdSSR. Und obwohl damals bei uns auf der Soziologie noch Etikett einer

„bürgerlichen Pseudowissenschaft“ klebte, tat das Buch das seine, indem es zu einem wachsenden Interesse an dieser Disziplin in unserem Land beitrug. Unterdes ließen sich unsere „ideologischen Kommandeure“, die die Entscheidung, das Buch zu veröffentlichen, faßten, offenbar von anderen Erwägungen leiten. Ihnen hatte wohl die kritische Analyse der Strukturen der Macht in den USA, Tendenzen zu deren Konzentration und Zentralisierung angetan – vor allem das fast anklagende Pathos des Buches. In der Situation des noch nicht beendeten kalten Krieges, als, wie es Mills selbst sagte, „diejenigen, die die Meinung der einander feindselig gegenüberstehenden Eliten beider Länder zum Ausdruck brachten, diverse Anschuldigungen austauschten“, versuchte man das Buch ganz offensichtlich gerade zu diesem Zweck zu nutzen. Deshalb auch verzieh man Mills seine leicht kritischen Angriffe auf den Marxismus, obwohl man im begleitenden Vorwort nicht zu erwähnen vergaß, daß Mills, wie es hieß, nicht über den Rahmen der

bürgerlichen Weltanschauung hinausgehe und die allmächtige Lehre vom Klassenkampf nicht akzeptiere.

Mills' nächstes Buch, „Die Ursachen des dritten Weltkrieges“ (1958), aus dem wir heute Auszüge veröffentlichen, erreichte den sowjetischen Leser nicht, obwohl es offensichtlich zur Veröffentlichung vorbereitet wurde. Das antimilitaristische Pathos des Buches hätte es im Grunde für eine Veröffentlichung durchaus geeignet gemacht. Doch die Gegenüberstellung der Denkweise und der Struktur der herrschenden Eliten beider Länder, von Eliten, die sich als fast identisch erwiesen, schien für eine Veröffentlichung ungeeignet. Das, was sich in den USA als Tendenz herauskristallisierte, war am entgegengesetzten Pol bereits vollendete Tatsache. Und die von Mills in der „Herrschenden Elite“ vorgenommene Analyse hätte viele Zeitgenossen unserer 60er Jahre zu dem Schluß geführt, daß ein derartiges Herangehen auch für die Untersuchung der Machtstrukturen in der sowjetischen Gesellschaft geeignet sei...

Politische  
Gedanken

des **20.**  
Jahrhunderts

Das soziologische Planspiel, eine von Mills erarbeitete Methode, erlaubt es, im Mills'schen Begriff des dritten Weltkrieges eine Metapher zu sehen, die überhaupt für jede Bedrohung einer würdigen Existenz des Menschen steht. Einer ihrer Aspekte besteht in der Verstärkung der Macht der Eliten oder darin, daß in der Umgebung der in ihren Diensten stehenden Intelligenz „gedankenlose Realisten“ und „fröhliche Macher“ auftauchen. Eben diese Aussicht kann die Menschheit, die nach den Worten des emigrierten russischen Philosophen Alexander Sinowjew, dem dritten Weltkrieg entgangen zu sein schien, in die tödliche Umarmung eines vierten Weltkrieges führen.

# Die Ursachen des dritten Weltkrieges

Charles Wright Mills (1916–1962)

**K**ann man sagen, daß Menschen die Geschichte machen und daß solche historischen Erscheinungen wie Kriege unvermeidlich sind? Die einen meinen, daß die Menschen in der Wirklichkeit befangen sind, selbst wenn diese Wirklichkeit Folge gemeinsamer Handlungen von Menschen ist. Andere im Gegenteil sehen die Ursachen für die Entwicklung der Geschichte in konkreten Entscheidungen, die vom menschlichen Willen abhängen. Ihrer Meinung nach werden nicht die Menschen von den Ereignissen gelenkt, sondern im Gegenteil, die Ereignisse können die eine oder andere Wende unter dem Einfluß der bewußten Entscheidungen konkreter Gruppen von Menschen annehmen – und nehmen sie nicht selten an.

Ich aber meine, daß man, was das Schicksalhafte oder bewußte Entscheidungen angeht, keine Antwort geben kann, die für den gesamten historischen Prozeß gleich ausfallen würde. Über die historische Entwicklung im allgemeinen zu urteilen, bedeutet, auf die Möglichkeit zu verzichten, zu verstehen, wie Geschichte in einer bestimmten Epoche gemacht wird. Viel wichtiger ist es, den Versuch zu unternehmen, zu klären, was gerade heute zu einem dritten Weltkrieg führen kann, als sich z. B. über die Ursachen von Kriegen im allgemeinen oder von irgendeinem der vergangenen Kriege im besonderen auszulassen. Denn wenn die Ursachen des

ersten oder des zweiten Weltkrieges bekannt sind, bedeutet dies noch nicht, daß die gleichen Ursachen auch den dritten Weltkrieg auslösen werden. Hauptvoraussetzung jeder sozialen und politischen Analyse ist besonders heutzutage: Wir dürfen nicht einfach davon ausgehen, daß unabhängig vom Charakter und den Bedingungen einer konkreten Epoche Kräfte bestehen, die die Entwicklung der Geschichte beeinflussen können, oder daß, wenn solche Kräfte bestehen, wir sie uns unterordnen könnten. Wir werden die Ursachen, die zu einem dritten Weltkrieg führen können, am besten verstehen, wenn wir die Geschichte nicht als Chronik der Vergangenheit betrachten, sondern wie Paul Sweezy sagte, die „Gegenwart als Geschichte“. (Paul Sweezy – amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler linksradikaler Orientierung – **die Red.**) Für jede Epoche sind ihre eigenen Methoden, Geschichte zu machen, charakteristisch, ihre besonderen Lebensformen in Krieg und Frieden sowie ihre spezifischen Bedingungen des Übergangs vom Krieg zum Frieden und umgekehrt.

So müssen wir die Frage folgendermaßen stellen: Ist ein Krieg heutzutage Ergebnis eines blinden Zufalls, unüberwindbarer Umstände, des Laufes der Geschehnisse oder ist er vielleicht Ergebnis des bewußten Handelns von Menschen, die bestimmte Entscheidungen fassen, und wenn dem so ist –, dann welcher Menschen?

Macht liegt allen Entscheidungen zugrunde, die von Men-



schen zu der Ordnung und zu den Verhältnissen, die in ihrem Land bestehen, getroffen werden, sowie den Entscheidungen, die bestimmte Handlungen und Veränderungen, welche in ihrer Gesamtheit die moderne Geschichte bilden, nach sich ziehen. Ereignisse und Erscheinungen, die nicht vom Willen und den Entscheidungen von Menschen abhängen, gibt es natürlich; die gesellschaftliche Ordnung und die Verhältnisse ändern sich ja ohne daß dazu ein konkreter Beschluß gefaßt wird. Doch da solche Entscheidungen nun einmal gefaßt werden oder gefaßt werden könnten, verweist die Antwort auf die Frage, von wem es gerade abhängt, ob Entscheidungen getroffen werden oder nicht, auf das Wesen des Problems der Macht, indem es hilft, zugleich das Problem der Schöpfer der Geschichte zu lösen und damit auch die Ursachen des Krieges zu verstehen.

Die entsprechenden Mittel zur Machtausübung umfassen Mittel der industriellen Produktion und die militärische Stärke, Methoden des politischen Administrierens sowie der Manipulation der öffentlichen Meinung. Gerade die Effektivität und die Spannbreite, die Zentralisierung und das Vorhandensein solcher Mittel zur Machtausübung berücksichtigend, müssen wir die Rolle bestimmen, die konkrete Entscheidungen und das Schicksal in der Geschichte spielen.

In den Ländern, in denen die Mittel der Machtausübung nicht ausreichend entwickelt und nicht zentralisiert sind, hängt der Geschichtsprozeß tatsächlich vom Schicksal ab. Die unzähligen Handlungen einer großen Vielzahl von Menschen verändern allmählich auch die gesamte Gesellschaftsstruktur insgesamt, obwohl im allgemeinen „Menschen die Geschichte machen“.

Doch in Ländern, wo die Mittel der Machtausübung stark entwickelt und zentralisiert sind, kann eine geringe Zahl von Menschen durch ihre Struktur selbst in eine Lage versetzt werden, daß sie durch ihre Entscheidungen, die mit dem Einsatz dieser Machtmittel verbunden sind, jene gesellschaftlichen und historischen Bedingungen ändern, in denen die meisten Menschen leben. Heutzutage machen solche, mit Macht ausgestattete Eliten Geschichte „unter Umständen, die sie nicht selbst gewählt haben“, doch im Vergleich mit den Umständen, in denen andere Menschen in anderen Zeiten der Menschheitsgeschichte handelten, scheinen die jetzigen Umstände zweifellos bereits nicht so weit Selbstzweck und so unüberwindbar zu sein.

Ich behaupte, daß „Menschen Geschichte machen können“ und daß einige von ihnen gegenwärtig viel mehr Möglichkeiten in dieser Hinsicht haben als andere, verlangt ja eine solche Möglichkeit Zugang zu den Mitteln der Machtausübung und der Beschlußfassung, die es jetzt erlauben, Geschichte zu machen. Anzunehmen, die Menschen besäßen die gleichen Möglichkeiten, Geschichte zu machen, bedeutet zu behaupten, sie alle besäßen gleich viel Macht. Doch Macht bedeutet Hierarchie. Die Struktur dieser Hierarchie selbst ist historischen Veränderungen unterworfen. Und in einem beliebigen historischen Augenblick eröffnet sie den verschiedenen Menschen unterschiedliche Möglichkeiten, um ihren Willen im Prozeß der Schaffung der Geschichte zu realisieren. Das, was für Menschen, die nicht über die Macht verfügen, ein Ereignis ist, das nicht von ihnen abhängt und das sie beherrscht, stellt sich denjenigen, die an der Macht stehen, als Notwendigkeit dar, einen Beschluß zu fassen oder ihr Mandat niederzulegen. Heutzutage werden die Menschen, wenn sie nicht Geschichte machen, immer mehr zu einem Instrument in den Händen der Schöpfer der Geschichte und nur zu einem Objekt des historischen Prozesses.

Die Geschichte der modernen Gesellschaft kann man am besten verstehen, wenn man sie als Prozeß der Ausweitung und der Zentralisierung der Mittel zur Machtausübung betrachtet. All diese drei Prozesse (im Bereich der Wirtschaft, der Politik und der militärischen Stärke) haben in den USA und in der UdSSR ihren dramatischen Höchstpunkt erreicht.

Vor dem zweiten Weltkrieg wurde die Entwicklung der Weltge-

schichte von einigen Staaten bestimmt, und damals konnte man den Ursprung der Kriege leichter als Ergebnis des schicksalhaften Zusammenwirkens und der Konfrontation dieser Staaten erklären.

In beiden Supermächten sind die Mittel zur Machtausübung, die der Entwicklung der Geschichte zugrunde liegen, gegenwärtig sehr effektiv organisiert. Das militärische Potential dieser Staaten besitzt absolute Möglichkeiten, ihre Wirtschaftssysteme werden autarkischer, in politischer Hinsicht wird jeder von ihnen immer mehr zu einer in sich geschlossenen Welt, und ihr bürokratischer Apparat übt in all diesen Bereichen Einfluß auf alle übrigen Länder der Erde aus. Diese beiden Giganten unserer Epoche haben sich „über den Nationalismus“ erhoben, indem sie zu Zentren von Blöcken früher souveräner Staaten wurden. Die Expansion Amerikas, das einst aus einigen Kolonien längs der Atlantik-Küste bestand und jetzt zu einem Staat geworden ist, der militärische Vorposten in der Hälfte der Länder des Erdballs besitzt, stellt einen ebenso unabdingbaren Teil der heutigen internationalen Wirklichkeit dar wie die Expansion der Sowjetunion.

Für die beiden Supermächte stellt sich der Krieg als Mittel der Politik, außer der Politik der gegenseitigen Vernichtung, als überholt dar, doch nichtsdestoweniger ist ihre gesamte Tätigkeit auf die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gerichtet. In beiden Supermächten werden das Streben,

die von ihnen genutzten Mittel als „unseren Zielen“ entsprechend zu rechtfertigen, und die Anerkennung der Notwendigkeit, „Gewalt anzuwenden“ als Mittel für die Erreichung der eigenen Ziele, zur offiziellen Doktrin – und nicht nur zur Doktrin, sondern auch zur offiziellen Praxis im Alltag des Staates.

In beiden Staaten ist die Tendenz zu beobachten, die politische Auseinandersetzung durch Administrieren zu ersetzen. Je mehr das Lebensniveau jedes entwickelten Staates steigt, desto stärker führen Gleichgültigkeit oder Angst – je nach den Umständen – dazu, daß die „Regierung im Einvernehmen mit den Regierten“ und die Lösung der politischen Probleme zu administrativer Routine werden. In diesen beiden Ländern sind die meisten Menschen jetzt nur passive Objekte der Geschichte. In beiden Ländern hängt die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich von denjenigen ab, die Zugang zu den Mitteln haben, mit deren Hilfe jetzt Geschichte gemacht wird.

Hierbei ist folgendes ein überaus wichtiger Umstand: Die engen herrschenden Kreise in beiden Supermächten betrachten militärische Stärke und alle Züge, die einem entwickelten Staat eigen sind, der sich auf den Krieg vorbereitet, als realistische, praktische und unvermeidliche Grundlage ihrer Politik.

**H**eute ist die Möglichkeit der vorsätzlichen Entfesselung eines Krieges wohl nicht so groß wie die Gefahr seiner „zufälligen“ Entstehung. Doch die Voraussetzungen, die die Möglichkeit eines solchen „Zufalls“ bedingen, sind keineswegs zufällig, sie ist planmäßiger, bewußt durchdachter Art. Der Mechanismus der USA-Kriegsmaschinerie, darunter die sie bedienenden Menschen, ist ja ganz darauf vorbereitet und in Gefechtsbereitschaft versetzt. Ihr aber steht ein ähnlicher militärischer Mechanismus gegenüber, der ebenfalls in voller Gefechtsbereitschaft ist – in der Sowjetunion. Und die mögliche Hauptursache eines dritten Weltkrieges ist ganz offensichtlich das Bestehen dieser ihrer Natur nach bürokratischen und ihren Folgen nach tödlichen Kriegsmaschinerien. Ohne sie bräuchte es auch keinen Krieg zu geben.

Doch wer hat diese Kriegsmaschinerien geschaffen und in Gefechtsbereitschaft versetzt? Natürlich nicht das „russische Volk“ und nicht das „amerikanische Volk“. Es waren nicht die Völker, die beschlossen, diese Mechanismen des Wettrüstens zu schaffen und in Bereitschaft zu halten. Dazu wurden die meisten Menschen nicht um ihre Meinung gebeten.

Auf der obersten Stufe der militärischen Hierarchie, von der die Dispatcher der Radar-Anlagen ihre Befehle erhalten, stehen einige hundert Vertreter der Militärschicht.



All das wird nichtsdestoweniger „im Namen des ganzen Volkes“ zelebriert. Doch was bedeutet das? Diese Formel ist vielleicht nur wenig mehr als eine wohlklingende Phrase. Wir dürfen nie vergessen, daß kein Staat, keine Nation ein homogenes Ganzes ist, daß kein Staat allein Geschichte macht. Er besitzt weder die Entschlossenheit noch den Willen, weder die Interessen noch die Gefühle, die Ehre oder die Angst. Die Begriffe des Staates und der Nation können meiner Meinung nach vor allem in bezug auf Staatsmänner und Politiker, auf die herrschenden Eliten angewandt werden. Diejenigen, die nicht in diese Kategorien gehören, bilden die breiten Massen, die am historischen Prozeß teilnehmen, doch die selber die Geschichte heute nicht machen.

Die Ursachen eines künftigen Krieges verbergen sich nicht in den wirren Tendenzen des historischen Abgleitens in den Krieg und des Manövrierens, was für gewöhnlich als „internationale Beziehungen“ bezeichnet wird, sondern vor allem in der Politik der USA und der UdSSR. Direkte Ursache des dritten Weltkrieges kann selbst die Vorbereitung auf ihn werden. Die Ereignisse, die sich auf der internationalen Bühne vollziehen, werden immer mehr zum Ergebnis von Entscheidungen (oder zum Ergebnis der Nichtannahme der notwendigen Entscheidungen), die von Menschen abhängen, die im Namen dieser Staaten handeln und die Mittel nutzen, die ihnen von den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Instituten des Staates gegeben werden. Folglich sind die Ansichten, die die Eliten vertreten, die Einschätzung der tatsächlichen Lage durch sie, eine Einschätzung, von der sie sich in ihrem Handeln leiten lassen, und die Politik, die sie verwirklichen wollen, Faktoren, die sehr dazu beitragen, daß ein dritter Weltkrieg wahrscheinlicher wird.

Hier ist anzumerken, daß die herrschenden Kreise sowohl Rußlands als auch Amerika in metaphysischen militärischen Vorstellungen befangen sind.

Unter den Bedingungen der die ganze Welt immer stärker erfassenden Ungewißheit und der Verwirrung greifen die führenden Staatsmänner systematisch zur Androhung von Gewalt, die sie als „realen Faktor“ ansehen. Als entscheidendes Moment im Konflikt zwischen dem Sowjetkommunismus und dem amerikanischen Kapitalismus betrachten sie die gegenseitige Angst und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung (wie jetzt deutlich wurde, ist besonders die herrschende Elite der USA dieser Meinung). Die grundsätzliche Entscheidung der herrschenden Elite entspricht voll und ganz diesem metaphysischen militärischen Herangehen.

Im Banne dieser metaphysischen Sicht der Gewalt tauschen diejenigen, die die Meinung der einander feindselig gegenüberstehenden Eliten zum Ausdruck bringen, jetzt systematisch diverse Anschuldigungen aus, und die Politiker schmieden Pläne für eine gegenseitige Vernichtung. Sie geben eine offizielle Einschätzung der Lage in der Welt, sie bestimmen die Richtung bei der Erörterung der für die Gesellschaft wichtigsten Fragen und sie führen auch den Propagandakrieg. Jede der herrschenden Eliten charakterisiert die Lage in ihrem eigenen Land, getragen von den für sie günstigsten Vorstellungen, und ist bemüht, die Stellung der gegnerischen Seite im Lichte von deren abstoßendsten Entscheidungen und Handlungen zu charakterisieren.

Das Wettrüsten ist die Haupttrichtung, in der die herrschenden Eliten der Supermächte wirken. Es ist keinerlei wirtschaftlichen oder politischen Zielen unterworfen und wird nicht als Instrument, um diese Ziele zu verwirklichen, genutzt, da die Aufstockung militärischer Macht allein schon zum dominierenden Ziel wurde. Ökonomische und politische Schritte – von imperialistischer Politik irgendwo in Wüstenregionen bis hin, falls erforderlich, Zurückhaltung auf diplomatischem Parkett – all das soll die militärische Macht stärken und wird eben unter diesem Gesichtspunkt bewertet. Wie die Ideologen beider Seiten behaupten, wissen sie, daß der Krieg als Mittel der Politik überholt ist, doch nichtsdestoweniger suchen sie nach Wegen, um mit militärischen Mitteln Frieden zu erreichen. Die eine oder andere Veränderung im Wettrüsten kann

nicht zu einer entscheidenden und erst recht nicht zu endgültigen Veränderung des strategischen Herangehens führen. Eine solche Möglichkeit gibt es nicht mehr.

Doch strategisches Herangehen ist etwas für Idioten. Wichtig ist allein die Tatsache, daß es diesen unsinnigen Rüstungswettlauf gibt, nicht aber, zu wessen Gunsten er sich entwickelt – und wichtig ist nicht das hysterische Geschrei von Leuten, die nicht laut genug vor Gefahren warnen können, die die Menschen nur einschüchtern und sie so daran hindern, sich Gedanken über die verhängnisvollen Folgen des Wettrüstens zu machen. Die russische wie die amerikanische herrschende Elite führt ebenso wie die Intelligenz beider Länder um des Friedens willen einen kalten Krieg, doch die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, und ihr Wirken auf beiden Seiten lassen die Entstehung eines Krieges nur noch wahrscheinlicher werden.

Der Militarismus wird als Dominanz der Mittel gegenüber dem Zweck bestimmt, eingesetzt, um das Ansehen des Militärklüngels

zu heben und seine Macht zu verstärken. Das ist natürlich eine Konzeption von Zivilisten, die die militärische Organisation ausschließlich als Mittel, um zivile politische Ziele durchzusetzen, betrachtet. Sie widerspiegelt eine Tendenz, bei der die militärische Organisation aufhört, nur Mittel

## Die Intelligenz ist das organisierte Gedächtnis und Gewissen der Gesellschaft

zu sein, und ihre eigenen Ziele zu verfolgen beginnt, wobei andere staatliche Institute als Mittel dienen. Das Streben der Militärs, sich eine selbständige Stellung in der Gesellschaft zu erringen, birgt noch nicht die Gefahr der Errichtung der Herrschaft des Militärklüngels in sich. Die besondere gesellschaftliche Stellung der Militärs, deren Funktionen auf ein stehendes Heer beschränkt sind, ist ja eine Art Entschädigung der Armee dafür, daß sie auf politische Machtansprüche verzichtet. Solange ein solches Streben nach Selbständigkeit nicht über den Rahmen der Militärhierarchy hinausgeht, ist es ein wichtiger Faktor, um für Disziplin zu sorgen und bereitet zweifellos den Militärs selbst große berufliche Genugung. Doch dieses Streben wird gefährlich, wenn Versuche, eine solche Stellung zu erringen, über den militärischen Bereich hinausgehen und sich dahinter die Tendenz, die Politik des Staates den Militärs unterzuordnen, verbirgt.

Überall kann man jetzt Militärs begegnen, die allein durch ihre Gegenwart eine Atmosphäre des Militarismus schaffen und aufrechterhalten.

Daß die Militaristen neue Kommandopositionen, eine unabhängige und höhere Stellung in der Gesellschaft erringen, verdeutlicht nur den Umstand, daß die wichtigsten Entscheidungen des Staates weitgehend internationale Bedeutung erlangt haben und daß den ökonomischen und politischen Schritten, die in den internationalen Beziehungen getan werden, unausweichlich ein metaphysisches militärisches Herangehen zugrunde liegt. Für die Berufsmilitärs ist die Innenpolitik vor allem als Instrument, um das gesamte System der militärischen Einrichtungen des Staates zu bewahren und auszubauen, wichtig. Das ist die berufliche Aufgabe der Militärs, eben darauf werden sie vorbereitet. Ihre Karriere und ihre Ehre, wie sie diese verstehen, sind untrennbar mit der Kriegsmaschinerie verbunden. Solange sie Berufsmilitärs bleiben, machen ihre Ausbildung und ihre Lebensweise sie unfähig, über eine rein militärische Philosophie hinauszugehen.

Der zunehmende Einfluß der Militärs auf das Leben des Staates erklärt sich weniger durch ihr Machtstreben als durch die Unfähigkeit ziviler Politiker, ihre Pflichten zu erfüllen. Politiker, die sich gern hinter der kompetenten Meinung und den sachkundigen Ratschlägen der Militärs verstecken, haben auf eine selbständige Bröterung und auf die Annahme politischer Entscheidungen verzichtet. Die Politbürokraten vernachlässigen ihre direkten Pflichten zur Organisation und Sicherstellung der störungsfreien Arbeit der obersten zivilen staatlichen Verwaltung. Gerade unter den Bedingungen dieses Vakuums, das sich im Ergebnis eines solchen Selbstrückzugs und der Unentschlossenheit der Politiker bildet, vollzog sich der Aufstieg der Militärclique. Gerade durch die Entste-



hung eines solchen politischen Vakuums wurden die Militaristen – nicht selten entgegen ihrem eigenen Willen – zur Lösung politischer Fragen von vorrangiger Bedeutung herangezogen.

Den offiziellen Vertretern ist dabei schon alles gleichgültig, die einfachen Sterblichen aber hören auf, sich Gedanken über die moralische Seite der Angelegenheit zu machen. Unter den Bedingungen der Herrschaft der unpersönlichen, seelenlosen Technik verspüren die Menschen nicht das Bedürfnis, dieser moralisch verhängnisvollen Erscheinung entschieden entgegenzutreten. Dieses Fehlen einer wie auch immer gearteten moralischen Reaktion bezeichne ich als „moralische Dickfelligkeit“. Die Brutalitäten der Gegenwart werden so verübt, als sei das eben eine „Funktion“ der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung. Diese Akte sind unmenschlich, da sie unpersönlich sind. Das ist nicht Sadismus, sondern nur eine übliche sachbezogene Funktion; und die Handlungen nehmen sich nicht aggressiv aus, sondern nur effektiv.

Wir müssen, wie ich meine, davon ausgehen, daß, sollte ein dritter Weltkrieg tatsächlich entfesselt werden, die Staatsmänner den Befehl erteilen, alle Waffenarten, die für die „Vernichtung des Gegners“ geeignet sind, einzusetzen, und daß dem die Menschen in ihrer großen Mehrheit zustimmen werden. Denn wenn Menschen heute im Namen „ihres Staates“ handeln, kennen sie keine moralischen Beschränkungen und lassen sich nur von praktischen Überlegungen leiten. Macht nicht das die Barbarei unserer Epoche aus, bestimmt nicht das den Sinn des Wertes der Werte, der für absolut und von Gott gegeben erklärt wurde – seiner Majestät, des Staates?

Die Intelligenz lebt heute in einer Welt, die dem dritten Weltkrieg entgegengeht und die in diesen Krieg getrieben wird. Die Intelligenz hat es mit Ideen zu tun: mit Erinnerungen an die Vergangenheit, mit Urteilen über die Gegenwart, mit Visionen von der Zukunft. Mit der Intelligenz meine ich Wissenschaftler und Kunstschaffende, Kultusdiener und Persönlichkeiten im Bereich der Bildung, diejenigen, die den menschlichen Intellekt vertreten, die das große Reich des Verstandes und der Wißbegier, der Vernunft und der Phantasie verkörpern. Die Intelligenz ist das organisierte Gedächtnis der Menschheit, sie hat die Kultur in all ihrer Vielfalt geschaffen, bewahrt sie und entwickelt sie weiter.

Andere Leute könnten da mit gewissem Recht sagen, sie wüßten nicht, wo die Grenze zu ziehen, wann ein kategorisches Nein zu sagen ist. Doch die politische und intellektuelle Aufgabe der Intelligenz besteht gerade darin, aufzuzeigen, wo man einzuhalten hat.

Welcher Wissenschaftler kann sich Erbe der Wissenschaft nennen und zugleich bezahlter Kuli der Militärclique bleiben? Doch viele Wissenschaftler, Geistliche und Intellektuelle kommen ihrer Pflicht nicht nach.

Die Wissenschaftler wurden zu Schraubchen in den wissenschaftlichen Apparaten der Groß- und Supermächte; diese Apparate wurden zu wesentlichen Teilen der Kriegsmaschinerien, diese Maschinerien aber sind jetzt zur Hauptursache des Krieges geworden. Ohne Wissenschaftler können sich die Kriegsmaschinerien weder entwickeln noch können sie bedient werden. So wurden die Wissenschaftler zu nützlichen und unverzichtbaren technischen Kulis für die Kriegsvorbereitung.

Doch nicht alle Kulturschaffenden sind den Weg der offiziellen Orthodoxie und der intellektuellen Untätigkeit gegangen. Jetzt beginnen viele von ihnen im Grunde von der rein militärischen Einschätzung der Bedeutung ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Arbeit abzugehen, beginnen jene nationalistischen Grenzen zu überwinden, die heute dem Verstand gezogen werden.

Wenn die Intellektuellen sprechen können, sie aber trotz allem schweigen, schließen sie sich den Kräften an, die den Menschen die Fähigkeit nehmen wollen, zu denken und in die Zukunft zu blicken,

die Dinge von moralischen und politisch richtigen Positionen aus zu sehen. Wenn sie nicht verlangen, die Geheimniskrämerei zu beenden, die es der Elite erlaubt, endgültige, unabänderliche Entscheidungen zu treffen, werden sie ebenfalls nolens volens zu Teilnehmern des Komplotts gegen die Kontrolle durch die Gesellschaft. Wenn sie sich aber nicht zu Wort melden, wenn sie keine Forderungen erheben, wenn sie nicht denken, nicht fühlen und nicht handeln, wie das wahre Intellektuelle und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens tun müssen, tragen sie ebenfalls zur moralischen Lähmung und zur intellektuellen Verknöchertheit bei, von der sowohl die Führer als auch die Geführten in der ganzen Welt befangen sind.

Um das politische Monopol der Kräfte, die sich auf einen dritten Weltkrieg vorbereiten, zu brechen, muß ihr Ideenmonopol gebrochen werden. Wenn wir nicht einmal wirklich unabhängige Ideen formulieren, wenn wir keine Alternativen anbieten, bedeutet dies, daß wir die Orientierung in den Problemen, mit denen uns die da

oben umgeben haben, verloren haben. Sie wollen nicht, daß wir der Meinung sind, ihre Schwierigkeiten seien nur ihre Schwierigkeiten; sie wollen, daß wir ihre Schwierigkeiten als die Schwierigkeiten eines jeden von uns ansehen. Das bezeichnen sie als „konstruktives Denken bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme“.

Was sie wollen, bezeichnen sie als „konstruktiv“, doch aus ihrem Bankrott gibt es keinen konstruktiven Ausweg. Konstruktiv in ihrem Sinne zu sein, bedeutet, unsere Köpfe nur noch tiefer in ihren Sack zu stecken. Unter uns sind so viele, die da ihren Kopf schon hineingesteckt haben, daß es unsere vorrangige Aufgabe ist, unseren Kopf wieder herauszuziehen, um uns umzuschauen und einen sinnvollen Ausweg zu suchen.

Die Wissenschaftler müssen eigene Foren für die Diskussion entwickeln und Mittel finden, um sich öffentlich zu artikulieren. Schon seit langem sind enge Beziehungen zwischen den Wissenschaftlern und den Kulturschaffenden, zwischen den Wissenschaftlern und einer breiten Öffentlichkeit herzustellen. Die Wissenschaftler müssen sich ihren Verhaltenskodex formulieren. Ähnlich wie die Juristen und die Ärzte, die sich ihrer wichtigen Rolle in der Gesellschaft bewußt geworden sind und einen Kodex ihres Berufsstandes erarbeitet haben, müssen die Wissenschaftler jetzt das gleiche tun.

Die Wissenschaftler müssen verlangen, daß alle durch Sicherheitserwägungen bedingten Einschränkungen für die Forschung beseitigt werden, daß man damit aufhört, Loyalitätsüberprüfungen vorzunehmen, müssen verlangen, daß namhafte Wissenschaftler aller Länder zur Zusammenarbeit eingeladen werden.

Heute ist der Begriff der Verantwortung im Westen wie im Osten in einem erbärmlichen Zustand – entweder sucht man sie in liberaler Rhetorik zu ertränken oder sie führt zu blutigen Säuberungen. Doch wir müssen uns zu dieser Idee bekennen. Wir müssen begreifen, daß ihre Verwirklichung Wissen, ständiges Nachdenken und Phantasie verlangt.

Diejenigen, die Entscheidungen treffen, müssen die Verantwortung vor jenen tragen, die von diesen Entscheidungen oder deren Ausbleiben ernstlich betroffen werden. Doch wer soll sie zur Rechenschaft ziehen? Das ist eine Frage der politischen Macht. Im Osten wie im Westen müssen die Wissenschaftler und die Kulturschaffenden von den Herrschenden Rechenschaft verlangen. Wer, wenn nicht sie, kann konkrete historische Entscheidungen in ihrer ganzen Tragweite beurteilen?

Wir müssen endlich begreifen, daß man mit dem Schicksal nichts mehr rechtfertigen kann, daß man nicht mehr auf das Schicksal bauen darf, daß weder unsere Hoffnungen noch unsere Befürchtungen etwas Schicksalhaftes in sich tragen, daß alles in unserer Hand liegt. Diesen neuen und überaus wichtigen Umstand in der menschlichen Geschichte anzuerkennen wäre für den Wissenschaftler und den Kulturschaffenden ein Ausdruck elementarer Ehrlichkeit.

## **Man darf die Geschichte nicht als Chronik der Vergangenheit wahrnehmen, sondern muß die Gegenwart als Geschichte wahrnehmen**





Der 55jährige **Rudolf Slansky** ist wieder in Moskau. Präsident Havel berief Slansky zum neuen Botschafter der CSSR. Seine Eltern brachten ihn in die Sowjetunion, als er vier Jahre alt war. 1945 konnten die Slanskys wieder in die befreite Tschechoslowakei zurückkehren. Rudolf Slansky senior wurde Generalsekretär des ZK der KPdSU. Aber schon wenige Jahre später begann einer von jenen politischen Prozessen, die von Mitarbeitern aus dem Apparat Berijas in den sozialistischen Ländern inszeniert wurden. Slansky sen. wurde verhaftet und zusammen mit einer Gruppe hoher Parteifunktionäre, alles ehemalige Widerstandskämpfer, hingerichtet. Vorgeworfen wurde ihnen das Übliche: Spionage. Die jüdische Herkunft Slanskys und seiner Leidensgefährten mußte für die Anklage wegen Zionismus und für eine antisemitische Kampagne im Land herhalten (Artur London hat die Geschichte dieses Prozesses in seinem Buch beschrieben).

Nach der Hinrichtung seines Vaters arbeitete Rudolf Slansky junior als Stänzer und Fräser. Später absolvierte er ein Fernstudium. 1965 wurde er Mitglied der kommunistischen Partei, jedoch nach der Niederschlagung des Prager Frühlings schloß man ihn wieder aus.

In welcher Stimmung kommt der neue Botschafter nach Moskau? Hat sich

das tragische Schicksal seines Vaters auf seine Haltung zur UdSSR ausgewirkt? „Die politischen Prozesse der 50er Jahre gehören nicht zu dem Problembereich, den ich in der Sowjetunion zu bearbeiten habe. Ich bin den Sowjetbürgern gegenüber nicht voreingenommen. Im Gegenteil, denn die Tatsache, daß ich hier meine Kindheit verbracht habe, ist von positiver Bedeutung. Die Aufrechterhaltung bestmöglicher Beziehungen zur UdSSR ist mein wichtigstes Anliegen. Die Tschechoslowakei liegt zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Keiner kann diese simple Tatsa-

che aus der Welt schaffen...“

„Typisch, immer müssen die Frauen die Drecksarbeit machen“, ruft auf einer Karikatur im britischen „Guardian“ eine von zwei Britinnen aus, die sich über die Berufung der 33jährigen **Nina Temple** zur Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Großbritanniens unterhalten. Erstmals bekleidet eine Frau diesen Posten.

Nina Temple wurde 1974 KP-Mitglied. Gesellschaftlich aktiv wurde sie bereits während der Protestaktionen gegen die



US-Aggression in Vietnam. Sie ist Mutter von zwei Kindern. Weder gesellschaftliche noch familiäre Verpflichtungen konnten sie daran hindern, das Imperial College in London zu absolvieren.

Bei ihrer ersten Rede im

neuen Amt erklärte Nina Temple ihre Absicht, mit den verkrusteten breshnewischen Strukturen in der KP Großbritanniens aufzuräumen, sie zu einer politischen Kraft zu machen und sie unter das Banner des Kampfes für eine saubere Umwelt und einen demokratischen Sozialismus zu stellen. Die Partei hatte nicht ihre Hand am Puls der Arbeiterklasse, meint die frischgebackene Generalsekretärin. „Sie ist zu einer unbedeutenden Kraft in der britischen Gesellschaft geworden.“ Nina meint, das sei deshalb so gekommen, weil man die KP Großbritanniens mit äußerst undemokratischen und monströsen Doktrinen gleichgesetzt hat. Nina Temple ist davon überzeugt, daß es ihr gelingen wird, diese langjährige Einstellung zu ihrer Partei zu verändern. „Meine unmittelbaren Pläne bestehen darin, die Partei aus dem Kokon einschränkender Strukturen und von der Last Osteuropas zu befreien.“

## Unter den ersten Zehn

**Alexander Tichomirow** gehört zu den zehn beliebtesten Kommentatoren des sowjetischen Zentralfernsehens.

Seine Kindheit verbrachte Alexander im Kinderheim von Nishni Tagil. Später brachte ihm ein Essay über einen Erzieher dieses Heim, das er als Korrespondent der Gebietszeitung von Swerdlowsk verfaßt hatte, den ersten Preis bei einem Wettbewerb des Journalistenverbandes der UdSSR ein. Damit öffneten sich für Tichomirow die Tore zu den zentralen Medien: „Ogonjok“, „Komsomolskaja Prawda“ und Zentralfernsehen.

Sein Erfolg ist durch die prinzipielle, rigorose und geistreiche Position bedingt. Alexander bezeichnet das als journalistisches Ringen. War es das, was ihn in jüngster Zeit immer häufiger auf dem Bildschirm neben hochrangigen Persönlichkeiten erscheinen läßt?

„Das Wichtigste, was ich bei meinen Reisen mit Regierungsdelegationen gespürt habe“, sagte der Kommentator, „ist die veränderte Einstellung zur Presse. Vertreter unserer Branche betrachtet man nicht mehr als Leute, die mit einem gefrorenen Lächeln sagen: ‚Immer zu Diensten‘. Ob nun in China, wo ich während des Besuchs von Michail Gorbatschow zu den akkreditierten Journalisten gehörte, oder in Armenien, wohin ich Nikolai Ryshkow begleitete. Gerade dort, im Chaos, inmitten leidgeprüfter Menschen, konnte ich die Selbstbeherrschung und Fassung unseres Vorsitzenden des Ministerrates bewundern.“

Für Alexander Tichomirow sind jetzt nicht gerade die besten Zeiten angebrochen. Seine Vorgesetzten sind der Ansicht, daß er in seinen jüngsten Beiträgen die „Grenze des Erlaubten“ überschritten habe. Einige Beiträge wurden nicht zur Sendung freigegeben.

Bei Begegnungen mit Wählern, die der Journalist, der sich um ein Mandat als Volksdeputierter der RSFSR im Kolomenski-Wahlkreis bewirbt, hatte, fragte man ihn, warum er unter diesen Bedingungen nicht aus der KPdSU austritt. Er entgegnete: „Mit reinem Gewissen lege ich für jeden Tag meiner Mitgliedschaft in der Partei Rechenschaft ab. Sollen doch jene, die stehlen und dem Ruf der Kommunisten schaden, austreten. In den 20er Jahren erfolgte die Aufnahme von Parteimitgliedern bei Vollversammlungen der Arbeitskollektive unter Beteiligung von Parteilosen. Heute wäre es nötig, solche Versammlungen für den Ausschluß aus der KPdSU durchzuführen.“ – „Sind Sie selbst dazu bereit?“ fragte man ihn. „Wenn es sein muß, sofort“, antwortete Alexander.



**A. Tschebotarjow**



Anfang der 80er Jahre veröffentlichte der bekannte Kriminologe Dr. jur. habil. **Gennadi Chochrjakow** ein Buch über das Leben von Strafgefangenen in Gefängnissen und Lagern. Das Buch wurde bald aus allen Bibliotheken entfernt und als Häresie verbrannt. Darin hatte der Autor geschlußfolgert, daß das Leben unter einem totalitä-



ren Regime in vielen den Zuständen im Strafvollzug gleicht. Kürzlich kehrte das Buch zu den Lesern zurück, und der Autor untersucht jetzt das organisierte Verbrechen sowie die Möglichkeiten der Justiz bei seiner Bekämpfung.

Gennadi Chochrjakow gehört zu den Autoren eines Projektes zur Reform der Strafjustiz, die teilweise schon durch Beschlüsse des Obersten Sowjets realisiert worden ist. Er ist allerdings davon überzeugt, daß man mit Halbheiten die Justiz nicht zu einer selbständigen und unabhängigen Macht machen kann.

„Die Beschuldigungen, die gegen Gdijan und Iwanow erhoben werden, sollten eher an das ganze System der Strafjustiz gerichtet werden“, sagt Gennadi. „Die Umstände haben sie zu bedeutenden politischen Figuren werden lassen. Wenn wir aber die ganze Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Untersuchungsführer konzentrieren, vergessen wir dabei das Problem der Justiz selbst, die in ihrem gesamten Aufbau nicht vor einer Rückkehr zur Vergangenheit geschützt ist.“

Gennadi Chochrjakow will nicht nur in wissenschaftlichen Disputen für den Rechtsstaat streiten. Er wurde als Kandidat für den Obersten Sowjet der RSFSR nominiert. Sein Programm zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens stützt sich auf rechtliche und ökonomische Maßnahmen. Kürzlich ist sein Artikel „Der russische Aufruhr“ erschienen, in dem erstmals die Rolle des Massenbewußtseins in Zeiten des Umsturzes analysiert wird.

Im Zuge

des Erneuerungs des sowjetischen Konsulardienstes und seiner Befreiung von Deformationen des Stalinismus wurde auch die traditionelle Institution des Ehrenkonsuls wiederbelebt. Das teilte uns der 1.



Stellvertreter des Chefs der Konsularverwaltung des Außenministeriums der UdSSR Igor Chalewinski mit. Im Dezember 1989 fand die offizielle Eröffnung des ersten sowjetischen Ehrenkonsulats in Santa Cruz (Bolivien) statt. Ehrenkonsul der UdSSR

wurde der über die Grenzen seines Landes hinaus bekannte Künstler **Lorgio Vaca Duran**.

Der Maler wurde am 24. September 1930 in Santa Cruz geboren. 1950-1952 studierte er an der Jurafakultät der Universität San Andres in La Paz. Seit 1953 ist er freischaffender Künstler, schuf verschiedene Bilder (Öl, Aquarell), Wandmalereien und Skulpturen. Er beteiligte sich an vielen Ausstellungen, hielt Vorträge über die Kunst in Peru, Brasilien, Venezuela, Chile, Argentinien, Mexiko und Kuba sowie in den USA, der BRD, Italien und Berlin (West). Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Politisch gesehen ist er

ein Unabhängiger, der keiner Partei angehört. In der Öffentlichkeit, unter Politikern und Geschäftsleuten genießt er Ansehen und verfügt über Einfluß. Er hegt Sympathien für den Kurs der Perestroika in der UdSSR und das neue politische Denken. Gemäß seinem Status als Ehrenkonsul übt er unentgeltlich konsularische Funktionen aus.

Die Bolivianische Führung und die Öffentlichkeit werteten die Ernennung des sowjetischen Ehrenkonsuls als Ausdruck der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und der Humanisierung unseres Konsulardienstes.



Der ehemalige Diplomat, nun Schriftsteller und Journalist, dessen Artikel u. a. in der NZ zu lesen waren, will den Beruf wechseln. Jedenfalls hat der 47jährige **Andrej Kotschetow** vor, seinem Leben eine neue Richtung zu geben. Aus diesem Grund erklärte er sich bereit, im 278. Wahlkreis des Oktjabrski-Stadtbezirks für den Moskauer Sowjet zu kandidieren. Im Falle seiner Wahl will er, seinen eigenen Worten zufolge, ein Politiker von hauptstädtischem Format werden.

„Da müssen Sie wohl Ihre schriftstellerische und journalistische Arbeit an den Nagel hängen?“

„Ganz im Gegenteil! Ich hoffe, daß meine beim Schreiben gewonnenen Erfahrungen, multipliziert mit dem jahrelangen diplomatischen Dienst, helfen werden, objektiv, taktvoll und gerecht die Interessen der Moskauer zu vertreten. Das administrative Kommandosystem läßt sich nun einmal nicht mit einem Bulldozer ausrotten. Zu fest ist es im Organismus der Gesellschaft verwurzelt, um es mit einem Ruck zu beseitigen. Hier, denke ich, werden sich meine Fähigkeiten in der Federführung noch bezahlt machen!“

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß Andrej Kotschetow gegenwärtig als stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Slowo“ arbeitet.

## Der Herausgeber des neuen „Referendums“

Die früher im Selbstverlag erscheinende Zeitschrift „Referendum“ bekommt ein neues Dasein: Die erste industriell gefertigte Ausgabe wird gegenwärtig zum Druck vorbereitet. Ihr Herausgeber und Redakteur ist der Publizist **Lew Timofejew**. In der neuen Zeitschrift werden Publizisten, Wirtschaftsfachleute und Kulturologen mitarbeiten, die meinen, daß ihnen die Mitarbeit bei einem unabhängigen Blatt zusätzliche Möglichkeiten bietet.

Die erste Ausgabe des alten „Referendums“ wurde im Dezember 1987 veröffentlicht, zehn Monate nach der Freilassung von Lew Timofejew aus dem Gefängnis, wo er zwei von elf Jahren abgesessen hat, zu denen er gemäß Paragraph 70 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ verurteilt worden war.

Timofejew wurde 1936 in Leningrad geboren. Er absolvierte die Moskauer Hochschule für Außenhandel und war wissenschaftlicher Konsulent der Zeitschrift „Molodoj Kommunist“. Er schrieb das Buch „Technologie des Schwarzmarktes oder Bäuerliche Kunst des Hungerns“, das 1980 veröffentlicht wurde, allerdings im Westen und nicht bei uns. Danach folgte „Die letzte Überlebenshoffnung“, ein Essay über die Lage in der Sowjetunion, eine Analyse der kommunistischen Staatsidee und ihrer Realisierung in der UdSSR. Kurz vor seiner Verhaftung vollendete er sein Theaterstück „Moskau. Das Gebet vom Becher“. Für diese Werke, die in verschiedenen westlichen Zeitschriften veröffentlicht wurden, hat man ihn strafrechtlich verfolgt.

Dabei war Lew Timofejew niemals ein Dissident und hatte auch keine Freunde unter den Rechtsschützern.

Nach seiner Haftentlassung gab Timofejew eine Zeitlang die Zeitschrift „Glasnost“ heraus. Später wurde er Herausgeber von „Referendum“ und organisierte den Presseklub „Glasnost“, die Keimzelle der Moskauer Helsinki-Gruppe. Lew Timofejew und seine Gefährten im Kampf für die Bürgerrechte legten im Sommer 1989 einen Gesetzentwurf vor, in dem die Einführung des Ausnahmezustandes reglementiert wird. Damals brachten dem nicht nur offizielle Persönlichkeiten kein Verständnis entgegen, sondern auch viele Bürgerrechtsskämpfer. Dann jedoch kam es zu den Ereignissen in Aserbaidschan und Tadschikistan, und allen wurde klar, daß man ohne ein solches Gesetz nicht auskommt.

Inzwischen hat die Zeitschrift „Junost“ die Veröffentlichung des Theaterstückes „Das Gebet vom Becher“ von Lew Timofejew, Lagereindrücke und Materialien aus seiner Strafsache, angekündigt. Das Buch ist bereits in Frankreich beim Verlag „La presse libre“ erschienen. Lew Timofejew erhielt dafür den Wladimir-Dal-Preis.





# Die letzte Chance?

## Meinung eines Sowjetologen: Das Geheimnis einer erfolgreichen Wirtschaft liegt in der freien Arbeit unternehmungslustiger Menschen

In Moskau war der amerikanische Fachmann für sowjetische Ökonomie **Igor BIRMAN** zu Gast. Er hielt Vorlesungen in Wirtschaftsinstituten und Hochschulen. Unter seinen Hörern waren auch ehemalige Kollegen, denn Igor Birman untersuchte dieses Thema auch vor seiner Emigration 1974 aus der UdSSR.

### Wer beschäftigt sich in den USA mit der sowjetischen Wirtschaft? Und vor allem warum?

Im Westen hat sich ein kleiner Teil von Wirtschaftswissenschaftlern auf die Untersuchung der sowjetischen Wirtschaft spezialisiert. Das sind hauptsächlich Leute, die für die CIA arbeiten. Sie verfolgen, wie sich das Land entwickelt, das in einem möglichen Krieg ein Gegner sein könnte. Mit der sowjetischen Wirtschaft beschäftigen sich auch einige Regierungsbehörden. So gibt es z. B. im Landwirtschaftsministerium eine kleine Abteilung, deren Mitarbeiter Informationen darüber sammeln, was in der sowjetischen Landwirtschaft vor sich geht. Das brauchen die amerikanischen Farmer im Zusammenhang mit dem Getreideexport. Es handelt sich also um gewöhnliche kommerzielle Informationen. In einigen Dutzend Universitäten gibt es Kurse zur sowjetischen Wirtschaft.

### Und die Regierungsbehörden?

Der Apparat des Weißen Hauses und des State Departments brauchen natürlich Informationen über die Wirtschaftslage der UdSSR. Sie benötigen jedoch, auch wenn das unverständlich scheint, keine allzu tiefgründigen Untersuchungen. Ein bekannter Sowjetologe bekam im State Department zu hören: „Was können sie denn Besonderes über die UdSSR berichten? Wir wissen, daß ihre Wirtschaft recht erfolglos ist. Sie entwickelt sich mit einer jährlichen Zuwachsrate von 2 – 2,5 %. Das ändert nicht viel am strategischen Weltbild und an den globalen Kategorien, mit denen wir operieren.“

Vielleicht übertreibe ich etwas, aber viele Sowjetologen sind deswegen beleidigt, daß man ihnen in den oberen Etagen der amerikanischen Administration nicht immer Gehör schenkt. Reagan hat allerdings mehrmals Sowjetologen zu sich ein-

geladen, um sie anzuhören. Er interessierte sich allerdings mehr für die neuesten sowjetischen Witze. Die Gedanken zur sowjetischen Wirtschaft, die den Spezialisten außerordentlich wichtig erschienen, ließ er unbeachtet.

**Um zu analysieren, was in der sowjetischen Wirtschaft passiert, braucht man Zahlen, Fakten und Informationen. Welche Quellen nutzen Sie hierzu?**

Dieselben wie die sowjetischen Wirtschaftsfachleute. Ich habe keinen Zugang zu geheimen Daten, obwohl es in den USA einen speziellen Geheimdienst gibt, der in globalem Maßstab abhört und spioniert.

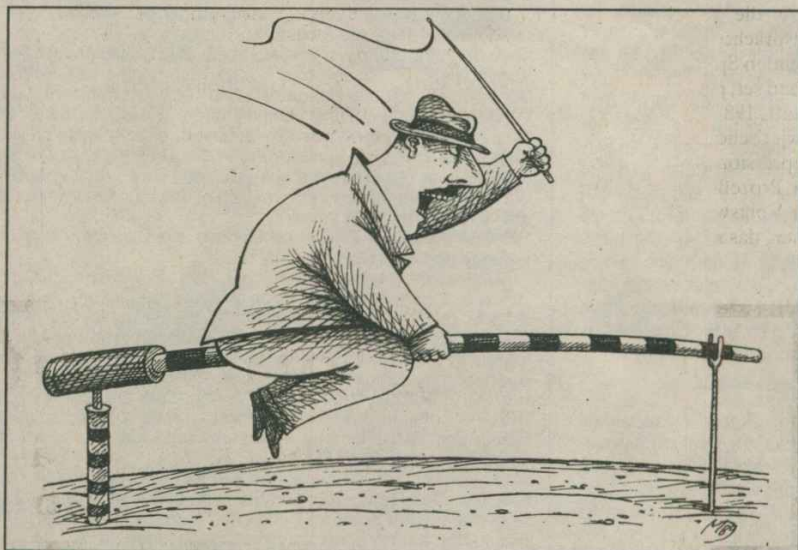
**Wie kann man aber sowjetische Quellen nutzen, wo sie doch bis vor kurzem nur sehr wenig wahrheitsgetreue Wirtschaftsinformationen enthielten? Wir verfügen immer noch nicht über eine ausreichende Statistik. Deshalb operieren unsere Wirtschaftswissenschaftler häufig mit Angaben und Zahlen aus westlichen Quellen.**

Das Schlimmste, was uns Sowjetologen passieren könnte, wäre die Veröffentlichung sämtlicher Daten. Dann würde es auch für mich problematisch werden, meine Brötchen zu verdienen. Die Hälfte

unserer Arbeit besteht ja gerade darin, die Informationsfetzen, die in der Presse auftauchen und in statistischen Angaben versteckt sind, zu analysieren. Das Nachschlagewerk „Volkswirtschaft der UdSSR“ bietet viele Informationen, wenn man es aufmerksam liest und die Daten miteinander vergleicht. Auf dieser Grundlage versuchen wir wie Paläontologen, die anhand eines Knochens das Skelett eines vorzeitlichen Tieres rekonstruieren, uns ein umfassendes und wahrheitsgetreues Bild von ihrer Wirtschaft zu verschaffen. Ich muß sagen, daß das eine recht interessante Beschäftigung ist. Ihre Beamten sind derart um die Geheimhaltung bemüht, daß sie nicht einmal ahnen, daß sich wirklich alles herauslesen läßt.

### Wie schätzen Sie die sowjetische Wirtschaft der 70er und 80er Jahre ein?

Ich glaube nicht, daß sich meine Ansichten von den Meinungen sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler, die gegenwärtig geäußert werden, deutlich unterscheiden. Was die Schlußfolgerungen betrifft, bin ich im Gegensatz zu den meisten Sowjetologen anderer Meinung. 1974, als ich die UdSSR verließ, hatte ich begriffen, daß das Land auf eine schwere Wirtschaftskrise zusteuert. Als ich mich dann mit der Analyse amerikanischer Sowjetologen vertraut machte, stieß ich völlig unerwartet auf eine optimistische Bewertung der Perspektiven der sowjeti-



Zeichnung: Milen Radew (Bulgarien)



schen Volkswirtschaft. Ich schwankte und dachte, mir würden irgendwelche Kenntnisse fehlen. 1978 veröffentlichte ein führender westlicher Sowjetologe einen Artikel unter dem Titel „Die sowjetische Wirtschaft wird erwachsen“. Darin erklärte er, früher sei die Wirtschaft der Sowjets jung gewesen und habe an Kinderkrankheiten gelitten. Nun sei sie erwachsen geworden und könne mit jeder anderen normalen Wirtschaft konkurrieren. Natürlich hat sie gewisse Mängel, aber auch bei uns in den USA sieht die Lage nicht immer rosig aus.

#### **Wodurch ist das zu erklären? Durch Unkenntnis oder Unverständnis?**

Hierfür gibt es viele Gründe. 1978 habe ich einen Artikel unter dem Titel „Finanzkrise in der UdSSR“ geschrieben. Darin stand all das, was jetzt auch bei ihnen über den Staatshaushalt, die Inflation und die riesige Geldemission bekannt ist. Überall wurde mein Beitrag, in dem „Krise“ mit „Sowjetwirtschaft“ in Zusammenhang gebracht wurde, verrissen. Die Sowjetologen hatten einen unumstößlichen Mythos von einer progressierenden sowjetischen Wirtschaft geschaffen. Ich habe überhaupt den Verdacht, daß die Arbeit der amerikanischen Aufklärung hinsichtlich der UdSSR sehr schlecht organisiert ist. Vielleicht irre ich mich, weil ich vieles nicht weiß. Ich weiß nur, daß der analytische Teil der CIA und der Sowjetologie furchtbar miserabel arbeitet. Diese Tatsache hat mich seinerzeit sehr gewundert. Nun versetze ich damit meine ehemaligen Kollegen hier in Erstaunen.

Das möchte ich mit einigen Fakten bekräftigen. 1974, als ich nach Amerika kam, lautete der offizielle Standpunkt der CIA, die sowjetischen Militärausgaben entsprächen dem, was in der entsprechenden Spalte des Haushaltsplans angegeben sei, plus etwas Geld für die Wissenschaft. 1987 erklärte die CIA offiziell, die sowjetische Wirtschaft habe ihre lange Depression überwunden, und nun hätte ein Prozeß der schnellen Wiedergeburt der Volkswirtschaft begonnen. Mir sagte einer, das sei eine besondere Politik, um

ein starkes Feindbild zu schaffen, damit das amerikanische Volk genügend Dollars für die Rüstung bereitstellt.

#### **Wie lautet ihre Prognose für die Entwicklung unserer Wirtschaft?**

Das, was ich sage, wird weder Ihnen noch der Führung Ihres Landes gefallen. Deshalb möchte ich mich lieber zurückhalten.

#### **Und dennoch...**

Wenn Sie darauf bestehen. Berücksichtigen Sie bitte, daß ich niemandem, wie es bei ihnen immer heißt, „der sozialistischen Gesellschaft wesensfremde“ Ansichten aufdrängen will. Meine tiefste Überzeugung besteht darin, daß eine Wirtschaft, die das Privateigentum an Produktionsmitteln ignoriert, nicht funktioniert. Sie können mich verteilen, dennoch bleibe ich bei meiner Meinung. Ich bin immerhin Wirtschaftswissenschaftler, habe in zwei Ländern gelebt, viele andere bereist, die Wirtschaftstätigkeit von Menschen beobachtet und miteinander verglichen. Deshalb meine ich, daß jeglicher Versuch, eine Wirtschaft aufzubauen, die Privateigentum ausschließt, zum Scheitern verurteilt ist. Das sehen wir auch am Beispiel verschiedener Sozialismusmodelle, selbst beim radikalsten von ihnen dem jugoslawischen.

Der Übergang zu einer normalen Wirtschaft ist weder einfach noch schnell zu realisieren. Dennoch scheint mir, daß sie eine Chance haben, um das Land vor den zerstörenden Katastrophen zu retten.

#### **Verzeihen Sie die naive Frage. Was verstehen Sie unter kapitalistischer Wirtschaft?**

Das ist eine Wirtschaft, die es den Menschen gestattet, Produktionsmittel in dem Umfang zu besitzen, der ihnen vernünftig erscheint. Dabei ist es unwichtig, ob ein Mensch allein oder zusammen mit anderen Besitzer eines Betriebes ist. Das kann auch eine Genossenschaft oder eine Aktiengesellschaft sein. Das Eigentum kann sogar dem lokalen Sowjet gehören. Sie sollen aber so wirtschaften können, wie sie wollen. Sie brauchen Hausherrn, jedoch keine Herren des Landes, sondern Besitzer von Eigentum.

Sie lassen eine Sache völlig außer acht. Die Mentalität der Sowjetbürger hat sich sehr gewandelt. Ein Großteil unserer Gesellschaft empfindet allein schon die Erwähnung von Privateigentum als Angriff auf ihre sozialen Errungenschaften.

Das ist ein wesentlicher Gedanke. Niemand bestreitet, daß Arbeitslosigkeit etwas Schlechtes ist. Ich selbst war auch arbeitslos und weiß, daß das kein angenehmer Zustand ist. Die Praxis zeigt allerdings, daß eine geringe Arbeitslosigkeit natürlich ist. Wenn die Gesellschaft sich außerdem um ihre Arbeitslosen kümmert, überwiegt das Positive.

Viele haben Angst vor der Konkurrenz. In Amerika gibt es sehr viele Marxisten, weit mehr als hier, wenn man von der Tiefgründigkeit ausgeht, mit der die Werke von Marx studiert werden. Ich habe einmal gehört, wie bei einem Symposium ein Marxist eine herrliche Rede darüber hielt, daß doch niemand die Konkurrenz mag und daß man sie deshalb abschaffen müßte. Ich stand auf und erwiderte, daß ich vollauf mit meinem Vordränger einverstanden bin. Die Konkurrenz mag wirklich niemand. Aber es muß sie geben, denn sonst gerät die Wirtschaft in eine Sackgasse. Es muß ein System existieren, daß die Konkurrenz organisiert und zur Konkurrenz zwingt.

Und nun zum Wichtigsten, zum sozialen Schutz. Ich behaupte nicht, man müsse die Mechanismen des sozialen Schutzes, die allerdings bei ihnen schlecht funktionieren, demontieren. Das Rentensystem muß verstärkt und verbessert werden. Dasselbe gilt für das Gesundheits- und Bildungswesen sowie die soziale Gerechtigkeit. Woher haben Sie das eigentlich, daß Kapitalismus, daß Privateigentum das Fehlen eines sozialen Schutzes voraussetzt? Das ist nicht richtig. In der Zitadelle des Imperialismus, den USA, gibt es vielfältige Systeme, Programme und Hilfsfonds für Arbeitslose und Kranke, Waise und Alte, Arme und kinderreiche Mütter.

**Das Gespräch führte  
Nikolai Andrejew**



## **„Neue Zeit“**

**ein aktueller Überblick über das neue Denken,  
Glasnost und Perestroika**



# MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

## Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

### Bestellungen nehmen entgegen in:

#### BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

#### BUNDESREPUBLIK

##### DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

#### DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

#### DDR – alle Postämter

#### HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg p.o. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

#### JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

#### LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

#### NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

#### ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

- POLEN** – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

#### SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8025 Zürich 1

#### TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

#### UNGARN – alle Postämter

#### USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

#### BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr./ Fa. / Buchhdlg.

Name: ..... Vorname: .....

Anschrift: .....

### Abonnementbestellung

Anzahl: ..... Titel: .....

Preis: .....

### BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr      2 Jahre      3 Jahre      Datum .....

Bitte Entsprechendes ankreuzen      Unterschrift .....








# Besuchen Sie die UdSSR!

**DIE SOWJETUNION –  
EIN LAND  
FÜR ERHOLUNG  
UND TOURISMUS**



Unsere Gäste lernen die malerische russische Natur, Monumente des Altertums und Kunstdenkmäler, Leben und Kultur des Sowjetvolkes heute kennen.

Ausführliche Informationen über Flüge in die UdSSR bei den Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land bzw. in der Internationalen Zentralagentur von Aeroflot:

125212 Moskau  
Leningrader Chaussee 29.  
Telefon: 245 00 02  
Telex: 411922

**АЭРОФЛОТ**  
*Soviet airlines*





14159 11  
UITPATEL C  
1055 3016 4964

100 000 002

MTZR 11

ren  
gen  
Service  
Zuverlässiger  
Geschäftspartner

Moskau,  
Olimpijskaja derewnja  
Pelse-Straße 4  
Telefon: 437 53 15  
Fernschreiber:  
207684 MAJLAR  
Telex: 411723  
Telefax: 9382164